

Lutz Brangsch

Notizen zum Kommunistischen

Vorarbeiten zu einem Buchprojekt

Vorbemerkung

Die hier versammelten Notizen sind Vorarbeiten zu einem Buch über das KOMMUNISTISCHE, nicht über den Kommunismus. Der Unterschied mag haarspalterisch scheinen. Gemeinhin wird im Begriff des Kommunismus Praxis und Gesellschaftskonzept gleichermaßen erfasst. Das ist möglich, verstellt aber den Blick auf das Werden und die Entwicklung von so bezeichneten Verhältnissen.

Im abschließenden Beitrag von Brie/Brangsch heißt es: „Letztlich ist es das Werden des Kommunismus als Entstehen und Vergehen sich kommunistisch oder sozialistisch definierender Praxen, worum es geht. Die Vorstellung, dass realer Kommunismus einfach mit einer Kraftanstrengung und dem richtigen Bewusstsein zu erreichen sei, ist nicht nur durch die Praxis widerlegt. Das dahinter stehende Verständnis von Gesellschaftsveränderung prägte auch den Blick auf das Kommunistische und führte nicht selten zu einer Abwertung der kleinen täglichen Kämpfe. Wenn das 20. Jahrhundert eines gelehrt haben sollte, so, dass die kommunistische Umwälzung nur ein Jahrhundertwerk sein kann, in dem die Menschen, vor allem die, die sich KommunistInnen nennen, beständig lernen und sich verändern müssen. Ist Stillstand für den Kapitalismus tödlich, so gilt dies noch in viel höherem Maße für das Kommunistische. Unter diesem Gesichtspunkt muss man noch konsequenter als Porcaro sagen, dass es nicht nur um den Vorschlag sozialistischer Projekte geht, sondern auch um die Möglichkeit, sie praktisch zu leben. Das Kommunistische erwächst aus dem Alltag – gefordert ist die Fähigkeit, es zu erkennen, unabhängig davon, welche Attribute es sich gibt oder ihm gegeben werden. Das Kommunistische bewährt sich, wenn es sich denn bewährt, als eine transformatorische Praxis, die zugleich Veränderung der eigenen Handlungsbedingungen und Selbstveränderung der Akteure ist. Das aber kann nichts anderes sein als ein langer historischer Prozess mit Brüchen und großen historischen Kontinuitäten.“

Zudem lenkt der „Kommunismus“ oft die Aufmerksamkeit auf die „großen Persönlichkeiten“ und ihr Vorstellungen vom Kommunismus. In diesem Buch soll es aber genau um das Werden, die Entwicklung, die Praxis, um Verhaltensweisen gehen, die mit dem Anspruch des Kommunismus verbunden sind. Das ist freilich nicht absolut durchzuhalten, weil Theorie und Praxis vor allem mit der Entstehung der kommunistischen Strömungen zum Ende des 18. Jahrhunderts in außerordentlich enger Wechselwirkung stehen. Zudem weitete sich im Laufe der Arbeiten der Stoff immer mehr aus. Durch den notwendig begrenzten Raum mussten zahlreiche wesentliche Aspekte, etwa die Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus marxscher und dem anarchistischer Richtung, außer Betracht bleiben oder konnten nur sehr kurz behandelt werden.

Der Teil über die Neue Ökonomische Politik wird im Herbst 2016 in anderer und erweiterter Form als eigenständige Studie erscheinen. Diese Studie soll die NÖP unter transformationstheoretischem Gesichtspunkt analysieren.

Das Buch, in das wesentliche Teile dieser Notizen eingegangen sind, wird voraussichtlich im März 2016 im VSA-Verlag Hamburg unter dem Titel „Das Kommunistische. Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe“ erscheinen und beinhaltet Beiträge von Friedericke Habermann, Bini Adamczak, Massimo De Angelis und Michael Brie. (ISBN 978-3-89965-627-5)

Februar 2016

Das Kommunistische als Erzählung der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts – der „deutsche kritische Kommunismus“

Mit dem Kommunistenprozess in Köln und der Verfolgung der Anhänger des Bundes der Kommunisten endete Anfang der 1850er Jahre in Deutschland vorerst die Geschichte des Kommunismus als Bewegung, insbesondere als Geschichte eines „kritischen Kommunismus“. Die 1850er Jahre waren durch harte Repression geprägt – der Bund der Kommunisten und andere Organisationen waren aufgelöst, ihre Mitglieder tot, in Haft oder im Ausland. Arbeiterbildungsvereine jeglicher Art waren verboten; für die Arbeiter galt ein Koalitionsverbot. Der Reflex des „alten Kommunismus“ auf die neu entstehende Arbeiterbewegung konnte so nur schwach sein. Marx und Engels knüpften in ihrer Arbeit an den Positionen des „deutschen kritischen Kommunismus“ an, waren aber von der deutschen Entwicklung weitgehend abgeschnitten. Erst Ende des 19. Jahrhunderts konnte sich eine neue Massenbewegung entwickeln, die sich in Deutschland marxistisch und kommunistisch bestimmte. Angesichts der Wirklichkeit der Bewegung betrachtet Friedrich Engels sozialdemokratisch und kommunistisch als Synonyme. Engels bemerkt dazu im Jahr 1894 rückschauend: „Man wird bemerken, daß in allen diesen Aufsätzen und namentlich in diesem letztem ich mich durchweg nicht einen Sozialdemokraten nenne, sondern einen Kommunisten. Dies, weil damals in verschiedenen Ländern Leute sich Sozialdemokraten nannten, die keineswegs die Übernahme sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben hatten. In Frankreich verstand man unter einem Sozialdemokraten einen demokratischen Republikaner mit mehr oder weniger waschechten, aber immer unbestimmbaren Sympathien für die Arbeiterklasse, also Leute wie Ledru-Rollin 1848 und die proudhonistisch angehauchten "radikalen Sozialisten" von 1874. In Deutschland nannten sich die Lassalleaner Sozialdemokraten; aber obwohl die Masse derselben mehr und mehr die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel einsah, blieben die spezifisch lassalleschen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe doch der einzige öffentlich anerkannte Programmpunkt. Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunkts einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen. Heute ist das anders, und so mag das Wort passieren, so unpassend es bleibt für eine Partei, deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letztes Endziel die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist. Die Namen *wirklicher* politischer Parteien stimmen aber nie ganz; die Partei entwickelt sich, der Name bleibt.“ (Engels 1894, 417f.) Engels konzentrierte sich hier auf die Betonung des ökonomischen Zieles wie auch der politischen Implikation. Alles weitere entfaltete sich in einer zu diesem Zeitpunkt weitgehend deutlich beschreibbaren sozialdemokratischen Bewegung. Diese Bewegung schien das adäquate Mittel. Engels sah einen Teil ihrer inneren Widersprüche, diese schienen ihm aber zu diesem Zeitpunkt nicht so relevant, als dass es einem Insistieren auf das Kommunistische als Begriff bedurft hätte. Dementsprechend spielt der *Begriff* Kommunismus bei August Bebel oder Rosa Luxemburg, wenn überhaupt, keine wichtige Rolle, wohl aber der Gehalt des Kommunistischen. In dem Manuskript „Einführung in die Nationalökonomie“ werden von Luxemburg „kommunistisch“ und „sozialistisch“ letztlich synonym gebraucht. (Luxemburg 1975, 588f.) „Kommunismus“ ist als Wurzel der Sozialdemokratie relevant. In diesem Sinne spielte er in den Texten von Karl Kautsky und August Bebel eine zentrale Rolle. Klassisch spricht das Lenin in seiner Polemik gegen die „Volksfreunde“ (Narodniki) aus: „Überhaupt haben die russischen Kommunisten, die Anhänger des Marxismus, mehr als sonst jeden Anlaß, sich Sozialdemokraten zu nennen und in ihrer Tätigkeit die gewaltige Bedeutung des Demokratismus nie zu vergessen.“ (Lenin 1961c, 293)

Die Auseinandersetzung dreht sich nicht um „kommunistisch“ oder „nicht-kommunistisch“, sondern um die marxische Traditionslinie bzw. um das Verhältnis von Reform und Revolution. Insofern läuft der Bruch eher zwischen den Begriffen „kommunistisch“ und „sozialdemokratisch“ auf der einen und „sozialistisch“ auf der anderen Seite.

Meyers Lexikon vermerkte um 1890 unter Sozialismus „die Bezeichnung für eine bestimmte Richtung, ein bestimmtes System zur Lösung der Arbeiterfrage“ (Autorenkollektiv 1885c, 55ff.) und unter Kommunismus „ursprünglich ein bestimmtes Grundprinzip der ökonomischen und sozialen Ordnung einer menschlichen Gemeinschaft, nämlich das der Gütergemeinschaft mit ökonomischer und sozialer Gleichheit der Individuen und völligem Aufgeben der individuellen ökonomischen Selbständigkeit. Dann wurde das Wort der Ausdruck für alle auf diesem Prinzip beruhenden Theorien und Systeme menschlicher Gemeinwirtschaften und deren geschichtliche Erscheinung. In einem engern Sinn bezeichnet es von diesen Theorien und Systemen nur diejenigen, welche jenes Prinzip zum Grundprinzip eines Staatswesens und einer Volkswirtschaft machen (Staatskommunismus).“ (Autorenkollektiv 1885a, 986) Das Lexikon betrachtet den Sozialismus als „scharf getrennt“ vom Kommunismus. Die Sozialdemokratie schließlich wird als „radikal-sozialistisch“ charakterisiert. (Autorenkollektiv 1885b, 54) Das „Sozialistengesetz“ von 1878¹ allerdings verbietet „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“ gleichermaßen. (Reichsgesetzblatt 1878, 86) Es kennt somit die „scharfe Trennung“ nicht. Ideengeschichtlich hatten wir gesehen, dass Sozialismus und Kommunismus schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchaus unterschiedliche Richtungen bezeichneten. In der Organisationspraxis der frühen Sozialdemokratie spielte dies aber offensichtlich (noch) keine große Rolle. Kommunismus und Sozialismus (wie auch Anarchismus) waren in einer Partei verbunden. Für den bekennende Kommunisten Marx war der Kommunismus als besondere Richtung gar eine Sekte. In den Statuten des Internationalen Arbeiterassoziation (IAA, I. Internationale) hielt er es für wichtig, folgendes festzulegen:

„2. Alle lokalen Zweige, Sektionen, Gruppen und deren Komitees sollen sich in Zukunft einfach und ausschließlich bezeichnen und konstituieren als Zweige usw. der Internationalen Arbeiter-Assoziation mit Beifügung der Namen ihrer bezüglichen Örtlichkeit.

3. Demgemäß ist es den Zweigen, Gruppen und deren Komitees von nun an untersagt, Sektennamen anzunehmen, z.B. die Namen Positivisten, Mutualisten, Kollektivisten, Kommunisten usw., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter Bezeichnungen wie: Propagandasektion usw. sich eine besondere, von den gemeinsamen Zwecken der Assoziation verschiedene Mission zuschreiben.“ (Marx 1871, 447)

Was vereinte aber alle diese verschiedenen Strömungen? Kaum wissenschaftliche Doktrinen oder ausgearbeitete Ideologien. Kommunistische Ideen und Theorien konnten sich im Deutschland der 1850er Jahre öffentlich in größerem Maße bestenfalls noch in Artikeln über Entwicklungen der Arbeiterklasse aus dem Ausland verbreiten. Hier wiederum waren Personen aus dem ehemaligen Bund der Kommunisten durchaus aktiv. Ein Beispiel dafür war Peter Imandt, der 1856 bis 1859 als Korrespondent der Trier'schen Volkszeitung in Schottland arbeitete. (Kiehnbaum 2002, 110ff.) Trotz vielfältiger Verbote verbreiteten sich die Schriften des französischen Kommunisten Cabet, beflügelt auch durch dessen Versuche der Einrichtung kommunistischer Kolonien in den USA (vgl. ausführlich Höppner/Seidel-Höppner 2002b). Insgesamt waren die 1850er Jahre letztlich eine Zeit des Lernens. Ferdinand Lassalle, der wenige Jahre später eine Schlüsselrolle bei der Wiederbelebung des

¹ Der richtige Titel lautet „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Es trat am 22.10.1878 in Kraft und galt bis 30.09.1890.

kommunistischen in der Arbeiterbewegung spielen sollte, charakterisierte und formulierte die Aufgabe des Momentes 1854 so: „Doch glaube ich, daß man jetzt eines tun kann, was ich nicht für gering halte. Man kann eine mehr oder weniger große Zahl Proletarier theoretisch bilden und in diesen, in möglichst vielen Städten, dem Proletariat ... Vertrauensmännern und geistigen Mittelpunkten für künftige Bewegungen erzeugen, welche dann verhindern, daß sich das Proletariat nochmals zum Chorus für die bürgerlichen Helden hergibt.“ (Lassalle 1976, 104f.) Allerdings sei Apathie niemals auf theoretischem Wege zu überwinden – notwendig sei die „Siedehitze“ tatsächlicher Ereignisse. (Lassalle 1989, 323)

Genauso wichtig wie diese Versuche, die „Blockade“ des Kommunismus als geistiger Strömung zu durchbrechen waren daher die Prozesse, die in der Arbeiterschaft selbst abliefen und die Kämpfe, die von ihr geführt wurden. Schon im Januar 1850 vermerkte Varnhagen von Ense, ein bürgerlicher Demokrat, in einem Brief: „Die Reaktion ist in vollem Gange, bald wird sie auch das Vereinsrecht und die Preßfreiheit unterdrücken. Allein, ihr Sieg ist dennoch nur ein scheinbarer, die Revolution macht ganz andere Fortschritte, und jedes Gelingen der Reaktion beflügelt jene nur.“ (Varnhagen von Ense 1984, 199) Franz Mehring schrieb in seiner Geschichte der Sozialdemokratie über die 1850er: „In Deutschland selbst lebte die kommunistische Propaganda im stummen Trotz einzelner Arbeiter fort und in den glühenden Hoffnungen Ferdinand Lassalles.“ (Mehring 1960, 570f.)

Eine neue Generation

Die Träger der kommunistischen Idee waren in den 1840er Jahre vor allem Handwerker und Intellektuelle gewesen, viele von ihnen waren radikale Demokraten, bevor sie sich der kommunistischen Bewegung anschlossen. Wirtschaftskrise und Revolution 1848/1849 hatten dann vor allem Arbeiter und einen weiteren Teil der Handwerker vom sozialen Protest zur Entwicklung eigener politischer Interessen geführt², wobei politische und Bildungsvereine eine große Rolle spielten.

Das Wachstum der Arbeiterschaft speiste sich in den 1850er und 1860er Jahren dann vor allem aus Bauern und Landarbeitern, die bis dahin mit kommunistischen Ideen kaum Kontakt gehabt hatten. Das Kommunistische schien in religiöser Form auf, die aber durch die Kirchen selbst diskreditiert war. Entscheidend war, dass das kommunistische Moment durch das aus den Lebensverhältnissen selbst resultierende Widerständige, Renitente bestärkt wurde. Gleichzeitig gab es auch dem widerständigen Verhalten und der Selbstorganisation bei der Verteidigung der eigenen Ansprüche der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die der Fabrikanten und der zunehmend kapitalistisch wirtschaftenden Bauern eine Basis, Legitimation. Es entfaltet sich vor allem im sozialen Lernen, in der Weitergabe von Verhaltensweisen und Regeln von den erfahrenen Arbeitern auf die jungen und die aus der Landwirtschaft zuströmenden neuen Beschäftigten. Trotz der Unterdrückung der Arbeiterbewegung entwickelten sich alternative Praxen. Marx hob aus Anlass der Gründung der I. Internationale zwei „Lichtseiten“ für die Zeit von 1848 bis 1864 hervor: den Kampf um die Beschränkung der Arbeitszeit und die Kooperativbewegung. (Marx 1981, 10f.)

Es waren in erster Linie die tägliche Lebenserfahrung und die Erfahrungen eigener Kämpfe dieses entstehenden Proletariats, die die kommunistische Erzählung am Leben erhielten und ihr schließlich

² Das Wechselspiel sozialer, wirtschaftlicher und politischer Interessen unter Arbeitern und Handwerkern beschreibt z.B. sehr informativ (Bergmann 1986, 264ff.)

neue Kraft gaben.³ Die kommunistische Erzählung entsprach diesen Erfahrungen am besten. Das Zerreißen der alten patriarchalen Bindungen und Sicherheiten stellte völlig neue Fragen danach, wie man seine nackte Existenz sichern könnte und damit aber auch nach dem eigenen Platz in der Welt. Die Antworten der in den 1860er Jahren entstehenden bürgerlichen Arbeiterbildungsvereine konnten nicht befriedigen. In den Sog beständiger Veränderung in den Fabriken gezogen und einem repressiven Staatsapparat ausgeliefert waren sozialreformerische Ideen zwar verheißungsvoll, erschienen aber doch unrealisierbar. Das Argument der allmählichen Ausbreitung bürgerlicher Wohltätigkeit als Lohn bürgerlicher Anständigkeit der Proletarier war angesichts der realen Lebensumstände nicht sehr zugkräftig. Immerhin waren diese Bildungsvereine trotzdem eine der entscheidenden Quellen für eine neue Etappe der Entfaltung der Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren. Politisch blieben die Arbeiter aber in diesem Rahmen weitgehend an die liberale Fortschrittspartei gebunden, die sich in bürgerlichem, heute würde man sagen paternalistisch-kapitalistischen Sinne der „Arbeiterfrage“ annahm ohne tatsächlich radikale Opposition zu sein. Allerdings waren es die an die liberal-bürgerliche Fortschrittspartei angelehnten Arbeiterbildungsvereine, in denen sich Reste alter kommunistischer Tradition halten konnten. Arbeiter, Handwerker und bürgerliche Intellektuelle, die in den 1840er Jahren mit kommunistischem Gedankengut in Kontakt gekommen waren, fanden hier einen Ort des Austausches. Dabei sollte den Auseinandersetzungen in den Leipziger Bildungsvereinen eine zentrale Rolle zukommen. (dazu ausführlich Schröder 2010) Die hier praktizierte Verbindung naturwissenschaftlich-technischer und kultureller Weiterbildung mit der Diskussion politischer Fragen öffnete den Weg für die Neubelebung des „kritischen Kommunismus“ marxischer Prägung. Der gerade 23 jährige Julius Vahlteich, ein Schuhmacher, erklärte aus Anlaß des einjährigen Bestehens eines der Vereine, nach den Worten des „Leipziger Tageblattes“: „... daß in dem heranwachsenden Geschlechte der eigentlich gewerbetreibenden Classen ein Verständnis der Lebensaufgabe, ein Bewusstsein der eigenen Berechtigung, ein Gefühl der Selbstständigkeit und überhaupt eine freie geistige Entfaltung leben und weben, wie sie in noch gar nicht lange entschwundenen Zeiten wohl vergeblich – selbst in manchen ‚höheren‘ Ständen“ – gesucht worden wäre.“ (ebd., 60) Die Diskussionen um Stellung und Rolle der „eigentlich gewerbetreibenden Classen“, der Arbeiter (einschl. kleiner Handwerker), drehten sich um die Fragen des Stellenwertes der politischen Debatten gegenüber der beruflichen und kulturellen Bildung und der sozialen Absicherung im eigenen Gewerbe. Daran spaltete sich die Keimzelle der späteren Sozialdemokratie, der Gewerbliche Bildungsverein. Im Jahr 1862 schieden „radikale“ Mitglieder, die den Verein ausschließlich auf politische Interessenvertretung festlegen wollten aus und gründeten einen eigenen Verein „Vorwärts“. Dieser wiederum konstituierte sich dann als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) 1863 durch Annahme des von Ferdinand Lassalle formulierten Programms. Ebenfalls 1862 bildete sich ein „Fortbildungsverein für Buchdrucker“, der als Ausgangspunkt der deutschen Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden kann. Diese Organisationen bildeten nach den Worten Wolfgang Schröders „ungeachtet aller Kontroversen ... eine Art dialektische Dreieinigkeit ..., deren Einzelbestandteile verschiedene Aspekte

³ Daneben hatten die Auseinandersetzungen unter den deutschen Staaten um die Positionierung zwischen den Großmächten Österreich, Frankreich und Russland und die damit verbundene neue Diskussion der „nationalen Frage“, das ökonomische Erstarken des Bürgertums sowie die Übernahme der Regentschaft durch den preußischen Kronprinzen im Jahr 1858 große Bedeutung. Liberaleren Ansätzen wurde mehr Raum gegeben. Die damit verbundenen Widersprüche schufen der Arbeiterbewegung auch eine gewisse politische Lücke, in die die Gründung des ADAV hineinstieß – ohne dass dies wahrscheinlich selbst so wahrgenommen wurde. Die liberale Fortschrittspartei selbst führte in den 1860ern zwar aktive Kampagnen gegen den ADAV, allerdings wurde diese Tendenz durch die Welle nationaler Einigungseuphorie im Zusammenhang mit dem preußisch-dänischen Krieg um Schleswig-Holstein sowie dann den preußisch-österreichischen Krieg überlagert. (vgl. ausführlich Fesser 1976)

proletarischer Interessen artikulierten, die unterschiedliche Lösungsansätze darstellten, sich jedoch wechselseitig ergänzen, wenn nicht gar potenzieren konnten.“ (ebd., 70f.) Die Gründung des ADAV war angesichts der Schwäche der Arbeiterbewegung eine ungeheure „schöpferische Leistung, die ‚von unten‘ und ‚von oben her‘ Gestalt annahm.“ (Schröder 1993, 31) Die Einheit sozialer, kulturell-bildnerischer und politischer Organisation war auch aus dem Grund ein wesentliches Element für die Verteidigung der eigenen Interessen, weil bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Wichern mit der Begründung der Diakonie, ähnlich wie später Ketteler aus dem katholischen Lager versuchte, der jungen deutschen kommunistischen Bewegung die Spitze zu nehmen. Für Wichern ist der Kommunismus ein, wahrscheinlich das entscheidende Übel. Er begründet dies damit, dass die kommunistischen Forderungen „den von Gott gesetzten Organismus des Ganzen mit den ihm zugeordneten Existenzbedingungen der einzelnen der Zerstörung entgegenführt.“ (Klügel 1940, 107) Der Staat sollte durch entsprechende soziale Leistungen und Druck die „Unterschicht“ auf ihren Platz in der Gesellschaft verweisen. Ketteler führte dies weitschweifiger und weniger prägnant wie folgt aus: „Gerade wie bei dem Reichen, so ruht auch bei dem Armen die Quelle der sozialen Übel in der Gesinnung. Wie die Habgier, die Genussucht, die Selbstsucht die Reichen von den Armen abgewendet hat, so hat Habgier, Genussucht und Selbstsucht, in Verbindung mit äußerer großer Not, den Hass der Armen gegen die Reichen hervorgerufen. Statt in wahren Ursachen und vielfach in dem eigenen Verschulden die Quellen der Not aufzusuchen, sehen sie nur in dem Reichen die alleinige Ursache ihres Elendes. Es geht ihnen, wie es uns Menschen allen so leicht geht, die Splitter bei dem Reichen sehen sie, die Balken in dem eigenen Auge sehen sie nicht [Mt 7, 3]; und so erblicken wir denn bei vielen unserer armen Mitbrüder einen furchtbaren Grad sittlichen Verderbens, wo Hass gegen die Mitmenschen, Genussucht und Habgier, Arbeitsscheu mit schrecklicher äußerer Not Hand in Hand gehen. Gute Lehren und Ermahnungen helfen hier ebenso wenig wie einzelne Hilfeleistungen. Diese werden angenommen und verzehrt mit den Gedanken, dass ihnen noch weit mehr, ja alles gebühre. Hier wird eine neue Kraft erfordert zur Heilung der Gesinnung, die Kraft des Lebens und der Liebe. Die Armen müssen erst wieder fühlen, dass es eine Lebe gibt, die ihrer gedenkt, ehe sie der Lehre der Lebe Glauben schenken. Dazu müssen wir die Armen und die Armut aufsuchen bis in ihre verborgensten Schlupfwinkel, ihre Verhältnisse, die Quellen ihrer Armut erforschen, ihre Leiden, ihre Tränen mit ihnen teilen, keine Verworfenheit, kein Elend darf unsere Schritte hemmen, wir müssen es ertragen können, verkannt, zurückgestoßen, mit Undank belohnt zu werden, wir müssen uns immer wieder durch Liebe aufdrängen, bis wir die Eisdecke, unter der das Herz des Armen oft vergraben, aufgetaut und in Lebe überwunden haben ... Dies ist nach meiner Überzeugung und Erfahrung der einzige Weg, um die Gesinnung der großen Masse der Armen wieder zu bessern.“ (von Ketteler o. J.)⁴ Dies waren unverhohlene Angriffe auf Selbstbestimmung und Selbstbewusstsein der entstehenden Arbeiterklasse, mehr oder weniger offen verbunden mit der Drohung staatlicher Repression. Die Verteidigung gegen die Anmaßung sozialer und politischer Bevormundung durch die mächtigen Institutionen der Kirche, des Staates und des Unternehmertums mussten entsprechende eigene Idee und Institutionen entgegengesetzt werden.

⁴ Diese rhetorischen Figuren bleiben eine Konstante des Antikommunismus, so z.B. als Ludwig von Mises versuchte, die Unmöglichkeit einer nicht auf Markt und Geld beruhenden Wirtschaft zu beweisen: „Der unvergleichliche Erfolg des Marxismus beruht auf dem Umstande, daß er tief verankerten uralten Wunschträumen und Ressentiments der Menschheit Erfüllung verheißt. Er verspricht ein Paradies auf Erden, ein Schlaraffenland voll Glück und Genuß und, was den Schlechterweggekommenen noch süßer mundet, Erniedrigung aller, die stärker und besser sind als die Menge.“ (von Mises 2007, V)

Für die politische Selbständigkeit

Die praktische Frage nach der Art, wie die Arbeiter ihre Forderungen artikulieren sollen, wurde zum entscheidenden Ausgangspunkt für einen neuen Aufschwung des Kommunistischen. Die „Radikalen“ in den Leipziger Bildungsvereinen und Ferdinand Lassalle griffen mit der Forderung nach einer selbständigen Arbeiterpartei (1862/63) eine kommunistische Forderung aus den Revolutionsjahren um 1848 auf. Im Bund der Kommunisten war diese Forderung erstmals realisiert worden, der wurde aber 1852 aufgelöst. 1863 gründete Lassalle mit dem ADAV eine eigene Partei, die sich ausdrücklich als Partei der Arbeiter verstand. Die scheinbar nur organisatorische Frage, wo, nach welchen Prinzipien und unter welcher Bündniskonstellation sich Arbeiter versammeln könnten bzw. sollten, hatte weitreichende Bedeutung, wie die Auseinandersetzungen in den 1860er Jahren zeigten. Denn das eigenständige Handeln, etwa durch Streik, war auch unter den Arbeitern keinesfalls unumstritten. Auf dem 5. Vereinstag der Arbeitervereine in Nürnberg 1868 sprachen sich 69 gegen 46 Stimmen in der Programmdebatte für die Formulierung aus, dass die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden müsste. Daraufhin verließen die Anhänger der Anlehnung an die bürgerlichen Liberalen die Tagung. (Osterroth/Schuster 2005, 31) Damit ist aber ein praktisches Problem nicht gelöst – wie können Bündnisse aussehen, die das Kommunistische gesellschaftlich aus einer Minderheitenposition heraus verankern könnten? Ohne Bündnisse war es damals – und ist es bis heute nicht möglich. Maßgebliche Propagandisten, Ideologen und Wissenschaftler des Kommunistischen waren immer auch Intellektuelle. Träger der kommunistischen Idee waren und sind in nicht unerheblichem Maße Bauern, Kleinbürger und weitere proletarisierte Schichten im Dienstleistungsbereich. Darauf verwies bereits das Kommunistische Manifest. Exponenten des „kritischen deutschen Kommunismus“ wie Wilhelm Wolff widmeten sich intensiv der Rolle der Bauern und der Landarbeiter.⁵ Die Realisierbarkeit des Kommunistischen hing immer von seiner Bündnisfähigkeit (natürlich auch die der „Anderen“) ab. Dies sollte insbesondere im Zusammenhang mit den russischen Revolutionen 1917 dann zentrale Bedeutung erlangen.

Lassalle

Lassalle selbst geht wie auch Marx und Engels aus der radikaldemokratischen Bewegung der Revolution 1848/49 hervor. Die von Marx befürwortete Aufnahme in den Bund der Kommunisten wird ihm verweigert. Ausgehend von den radikaldemokratischen Traditionen teilt er aber wesentliche Aspekte kommunistischer Tradition. Er war einer der entscheidenden Kontakte, die Marx und Engels noch in Deutschland in den 1850ern und frühen 1860ern hatte. Luxemburg sieht ihn in wichtigen Phasen seines Lebens in „Übereinstimmung“ und „politisch geistigem Zusammenhang“ mit der kommunistischen Richtung Marx' und Engels'. (Luxemburg 1972a, 150) In seinen programmatischen Aussagen findet sich der Begriff des Kommunistischen kaum direkt, eher kommunistische Werte und Prinzipien. Dazu in völligem Widerspruch standen seine idealisierenden bzw. idealistischen Vorstellungen vor allem von der Rolle des Staates. Dies und seine Versuche, mit

⁵ Wilhelm Wolff war einer der ersten Kommunisten, der die Rolle der Bauernbefreiung als unabdingbare Voraussetzung eines gesellschaftlichen Wandels, einer Transformation in Richtung Kommunismus analysiert hatte. Vgl. dazu bspw. (Wolff 1985) Diese Bündniskonstellation hing eng mit dem spezifischen Übergang zum Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem „preußischen Weg“ zusammen. (Moll 1988)

Bismarck ein Bündnis für die Stärkung der Stellung der Arbeiter in der Gesellschaft zu schmieden, trugen ihm bis in die jüngere Vergangenheit harte Kritik in der marxischen Strömung ein.⁶

Für die Entwicklung des Kommunistischen war vor allem sein Beitrag zur organisatorisch-politischen Neuformierung der Arbeiterbewegung entscheidend – und das erklärt auch seine Rolle und Beliebtheit. (vgl. Kuczynski 1976) In der dazumal weit verbreiteten Schrift „Arbeiterprogramm“ von 1862 (eigentlich eine Rede) hieß es: „Die sittliche Idee des Arbeiterstandes... ist die, dass die ungehinderte und frei Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreiche, sondern dass zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit der Entwicklung.“ (Lassalle 1923, 183f.) Die liberal okkupierte und beschränkte Idee Freiheit wurde kommunistisch inspiriert mit der Idee von Gemeinschaftlichkeit und Solidarität verbunden. Er gab den Arbeitern mit solchen Worten Selbstbewußtsein ihrer Rolle in der Geschichte und in den täglichen Auseinandersetzungen. Ganz in diesem Sinne setzte sich Lassalle mit einem nicht minder wichtigen Problem auseinander – mit dem Verhältnis von Ziel und Mitteln des revolutionären Kampfes. Er lehnt Täuschung und Selbsttäuschung über die eigenen Ziele ab. Für die kommunistische Tradition ist wichtig, dass er in diesem Zusammenhang betont, dass Täuschung und Selbsttäuschung über eigene Ziele, auch wenn Revolutionäre meinen, so den Klassenfeind übertölpeln zu können, jede Revolution „ruinieren“ müsse. (vgl. Mehring 1960, 602)⁷

Lassalle war ein radikaler Demokrat und philosophischer Idealist⁸ mit kommunistischen Anschauungen – das war seine Stärke und zugleich seine Schwäche. Er war in der Lage, die politische und organisatorische Ablösung der Arbeiter von der politisch liberalen Fortschrittspartei durchzusetzen, blieb aber gleichzeitig staatsfixiert. Staatshilfe und das „eherne Lohngesetz“ standen in seiner politischen Konzeption im Widerspruch zum Anspruch der Überwindung der Klassenherrschaft generell. In Auseinandersetzung mit Schulze-Delitzsch bekämpfte er z.B. teils offen, teil verdeckt an Marx anknüpfend, den von diesem vertretenen kleinbürgerlichen Genossenschaftsgedanken gerade wegen seines ökonomisch kapitalismusapologetischen Gehaltes. In kommunistischer Tradition orientiert er auf die Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln: „Was also der Sozialismus will, ist nicht das Eigentum aufheben, sondern im Gegenteil individuelles Eigentum, auf die Arbeit gegründetes Eigentum erst einführen!“ (Lassalle 1912, 216) Er meinte hier tatsächlich anknüpfend an Marx das gesellschaftliche, gemeinschaftliche Eigentum in völlig neuer Art.⁹ Dazu im Widerspruch steht dann allerdings das Mittel, dass er in Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe sah und sein eigenes Handeln als Parteiführer.

⁶ So etwa im Vorwort zu Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, wo sich Thomas Höhle im Namen der Herausgeber eine ausführliche Kritik Lassalles und der ihrer Meinung nach zu nachsichtigen Behandlung Lassalles durch Mehring widmete. (vgl. Höhle 1960, 27*ff.)

⁷ Mehring gibt Lassalles Position folgendermaßen wider: „Unter diesen Umständen scheinen die Führer der Revolution einen Triumph übergreifender Klugheit zu feiern, wenn sie mit den gegebenen Mitteln rechnen, die wahren und letzten Zwecke der Bewegung anderen (und beiläufig eben dadurch häufig sogar sich selbst) geheimhalten und durch diese beabsichtigte Täuschung der herrschenden Klassen die Möglichkeit zur Organisation der neuen Kräfte gewinnen, um so durch dies klug erlangte Stück Wirklichkeit die Wirklichkeit selbst zu besiegen. Aber diese anscheinend so kluge Taktik muß jede Revolution ruinieren.“ (Mehring 1960, 602)

⁸ Mehring meinte dazu: „War Lassalles Idealismus seine Schwäche so war er auch seine Stärke. Er gab ihm jenes felsenfeste Vertrauen auf die Macht der Idee, die Lassalle so Gewaltiges hat vollbringen lassen.“ (ebd., 579)

⁹ Marx hatte im Kapital die Vision des kommunistischen Wirtschaftens wie folgt beschrieben: „Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das

Dieses Nebeneinander an sich unvereinbarer Momente machte seine Aussagen, so merkwürdig dies scheint, kompatibel zu den Erfahrungen des Alltagskampfes, zu den positiven Resultaten genossenschaftlicher Experimente und zu der Erfahrung des übermächtig scheinenden, preußisch-deutschen Staates. Anders ist nicht zu erklären, mit welcher Geschwindigkeit Lassalle angesichts des praktisch völligen Verschwindens des Kommunismus sich Lassalles Ideen in der deutschen Arbeiterbewegung der 1850er Jahren verbreiten konnte und warum sie auf lange Jahre das Weltbild der SozialdemokratInnen prägten. August Bebel bemerkte dazu in einem Brief an Friedrich Engels 1873: „Sie dürfen nicht vergessen, dass die Lassallschen Schriften... durch ihre populäre Sprache die Grundlage der sozialistischen Anschauungen der Massen bilden. Sie sind zehnfach, zwanzigfach mehr wie irgendeine andere sozialistische Schrift in Deutschland verbreitet...“ (Bebel 1978a, 586f.) Die Wirksamkeit der marxschen kritisch-kommunistischen Auffassungen, die später an Einfluss gewannen und wenigstens offiziell die herrschenden wurden, setzten auf die Erfahrungen mit den lassallschen Handlungsempfehlungen auf, waren eine praktische Kritik dieser programmatischen Richtung.

Ein neues Selbstbewusstsein braucht eine neue Organisation

In gewisser Weise vollzieht sich in den 1860er und 1870er Jahren noch einmal dass, was zur Schaffung des Bundes der Kommunisten geführt hatte: Angesichts der realen Verhältnisse gehen bereits bei der Abspaltung des Vereins „Vorwärts“ vom Gewerblichen Bildungsverein vor allem die proletarisierten Handwerker in ihren Forderungen über die bürgerlichen Demokraten hinaus. Sie übernehmen von ihnen das „Ferment demokratischer Willensbildung“, verbinden aber die Forderung nach politischen Rechten mit der nach sozialen Rechten. (Höppner/Seidel-Höppner 2002a, 60f. und 68)¹⁰ War das Liberale bis dahin ein von den Eigentumsrechten der Unternehmer bestimmtes Demokratiekonzept, bedeutet die Forderung nach der politischen Fundierung sozialer Rechte eine völlig neue Qualität. Die Arbeiter entwickelten auf dem Boden und in Abnabelung von den bürgerlich-liberalen Bildungsvereinen ein „antibürgerliches Selbstbewußtsein.“ (Gotthardt 1991, 73)

Mit der Forderung nach der politischen Fixierung der sozialen Rechte ist auch die Frage nach der Art der Regulierung der gegenseitigen (Konkurrenz-)Verhältnisse unter den Arbeitern gestellt. Die Durchsetzung unbedingten solidarischen Verhaltens ist Voraussetzung für den Kampf um soziale Rechte. Daher sind bis heute die „innerparteiliche Demokratie“ und die organisatorische Eigenständigkeit zwei gleichgewichtige Bedingungen des Erfolges einer kommunistischen Arbeiterbewegung.

Nicht nur die Gründung des ADAV, sondern auch die 1869 erfolgende Gründung der SDAP in Abgrenzung zum ADAV ist mit der Organisationsfrage verbunden. Genau genommen ist dies ein entscheidender Anlass (nicht alleinige Ursache) der Parteibildung durch die Gruppierung um Bebel und Liebknecht neben dem Lassallschen ADAV. Wenn sich das Kommunistische also in den 1860er Jahren vor allem in der Organisationsfrage brach, muss man also die Suche nach der den Interessen der Arbeiterbewegung Organisationsform in den Spaltungs- und Vereinigungsprozessen dieser Jahre näher betrachten. In der gleichen Zeit, in der sich der ADAV als ausdrücklich in kommunistischer Tradition stehende sozialistische Partei (mit allen ihren Problemen) gründete, war August Bebel noch

Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“ (Marx 1890, 791)

¹⁰ vertieft in (Seidel-Höppner 2013, 49) Ähnliche Prozesse beschreibt Christian Gotthardt für die Entwicklung in Harburg (damals bei, heute Stadtteil von Hamburg). (vgl. Gotthardt 1991, 68ff.)

auf Orientierungssuche. „Die ‚Bebel-Liebknachtsche Richtung‘ erstand aus einer breiteren demokratischen Tradition, die sie schrittweise in sozialistische Orientierung umzusetzen verstand...“ (Schröder 1993, 32)

Michels beschreibt das Parteiverständnis Lassalles folgendermaßen: Er sei dafür eingetreten „... daß die tatsächlich bestehende persönliche Diktatur in dem von ihm präsierten Verein auch als theoretisch gerechtfertigt und praktisch unerläßlich erklärt werde...“ (Michels 1925, 50) In seinem Referat zu Programm und Organisation der neuen Partei SDAP hob Bebel demgegenüber hervor: „Es gibt demnach in unserer Parteiorganisation keinen Führer mehr, und das ist notwendig; sobald eine Partei bestimmte Personen als Autorität anerkennt, verläßt sie den Boden der Demokratie; denn der Autoritätsglaube, der blinde Gehorsam, der Personenkultus ist an sich undemokratisch. Deswegen wollen wir statt einer Person fünf Personen an die Spitze setzen.“ Er fordert ein Programm, das nicht nur sozialistisch, sondern auch demokratisch sein müsse. (Bebel 1978c, 53f.) Die Organisationsstruktur sollte dies, und hier liegt eine klare Abgrenzung zum Lassallschen Parteiverständnis, widerspiegeln.

Lassalle, später August Bebel und Wilhelm Liebknecht begründen so eine neue, an kommunistischen Werten orientierte Massenbewegung. Erst hier kann man davon sprechen, dass sich Kommunismus als Idee mit Kommunismus als Massenbewegung und gesellschaftlich wirksame politische und kulturelle Praxis vereinigt. Das Kommunistische ist selbstverständlicher Teil des Sozialdemokratischen.

Es sind vor allem drei Elemente, die diese „Integration“ charakterisieren.

Erstens betrifft dies das Verhältnis zur IAA und die Rezeption der Pariser Kommune. Die Kommune wirft die Frage der Realisierung des Kommunistischen und eines proletarischen Internationalismus in derart zugespitzter Form erstmals als praktische Frage auf. Mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (auch I. Internationale genannt) 1864 schlossen sich Strukturen des ADAV dieser Organisation an. Die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ aus dem damals weitgehend unbekanntem Kommunistischen Manifest erhielt so eine praktische Dimension. Die IAA „orientierte die im nationalen Rahmen wirkenden Arbeiterorganisationen von Anfang an auf die gegenseitige Unterstützung in ökonomischen und politischen Klassenauseinandersetzungen, auf gemeinsame Aktionen gegen die Kriegspolitik, auf internationale Kommunikation und Diskussion.“ (Seidel 2010, 96)

Marx reflektiert diese praktische in der *Kritik des Gothaer Programms* und im *Bürgerkrieg in Frankreich* auch als wissenschaftliche Herausforderung. Die Frage der täglichen Organisationsarbeit beginnt sich mit der Frage des revolutionären Aktes selbst zu verbinden. Fragen nach dem Charakter und dem Inhalt des Begriffes der Gleichheit, nach dem Akteur des Übergangs, damit aber auch nach dem Umgang mit den Differenzierungen in der Gesellschaft wie auch im Proletariat, die Verschiedenheiten und zeitlichen Verschiebungen im Proletariat werden als unmittelbar brennende Fragen thematisiert. Es geht weiter um die Rolle des Staates, der Demokratie und der Gewalt in diesem Übergang. Damit muss sich das Konzept des Kommunismus selbst ändern. Heine hatte diese Fragen aus der Beobachtung des sich entwickelnden Proletariats heraus bereits einige Jahrzehnte zuvor aus der Perspektive eines politischen Künstlers reflektiert. (Bock 2006, 111ff.) Mit dem kommunistischen Manifest wurde eine Programmatik vorgeschlagen und mit der Gründung der Sozialdemokratie ein Organisationsprinzip versucht. Nun stand mit der Pariser Kommune und später

mit der Verwandlung der Sozialdemokratie in eine Massenpartei die unmittelbare Realisierung auf der Tagesordnung – wenn auch nur für einen historischen Moment.

Das wird **zweitens** besonders deutlich in der Bebel'schen Gesellschaftskonzeption, die er in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1879) entwirft. Sozialismus und Kommunismus sind bei ihm nicht sichtbar geschieden, die Begriffe werden synonym verwendet. Der Begriff des Kommunistischen taucht auf, wenn die Gleichheit und besonders die Gleichheit in Bezug auf das Eigentum betont werden soll. Gleichwohl erfasst sein Gesellschaftsbild ein breites Spektrum – der Ausgangs- und Bezugspunkt sind die Geschlechterbeziehungen, er erfasst davon ausgehend die Produktion, die Arbeitsbedingungen, die Verteilung, die Erziehung, die häusliche Arbeit usw. usf. Er greift dabei auf die ganze Breite kommunistischer Ideen zurück. Demokratie, Solidarität und Interessenharmonie (diese im Gleichklang unterschiedlicher Interessen, nicht als Interessenidentität verstanden) sind für ihn zentrale Elemente dieses neuen auf kommunistischen Prinzipien fußenden Gesellschaftsentwurfs. Aus ihnen soll die neue Ordnung ihre Dynamik schöpfen: „Die auf voller Freiheit und demokratischer Gleichheit organisierte Arbeit, bei der einer für alle und alle für einen stehen, also die volle Solidarität herrscht, wird eine Schaffenslust und einen Wettstreit erzeugen, wie sie in dem heutigen Wirtschaftssystem nirgends zu finden ist... Ferner haben alle das Interesse, da sie gegenseitig füreinander arbeiten, dass alle Gegenstände möglichst gut und mit möglichst geringem Aufwand an Kraft und Arbeitszeit hergestellt werden, sei es, um Arbeitszeit zu sparen oder um Zeit für die Erzeugung neuer Produkte zur Befriedigung höherer Ansprüche zu gewinnen.“ (Bebel 1959, 462) Das Kommunistische wird damit als lebende Praxis fassbar gemacht, die in ihrem utopischen Gehalt im sozialdemokratischen Vereinsleben bereits aufzuscheinen scheint. Die massenhafte Verankerung des Kommunistischen im alltäglichen Leben als Ringen um die Einheit von politischer Aktion, Kampf gegen Staat und Unternehmer um soziale und ökonomische Rechte, gelebter Solidarität, Bildung und offenen strategisch-theoretischen Diskussionen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts markieren die Hochzeit des „kritischen Kommunismus“ marx'scher Prägung. Die SPD der 1890er Jahre war eine kommunistische Partei, die modernste vielleicht, die es je gegeben hat. Die Gründungen nach dem Ersten Weltkrieg konnten diese Einheit nie wieder auch nur annähernd herstellen.

Drittens, dürfte die Rezeption des vormarx'schen Kommunismus, die zum Ende des 19. Jahrhunderts an Intensität zunahm, das Kommunismusbild der sozialdemokratischen Massen entscheidend geprägt haben. Autoren mit hohem Ansehen in der Partei prägten diesen Prozess. Zu erwähnen ist z.B. Kautsky mit den beiden Schriften „Thomas More und seine Utopie“ (Kautsky 1947a) sowie „Vorläufer des neueren Sozialismus“ (Kautsky 1947b). Ebenfalls 1888 erschien eine Arbeit von August Bebel über Charles Fourier. (Bebel 1978b) Fourier wird damit nach Auffassung des Herausgebers Joachim Höppner überhaupt erst den deutschen Arbeitern breiter bekannt. Wilhelm Liebknecht, der Owen als seinen Lehrer bezeichnete, publizierte 1892 zwei in den Jahren 1874 und 1876 bereits veröffentlichte Skizzen zum Leben und Wirken Robert Owens. (Liebknecht 1892) Franz Mehring gab 1908 Wilhelm Weitlings Garantien der Harmonie und Freiheit neu heraus und würdigt in einem Vorwort ausführlich dessen Rolle. (Mehring 1980b) In Rosa Luxemburgs Bildungskonzept spielte die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunistischen eine zentrale Rolle. In Überlegungen zu einem Kurs der Geschichte des Sozialismus an der SPD-Parteischule waren acht der 24 Vorlesungen der Entwicklung des Kommunistischen in Theorie und Praxis gewidmet. (Luxemburg 1984, 95f.) In der Neuen Zeit, dem theoretischen Organ der Sozialdemokratie, gab es allerdings zum Kommunistischen unter diesem Begriff selbst nur wenige Diskussionen. Neben verschiedenen

Rezensionen sind Beiträge zur Kritik an der These des Bestehens einer Urkommunisten (1908) und eine Analyse der Entwicklung der Herrenhuther Gemeinde (1902) zu nennen. Gleichzeitig wurden auch international eine Vielzahl von Analysen zu kommunistischen Kolonie-Projekten publiziert. (vgl. Höppner/Seidel-Höppner 2002b, 361ff.)

Die kommunistische Erzählung

Diese forcierte Rezeption folgte nicht einem akademisch-ideengeschichtlichen Bedürfnis oder einer bloßen Legitimation aus der Geschichte. Es ging um das Verstehen der Geschichte der Bewegung als lebendiger Auseinandersetzung. Daher Mehrings ausführliche Artikel zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie, in der mit heute oft unverständlicher Breite die verschiedenen Verästelungen der Auseinandersetzungen behandelt werden. Anlässlich einer Kontroverse um die Bewertung des Kommunistischen Manifests stellte Mehring die Aufgabe unter dem Gesichtspunkt der Theorieentwicklung so: „Dies ist aber bei einem welthistorischen Dokument wie dem Manifest nicht in der Form möglich, daß die überholten Sätze einfach gestrichen oder an Hand der späteren Werke von Marx und Engels interpoliert werden, sondern es bedarf eines kritischen Kommentars, der aus dem Entstehen der Urkunde bis in letzte einzelne nachweist, was von ihrem gedanklichen Gehalt unhaltbar geworden ist und was nicht.“ (Mehring 1980a, 220)

Kautsky rezipierte das Kommunistische (in diesem Sinne) streng historisch. Er betont den Unterschied zwischen dem Kommunistischen in den Ansichten von Autoren der Antike und Morus auf der einen, zwischen Morus und den Auffassungen zum Ende des 19. Jahrhunderts auf der anderen Seite. Er schärft den LeserInnen ein, dass das Proletariat der Antike sich völlig von dem der modernen Zeit unterscheidet und verortet Morus und seine kommunistischen Auffassungen am Punkt des Werdens des Kapitalismus und Vergehens des Feudalismus. Davon ausgehend beschrieb er die Entstehung des modernen kommunistischen Gedankengutes von zwei Quellen bestimmt – der Rolle der katholischen Kirche und des Welthandels. (Kautsky 1947a, 13) Er schreibt: „More ist als Märtyrer des Katholizismus gestorben. Um ihn zu verstehen, müssen wir die Art des Katholizismus genau kennen, der er anhing. Man möge daher stets im Auge behalten, wie ganz anders der alte, feudale Volkskatholizismus war, als der moderne Jesuitenkatholizismus. More war einer der letzten Vertreter des ersteren, soweit er überhaupt noch Katholik war...“ (ebd., 104) Bemerkenswert ist, dass die Darlegung der kommunistischen Utopie Thomas More's in erster Linie eine eigene (Kautskysche) Interpretation der Geschichte sozialer Kämpfe ist.

Mit literarischen Mitteln etablierten Bebel, Kautsky, Mehring, Liebknecht u.a., wie auch schon Engels (im Anti-Dühring unter Mitarbeit von Marx) die kommunistische Erzählung als eigene Geschichte des Proletariats. Dabei geht es auch um die Verteidigung der eigenen Traditionen gegen Vereinnahmungen durch den bürgerlichen Liberalismus. So verweist Liebknecht darauf, dass die Produktiv- und Konsumgenossenschaften vom Kommunisten Owen entwickelt wurden. (vgl. Liebknecht 1892, 9) Theoretisches und Kulturelles verflochten sich in diesen Schriften. Orientiert am marxischen kritischen Kommunismus sind sie immer auch Kritik bzw. Selbstkritik eigener Geschichte.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gab sich die von da an unter dem Namen Sozialdemokratische Partei wirkende Organisation ein neues Programm (Erfurter Programm 1891). Dieses Programm bestätigt die Einheit des Sozialdemokratischen und des Kommunistischen in dieser Etappe. Es schloss an das Kommunistische Manifest wie auch das Vermächtnis der IAA (Erste Internationale) an. „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln ... in gesellschaftliches

Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung, Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“ (Dowe/Klotzbach 1973, 177f.)¹¹

Dieses neugewonnen Selbstbewusstsein und die sich ändernden politischen Verhältnisse gibt auch der kommunistisch inspirierten Kunst neue Spielräume und eine neue Bedeutung. Zu den Mitgliedern und zum Umfeld der „kritischen Kommunisten“ marxischer Richtung gehörten schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Dichter wie Heinrich Heine, Georg Weerth oder Georg Herwegh. In einem zeitlich weiteren Sinne gehört auch Georg Büchner dazu, der mit dem Hessischen Landboten (als Publikation) und Dantons Tod (als Drama) zwei unterschiedliche Seiten des Kampfes um eine andere Gesellschaft im kommunistischen Sinne betrachtete und problematisierte. Aus Arbeiter-Autobiographien ist überliefert, dass u.a. Heine bei der Bildung und Bestärkung des neuen kommunistisch-sozialdemokratischen Weltbildes eine wichtige Rolle spielte. (vgl. Münchow 1973, 174f.) In ihren Werken und in ihrem Wirken sind viele Widersprüche, die die sich kommunistisch definierenden Bewegungen später mit sich tragen werden, schon deutlich sichtbar.¹²

Auch „moderne“ Schriftsteller fühlen sich angeregt, sich mit dem Kommunistischen auseinanderzusetzen. Emile Zola widmet in seinem Werk „Das Geld“, in dem er nach akribischen Recherchen die ökonomischen und sozialen Mechanismen der Finanzspekulation beleuchtet, einer Darlegung seiner Meinung nach zentraler Elemente der marxischen Kommunismusauffassung mehrere Seiten. (Zola 1981, 40–43) Edward Bellamy veröffentlicht 1888 eine Utopie unter dem Titel „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000“ (Bellamy 1980), die deutlich von kommunistischen Ideen inspiriert war. 1893 erschien die „Kunde von Nirgendwo, ein utopischer Roman“ von William Morris, herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Bemerkenswert an letzterem ist, dass das kommunistische Zukunftsbild in Beziehung zu den Potenzen und Grenzen des Sozialistischen – im Sinne von Wohlfahrtsstaatlichkeit (Staatssozialismus) gesetzt wird. (Morris 1920, 90ff.) Die kommunistische Erzählung findet sich als „Ansprache“ der Nachgeborenen an den Vertreter der Gegenwart, der die Zukunft bereist hatte: „Gehe zurück, du hast uns nun gesehen, und deine äußeren Augen haben gelernt, daß trotz aller unfehlbaren Lehrsätze deiner Tage doch noch eine Zeit des Glückes für die Welt in Aussicht ist - eine Zeit, die kommen wird, wenn es nur noch Menschen und keine Herren und

¹¹ auch <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>

¹² Mindestens für Deutschland und Frankreich bildet Heine die Brücke von den Idealen der Französischen Revolution hin zu einer wie auch immer gearteten kommunistischen Umwälzung. Mit seinen in der Augsburger Zeitung veröffentlichten Briefen aus Paris macht er das deutsche Publikum mit kommunistischen Auffassungen in Frankreich bekannt – wenn auch unter Bedingungen strenger Zensur. Er schreibt 1840 mit Bezug auf die Resultate der Französischen Revolution: „Nein, die Revolution ist noch ein und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen...“ (Heine 1962, 340) Auf der einen Seite erkennt er das revolutionäre Potenzial des Kommunistischen und der Kommunisten (namentlich der französischen und der englischen), andererseits fürchtet er dieses als destruktives Potenzial. Heine leitet die Neigung zum Kommunismus aus den Lebensumständen des Proletariats ab. Genau dies wird bei der Augsburger Zeitung zensiert. Die Leugnung dieser Verankerung war darüber hinaus der Angelpunkt des klerikalen Antikommunismus Wichernschen bzw. Kettlerschen Typs.

Knechte mehr gibt - nicht früher. Gehe deshalb wieder zurück, und solange du lebst, ringe mit all deiner Kraft für die Gleichheit der Menschen und schichte Stein auf Stein zu dem großen Bau der Genossenschaft des Friedens und des Glückes.“ (ebd., 151) Diese kommunistische Utopie schöpft ihre Kraft aus der Entwicklung, der Selbstorganisation und dem Handeln der Massen – sie markiert den großen Sprung, der sie selbst von der Owenschen Gesellschaftsvorstellung trennt, wahrscheinlich deutlicher und besser als jedes sozialwissenschaftliche Pamphlet.

Die Presse der Sozialdemokratie druckte kämpferische Gedichte, Lieder, Erzählungen ab, die teilweise von Arbeitern verfasst waren oder die den Alltag, den Widerstand und die Kämpfe zum Gegenstand hatten. Eine Untersuchung dieser Literatur kommt zu dem Ergebnis: „Von 1860 bis 1914 haben schätzungsweise gegen sechshundert namentlich identifizierbare Autoren geschrieben. Gedichte überwogen, die oft anstelle eines Leitartikels unmittelbar auf die Leser wirkten, auch Lieder, für marschierende Arbeiterbataillone und Massenversammlungen geschrieben. Von den siebziger Jahren an gab es umfangreiche historische und aktuelle Gegenwartsromane sowie eine reichhaltige Erzählliteratur. Diese Entwicklung wurde nach der Jahrhundertwende von über fünfzig autobiografischen Werken gekrönt. Bis heute sind zudem über dreihundert Arbeitertheaterstücke erfaßt.“ (Münchow 1982, 408) Neben den reisenden Agitatoren waren die Zeitungen und Zeitschriften der SPD die einzigen Medien die sozialdemokratisch-kommunistisches Gedankengut zu den Arbeitern (die ja auch außerordentlich differenziert waren) überall im Deutschen Reich transportieren konnten.

Die Niederlage

Dies wirft aber nun die Frage auf, warum das Kommunistische sich nicht durchsetzen kann, die Sozialdemokratie innerhalb von 20 Jahren von der radikalen Opposition zur entscheidenden Stütze des deutschen Kaiserreiches im Jahr 1914 wird. Was bewegt die GründerInnen der KPD sich „kommunistisch“ zu nennen?

Weiter oben wurde festgehalten, dass das Kommunistische der deutschen Sozialdemokratie in einem (dynamischen, vielleicht auch labilen) Gleichgewicht zwischen kommunistischem Gleichheitsanspruch, Kampf um politische Rechte, innerer Demokratie, Realisierung sozialer Interessen sowie Kultur, Bildung und politischem Lernen entfaltete. Das Kommunistische (in der Form der Sozialdemokratie) war primär eine Lebensweise, keine Theorie, bestenfalls theoriebasiert.¹³ Das machte ihn für die Massen zugänglich und damit potenziell gesellschaftsverändernd wirkungsmächtig. Allerdings änderte dies alles erst einmal nichts daran, dass trotz dieser durch die Arbeiterorganisationen und in der Nicht-Arbeitszeit vermittelten und erlebten „kommunistischen Potenzials“ in der Arbeitszeit (die oft 10 bis 14 Stunden, also die meiste Zeit des Tages umfasste) die Arbeiter auch Konkurrenten blieben, sich entsprechende Hierarchien und Werte durchsetzten. (Ritter/Tenfelde 1992, 810f.) Konkurrenz und Solidarität waren gleichermaßen überlebensnotwendige Verhaltensweisen.

¹³ Daran änderte sich auch später nicht viel. Eumann schrieb in einer sehr fundierten Analyse zur Mitgliedschaft der KPD in den 1920er Jahren: „Der Marxismus-Leninismus der ‚einfachen‘ Parteimitglieder war ... eine Melange aus einigen eher fragmentarischen Leseindrücken und einem starken Fundament an früh verinnerlichten emotional aufgeladenen proletarischen Wertvorstellungen, zu denen es sich eventuell über die Lektüre nur einen luftigen ideologischen Überbau gebastelt hat.“ (Eumann 2007, 231) Der Autor hebt gegenüber den Mitgliedern anderer Parteien die Bedeutung des Wertes Gerechtigkeit hervor. (ebd., 354) Gotthardt zeigt u.a. auch die relative Autonomie der kommunistischen Milieus an der Parteibasis gegenüber dem Parteiapparat. (Gotthardt 2007, 8) Im Zuge der Bolschewisierung wurden diese Spielräume allerdings immer enger. (ebd., 77)

Die Debatten bis in die 1890er stellten dieses Gleichgewicht nicht grundsätzlich in Frage. Wohl aber nahmen die Spannungen um die Bewertung des Kommunistischen in Partei und Bewegung zu. Unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes war die Reichstagsfraktion praktisch der Parteivorstand – innerparteiliche Demokratie konnte im gegebenen politischen Umfeld kaum realisiert werden. Arbeiter hatten kaum die Möglichkeit, Abgeordnete zu werden – unter anderem auch, weil es noch keine Diäten gab. So wurde die Fraktion und dann auch der Parteiapparat zunehmend von Intellektuellen und Kleinbürgern dominiert. In den Jahren 1884 und 1885 kam es zu einer scharfen Diskussion um das Verhältnis zum deutschen Staat, die sich am Verhältnis der Fraktion zur Subventionierung der Dampfschiffahrt entzündete.¹⁴ Es ging nicht nur um die Frage des Verhältnisses kommunistischer Ziele und Werte zu praktischer Politik, die Art ihrer Umsetzung in praktische Politik, sondern auch darum, wer in der Organisation diese Art der Umsetzung zu bestimmen hätte. Es entwickelte sich eine Strömung die meinte, durch Zugeständnisse an den deutschen Staat durch Zustimmung zum Haushalt, zu Zöllen u.ä. soziale Rechte „zu erhandeln“ wären. Der Revisionismustreit ab 1896 und die Veränderungen im Parteiapparat auf der einen Seite und die Auseinandersetzungen um die Organisationsfrage in der russisch-polnischen Sozialdemokratie (insbesondere zwischen Lenin und Luxemburg) auf der anderen Seite zerstörten dieses Gleichgewicht und führten zum Scheitern des kritischen deutschen Kommunismus. Mit der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten 1914 und die Unterstützung des Kriegskurses der Regierung verliert diese Richtung ihre organisatorische Basis. Der Spartakusbund, die USPD und schließlich die KPD versuchten eine solche Basis wiederherzustellen. Letztere scheiterte mit diesem Versuch im Zeitraum 1923 bis 1927 und wird zu einer bolschewistisch-kommunistischen Organisation, die die Tradition des kritischen deutschen Kommunismus nur halbherzig aufgreift und weitgehend verleugnet. Die Mehrheits-SPD trennte sich radikal von den eigenen kommunistischen Wurzeln. Sie werden nicht nur geleugnet, sondern auch diskreditiert: In seiner Polemik mit der bolschewistischen Strategie 1917/1918 behauptete Kautsky, dass sich die Bolschewiki aus „Sozialdemokraten“ in „Kommunisten“ wegen ihrer Absage gegenüber der parlamentarischen Demokratie im Januar 1918 umbenannt hätten. Unabhängig davon, dass das aus den Quellen schlecht belegt scheint – und aus dem Umfeld Lenins auch andere Interpretationen überliefert sind¹⁵ – macht sich Kautsky hier ein rohes Kommunismusverständnis zu eigen und gibt damit von sozialdemokratischer Seite der Feindschaft zum Kommunismus die Formel, die bis heute jeden Versuch der grundlegenden Gesellschaftsveränderungen im kommunistischen Sinne unter Generalverdacht des Terroristischen und Undemokratischen stellt. (Kautsky 1990, 47) So entstand die paradoxe Situation, dass zwei Propagandisten des Kommunistischen und Marxistischen – Kautsky und Lenin - um die Jahrhundertwende zu Kontrahenten werden, deren Wirken nach 1917 wiederum analoge Ergebnisse hat: die Kautskysche Interpretation des Marxschen Erbes bedeutet die unendliche Verlängerung des Lernens von Regieren und des Vorbereitens einer Gesellschaft der Gleichen, Lenins Interpretation (wenigstens bis Mitte 1921) läuft auf eine „Bekehrung“ der Massen

¹⁴ Diese Auseinandersetzung ist teilweise dokumentiert in (Herrmann et al. 1977)

¹⁵ Angelica Balabanoff schreibt dazu: „Als ich eines Tages mit Lenin über die dringende Notwendigkeit einer Annäherung zwischen uns und den westlichen Sozialisten sprach, sagte ich unter anderem, daß der Name der Partei – sie hieß Partei der Bolschewiki – manche fernhielt, die andernfalls auf unserer Seite gewesen wären. »Das gilt auch für mich persönlich«, fügte ich hinzu, »und für andere Genossen, die, ohne sich zu den Bolschewiki bekennen zu wollen, doch mit der russischen Revolution und mit dem Sowjetstaat solidarisch sind.« Lenin nickte, ohne weiter auf die Sache einzugehen. Einige Zeit danach wurde der Name der Partei geändert; sie hieß fortan »Kommunistische Partei « mit einem »b« in Klammern, das bolschewistisch oder Nachfolger der Bolschewiki bedeutete.“ (Balabanoff 2013, 27f.) In der Analyse der Sprache Lenins kommt wiederum Juri Tynjanow zu dem Schluss: „Die Änderung der Benennung der Partei ... war nicht nur eine terminologische Abgrenzung von der „Sozialdemokratie“, sondern auch eine Belebung der Bedeutung.“ (Tynjanow 1970, 105)

auch unter Zwang hinaus. In der Kontroverse zwischen Kautsky auf der einen und Lenin und Trotzki auf der anderen Seite konnte nur die Praxis entscheiden. Beide Seiten scheitern schließlich. Damit ist die Frage nach der Möglichkeit, den Akt der Befreiung in einen nachhaltigen Prozess überzuleiten, in völlig neuer Brisanz gestellt. Letztlich geht es um die Frage, ob und wie das Kommunistische sich selbst reproduzieren, immer wieder in der Praxis bestätigen und erneuern kann.

Ist das Kommunistische ökonomisch möglich? Die Zeit der Projekte und Konzepte

Gemeinhin wird heute das Kommunistische mit Verteilungsgerechtigkeit verbunden. Die von Marx in der Kritik des Gothaer Programms gegebene Bestimmung „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Marx 1987, 21) hat jedoch eine Reihe von Vorbedingungen, die heute gewöhnlich unterschlagen werden. Zu diesen Vorbedingungen gehören das Verschwinden der „knechtenden Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit“ und des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, die Verwandlung der Arbeit aus einem „Mittel zum Leben“ in ein erstes Lebensbedürfnis sowie ein durch die allseitige Entwicklung der Individuen mögliches Wachstum der Produktivkräfte, das alle „Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums“ reicher fließen lassen würde. (ebd.) Die marxsche Bestimmung der ökonomischen Grundlage einer kommunistischen Gesellschaft ging so weit über jede Verengung auf den Aspekt der Verteilung hinaus. Marx betrachtete die nachkapitalistische, kommunistische Art des Wirtschaftens als aus dem Kapitalismus hervorstwachsend, als „Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“. Damit formuliert er Vorbedingungen für einen Übergang: „Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes... Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“ (Marx 1890, 790f.) Es geht, so Marx dann 1881, um eine „höhere Form des archaischen Eigentumstyps, d.h. ... das kommunistische Eigentum...“ (Marx 1978c, 398) Zu den Vorbedingungen zählt aber genauso – und vor allem - eine „durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst“ geschulte, vereinte und organisierte Arbeiterklasse. (Marx 1890, 790f.) Damit stellt Marx eine praktische Frage, die theoretisch nicht zu beantworten ist: wie sieht der „Negationsprozess“ als Prozess der Entstehung des praktisch-ökonomischen Kommunistischen letztendlich aus? Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet, auch wenn es viele Versuche gab Antworten zu finden.

Der praktische Kommunismus

Betrachten wir, welche Praxen aus der kommunistischen Bewegung selbst hervorstwachsen.

Das Kommunistische möglich zu machen und damit sich selbst zu helfen war z.B. ursprüngliches Anliegen des Genossenschaftswesens, auch und nicht zuletzt in Tradition des Kommunisten Owen. Im 19. Jahrhundert war noch präsent, dass das Genossenschaftswesen in erster Linie

kommunistische Wurzeln hatte und erst später in größeren Teilen in die Gleise bürgerlich-sozialreformerischer Vorstellungen eingeeht, tatsächlich durch die Liberalen (die Fortschrittspartei - die maßgebliche bürgerliche Partei dieser Zeit in Deutschland) „enteignet“ wurde. Wilhelm Liebknecht bemerkte dazu: Es sei „hervorgehoben, daß – was von den fortschrittlichen Genossenschaftsaposteln hartnäckig verschwiegen wird – das moderne Genossenschaftswesen das Werk Robert Owen's ist... Wenn die Socialdemokraten Genossenschaften errichten, so begeben sie sich damit also nicht ... ein Plagiat am bürgerlichen Liberalismus, sondern umgekehrt ist das Schulze-Delitz'sche Genossenschaftssystem ein Plagiat an der Socialdemokratie.“ (Liebknecht 1892, 8f.) Genossenschaftliches Arbeiten in diesem kommunistischen Sinne stand nicht zuletzt in der Tradition der deutschen Dorfgemeinde¹⁶ (Allmende), der Obščina in Russland oder der alluy in Lateinamerika. Quellen dieser Art scheinen immer wieder auf – so etwa in den Diskussionen um die Zukunft Venezuelas¹⁷ oder Boliviens oder in der zapatistischen Bewegung.

Das 19. Jahrhundert brachte eine Vielzahl kommunistischer Projekte, in denen soziale, ethische, politische und wirtschaftliche Ziele gleichermaßen verfolgt wurden. Warum aber scheiterten sie ökonomisch, wenn doch ihre Ziele so sehr in den Wünschen und Hoffnungen der Massen verankert schienen? Natürlich kann man dafür die Verlockungen des kapitalistischen Marktes und politischen Druck verantwortlich machen. Letzteres trifft auf jeden Fall auf die Pariser Kommune zu. Ihr Scheitern war in erster Linie durch den konzertierten Angriff der französischen und deutschen Reaktion verursacht.

Das Scheitern kommunistischer Projekte wie die Owens oder Cabets resultierte auch und vor allem aus inneren Widersprüchen. Diese sind aber bisher angesichts des erstaunlichen Reichtums an Erfahrungen wenig untersucht.

Sehr gründlich ist der Niedergang der ikarischen Kolonien Cabets in den USA analysiert worden. (Höppner/Seidel-Höppner 2002b, 306–326) Die AutorInnen stützten sich dabei nicht nur auf die offiziellen Dokumente, sondern setzten sie in Beziehung zu Briefen von Gemeindemitgliedern an Verwandte und Freunde in Deutschland und in den USA. Sie verweisen auf folgende Faktoren:

- der „moralische Rigorismus“ (bezogen auf Rauchen, Alkohol, Kleidung) eng verbunden mit einem dichten Netz der Überwachung; letztere wurde von Cabet als wichtiger erachtet als die Beschäftigung mit der „materiellen Produktion“- also Leitung vorrangig als soziale Kontrolle;
- Trennung der Kinder von den Eltern um ihre moralisch einwandfreie Erziehung zu sichern;
- die Publizistik diene „allein ihm [also Cabet] als Sprachrohr“;
- Aufbausuchen kleiner Disziplinverstöße mit dem Vorwurf, die meisten Mitglieder seien keine „richtigen Kommunisten“;
- Unfähigkeit, mit Kritik und Opponenten umzugehen; Cabet vermochte nie, Person und Sache zu trennen und verlangte faktisch diktatorische Vollmachten;

¹⁶ Engels setzte sich mit dieser Frage mit Bezug auf Deutschland ausführlich auseinander.

¹⁷ vgl. (Azzellini 2014)

- Unterschiedliche Behandlung von Mitgliedern, um Zuwachs von außen und das Einbringen von Geld von außen anzuregen, verbunden mit einer sozialen Differenzierung bei der Verteilung der Arbeit und dem Versuch, Leitungspersonal und Hochqualifizierte gegen den Willen der Mehrheit einzusetzen (durch Überredungskunst);
- Bevorzugung der intellektuellen Arbeit gegenüber der körperlichen durch Cabet selbst.

Diese Faktoren untergruben Schritt für Schritt das Projekt, indem durch diese Umstände „Feindschaft unter den Mitgliedern“ erzeugt wurde. (ebd., 308) Ökonomisch betrachtet scheiterte also das Projekt vor allem an den durch die „innen“politischen Verhältnisse gesetzten Begrenzungen, die das Interesse an und die Antriebe gemeinsamer, kollektiver Arbeit untergruben.

Gleichzeitig verweisen diese Analysen noch auf andere interessante Punkte. Sieht man von den Versuchen Cabets, „SpezialistInnen“ und „InvestorInnen“ gegen den Willen der Mehrheit zu bevorzugen ab, verweist das dahinter stehende Problem des Mangels an SpezialistInnen aus den eigenen Reihen auf die Frage, wie in einer auf Gleichheit gegründeten Gemeinschaft SpezialistInnentum, Qualifikation und Lernen angeregt werden können.

Schon 1851 bemängelte ein anderer Kommunist, Wilhelm Weitling, die ungenügenden ökonomischen Resultate und sagte: „Die Ikarier haben aber die Hauptsache, warum sie sich eigentlich organisiert haben, noch zu schaffen, und was dadurch bewiesen werden soll, noch zu beweisen; denn wenn man alle hierher geflossenen Summen aufzählt und die Zeit einer Thätigkeit von drei Jahren und eine Zahl von 200 arbeitsfähigen Kräften, so hat man ein Recht, zu vermuten, dass doch wohl entweder nicht alle Kräfte ihre Schuldigkeit gethan haben oder nicht die Fähigkeit hatten, sie zu thun, und offen zu gestehn, dass das, was man bisher erreicht hat, weder der Zweck ist, den man durch den Kommunismus erreichen will, noch dass das allein die rechten Mittel sind, diesen Zweck zu erreichen. Ich wenigstens würde eine so kleine Kolonie weder als Hauptzweck noch als Hauptmittel zum Kommunismus betrachten.“ Weitling betont: „Alle aber, welche für das Princip des Kommunismus wirkten, haben ein Interesse, einen Zustand nicht als Modell der Zukunft zu empfehlen, in welchem die Verwendung von Geld und Arbeit sich bisher in materieller Beziehung weniger fruchtbringend zeigten, als in der alten verrotteten Gesellschaft.“ (ebd., 356f.)

Um 1920 beschrieb Tugan-Baranovckij ganz ähnlich die Gründe für das Auslaufen oder Scheitern kommunistischer wirtschaftlicher Projekte (in diesem Falle Versuchen der Realisierung der Phalanxe Fouriers): „Die tieferen Ursachen des Mißerfolges dieser Art Unternehmen beruhen keineswegs auf der Unmöglichkeit eines wirtschaftlichen Erfolgs... Sie scheiterten aber deshalb, weil keinen genügenden Grund für ihr Fortbestehen gab. Die Mitglieder der Kolonie konnten ihren Lebensunterhalt ebenso erfolgreich auch außerhalb der Gemeinschaft verdienen.“ (Tugan-Baranowsky 1921, 35f.)

Nach dem Tode Cabets setzte sich in der Kolonie eine radikale Demokratie durch. Ein zeitgenössischer Autor, der kommunistischen Kolonien in den USA in den 1870er Jahren selbst besucht hatte, charakterisierte in einem im „Office of the American Socialist“ in Oneida (selbst eine kommunitäre, oder auch kommunistische Kolonie) herausgegebenen Buch über diese Projekte, dass die entscheidende Frage ihres Erfolges in der Beantwortung der Frage liegt, wie individuelle Freiheit und Unterordnung unter die Zentralgewalt der Gemeinschaft zueinander in Beziehung gesetzt werden können. Seiner Meinung nach stehen dabei die Inspirationists und die Harmonists auf dem einen Pol, Ikarier auf dem anderen. (Hinds 1878, 70) Die erstgenannten waren stark religiös

motivierte Projekte, die ihre Autoritäten auf Zeit wählten, während die Ikarier in der Wahrnehmung des Autors zu diesem Zeitpunkt alle Fragen beständig diskutierten, ohne das eine „Zentralgewalt“ bestand, die letztlich verbindlich entschied. Ein anderer Autor dieser Zeit kommt zu dem Ergebnis, dass, wenn derartige Projekte ökonomisch erfolgreich waren, so nicht im kommunistisch-ideologischen Sinne, sondern als effektive Geschäftsmodelle, die sich auf eine hochmotivierte und kooperationsfähige Gemeinschaft stützten. So bezeichnet Nordhoff die kommunistische Gemeinde von Oneida als „in Wirklichkeit eher großes und prosperierendes Unternehmen als eine Kommune im üblichen Sinne des Wortes“ (Nordhoff 1875, 393)

Die Entwicklung der ikarischen Kolonie warf darüber hinaus die Frage auf, ob ein selbstgenügsames Projektleben entsprechend den kommunistischen bzw. ikarischen Grundsätzen sinnvoll sei, ob er Ausdruck eines zeitgemäßen Kommunismus sein könnte. Das wird von der jüngeren Generation verneint, sie fordert Mitte der 1870er Jahre „die Gründung des ikarischen Kommunismus auf Wissenschaft und Erfahrung statt auf Glaubensartikel und die Entwicklung der Produktion über die Landwirtschaft hinaus.“ (Höppner/Seidel-Höppner 2002b, 339) Der daraufhin wieder einsetzende Streit war mit weiterem Niedergang verbunden.

Gerade die ökonomischen Herausforderungen machen das Kommunistische als Problem der eigenen Reproduktion, seiner Erhaltung und Entwicklung, nicht einfach des „Aktes“ oder „Momentes“ der Gründung oder des Bekenntnisses relevant. Das Kommunistische als Gleichheitsanspruch sah sich mit den unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Interessen der Akteure konfrontiert. Die Projekte scheiterten hinsichtlich ihrer inneren Verfasstheit nicht an der Unfähigkeit, effektive Verwaltungs- und Planungsabläufe zu installieren, vielmehr an den Interessen der Handelnden und den damit verbundenen Widersprüchen.

Drei auf das engste miteinander verbundene Faktoren bedingten dieses Scheitern: **erstens** die Unmöglichkeit, gegen das kapitalistisch wirtschaftende bzw. nach bürgerlichen Maßstäben lebende Umfeld zu bestehen (letztlich auch ein kulturelles Scheitern), **zweitens** der Zuschnitt der Projekte auf die Führungspersönlichkeiten, weiter gefasst die politische Verfasstheit, die real Gleichheit in Arbeit und Politik gleichermaßen nicht gewährleistete, **drittens** Verhalten und Interessen der Mitglieder dieser Projekte. Sie waren nicht und konnten nicht gesellschaftlich sein (oft wollten sie es auch nicht), es waren – und sind „Halbinseln“ (Habermann 2009). Aus diesem Halbinsel-Charakter resultiert ihr Problem – aber dieses „Halb“ ist auch die Voraussetzung für ihre gesellschaftliche Wirksamkeit.

In der Kritik des Gothaer Programms nimmt Marx in dieser Hinsicht mit seinen Bemerkungen zur Rolle des Leistungsprinzips als Moment des Übergangs zum Kommunistischen hin eine Konkretisierung früherer Auffassungen vor. Das Kommunistische als unbedingter Gleichheitsanspruch realisiert sich unter diesem Gesichtspunkt als Werden AUS dem und IM Ungleichen – und in diesem Werden IM Ungleichen lernen Menschen, sich anders zu verhalten. Das gemeinsame, unmittelbar-gemeinschaftliche Aneignen von Natur und Gesellschaft, wie es sich auch in der Veränderung der Eigentumsverhältnisse zeigt, erfordert Selbstveränderung, also gesellschaftliches Lernen (Luxemburg), die Ausprägung „neuer Gewohnheiten“ (Lenin/Lukasz) – und somit einen schmerzhaften Prozess. Das Kommunistische bezeichnet eine andere Art der Aneignung, nicht einfach des Eigentums in seinem juristischen Sinne – es geht um „das ganze Leben“. Es geht um das Verhalten im Reproduktionsprozess, also in Produktion, wie auch in Konsumtion und dazwischen. Das dazwischen wird durch die Sozialpolitik erfasst – die Endpunkte bleiben problematisch. Aber das

Kommunistische, der unbedingte Gleichheitsanspruch wird nur möglich wenn sie die Totalität der Reproduktion erfasst. Die schließt aber Ungleichheiten, wie sie aus dem puren Arbeitsprozess entstehen, auf dem gegebenen Entwicklungsniveau von Technik und Technologie mit ein.

Die „ökonomische Essenz“ des Kommunistischen im Sinne des „deutschen kritischen Kommunismus“, des marxischen Kommunismus, stützte sich also auf Erfahrungen und Auseinandersetzung mit praktischen und theoretischen Fragen, die aus verschiedenen Blickwinkeln das Werden des Kommunistischen beleuchteten: die marxische „Kritik der Politischen Ökonomie“ als Abklopfen von Theorie und Praxis der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung auf Elemente ihrer Überwindung, die Kritik der kommunistischen Vorgänger („utopische Sozialisten“ bzw. „Kommunisten“) und die Analyse der Praxen der ArbeiterInnen (z.B. Genossenschaften und politische-soziale Bewegungen wie die Chartisten oder auch die Pariser Kommune) als Momente, die als Neues eine andere Gesellschaft andeuteten.

Die Verbindung der Verankerung im Werden und die klare Verbindung zwischen Ökonomie und Politik unterscheiden diesen von den bis hierher dargestellten kommunistischen Projekten oder den hier nicht betrachteten von Proudhon oder Lassalle propagierten Formen genossenschaftlichen Wirtschaftens.

Bis hierhin schien und scheint die Verwirklichung des Kommunistischen eine westeuropäische Angelegenheit zu sein, an die industrielle Revolution und die klassisch-bürgerliche Ordnung. Ist er tatsächlich an in dieser Weise definierte ökonomische Voraussetzungen gebunden? Wenn das Kommunistische etwas werdendes ist und nicht linear, unvermittelt aus einem bestimmten Gesellschaftszustand entspringt, wie sind dann die Bedingungen ökonomisch zu fassen?

Die Vielfalt der (denkbaren) Wege

Mit dieser Frage sahen sich die Linken im letzten Drittels des 19. Jahrhunderts ganz praktisch konfrontiert, als Länder wie Russland, Indien oder die südamerikanischen Staaten in den Sog der kapitalistischen Entwicklung gerieten. Sollte man eigenständig gegen die herrschenden Verhältnisse auftreten und auch eine andere Wirtschaft fordern, auch dann, wenn die Gesellschaft noch nicht völlig „durchkapitalisiert“ war? Diese Frage wurde vor allem in Russland diskutiert. Hier drehte sich die Diskussion um die Frage, ob die Reste der naturwüchsig-kommunistischen Dorfgemeinde, die *Obščina*, Ansätze für eine nachkapitalistische Entwicklung bieten könnte oder ob die russische Landwirtschaft erst nach westeuropäischem Muster völlig kapitalistisch geworden sein müsste, um eine Umwälzung auf die Tagesordnung setzen zu können.

Nikolaj Gavrilovič Černyševskij (1828-1889) als der bedeutendste russische Denker und Ökonom wenigstens des 19. Jahrhunderts hatte bereits in den 1860er Jahren diese Frage diskutiert. Er vertrat die Auffassung, dass die Potenziale der *Obščina* im Zuge der gemeinsamen Revolution der „Werk tätigen“ (Bauern und Arbeiter) in emanzipatorischer Art zum Tragen kommen könnten (Černyševskij 1948, 108–110). Marx kannte und schätzte seine Werke. (vgl. Marx, Karl/Engels, Friedrich 1999, 184–187) Er war auch die wahrscheinlich entscheidende Referenz, als dieser 20 Jahre später mit dieser Frage konfrontiert wurde.

Černyševskij repräsentiert eine widerständige Tradition, die über die Jahrhunderte von den russischen Bauern und auch von Teilen der Eliten getragen wurde. Entgegen den landläufigen Vorstellungen war der russische Bauer bei weitem nicht so passiv und duldsam, wie ihm nachgesagt

wurde und wird. Das 17., 18. und frühe 19. Jahrhundert war auch eine Zeit der Bauernerhebungen. Auch wenn durch das spezifische Bündnis von Thron und Altar in Russland aufklärerische Strömungen sich nicht entfalten konnten, entwickelte sich doch eine von bürgerlichen Idealen getragene Opposition, die z.B. in den 1820er Jahren in der Bewegung der Dekabristen und einem Aufstand dieses radikal-demokratischen Flügels der russischen bürgerlichen Strömung mündete. Die Niederlage der Dekabristen 1825 bedeutete nach Auffassung Kagarlickijs eine grundlegende Weichenstellung, die eine Umsetzung der Erfolge im Krieg gegen Napoleon in eine grundlegende Modernisierung der Gesellschaft und vor allem auch der Wirtschaft auf längere Sicht unmöglich machte. (Kagarlickij/Sergeev 2013, 238f.) Nach dieser Niederlage bürgerlich-demokratischer Bestrebungen stellte sich die Frage nach der Rolle der Bauern in notwendig scharfer Art und Weise. Natürlich war mit dieser Niederlage aber auch das liberale und linke Denken in Russland nicht ausgerottet. Intellektuelle, wie Černyševskij, Herzen, Belinski oder Dobroljubow leisteten eigene Beiträge zur Entwicklung linken Denkens, die heute allerdings weitgehend vergessen sind. Sie setzten den Bildern des passiven Bauern eine Analyse der widersprüchlichen Lage dieser Gesellschaftsschicht entgegen. Herzen charakterisierte den russischen Bauern 1851 so: „Diese Eigenschaft des russischen Charakters [er meint die zur Schau getragene Unbeholfenheit und Duldsamkeit – L.B.] erschwert die polizeiliche Untersuchung außerordentlich... Der russische Bauer kennt nur die Sittlichkeit, die sich instinktiv, natürlich aus seinem Kommunismus ergibt; diese Sittlichkeit ist tief im Volk verwurzelt; das wenige, was ihm aus dem Evangelium bekannt ist, bestärkt sie; die offenkundige Ungerechtigkeit der Gutsbesitzer bindet den Bauern noch fester an seine Rechte und die Gemeindeverfassung.“ (Herzen 1949, 506f.) Vor diesem Hintergrund entsteht hier eine eigene linke Strömung. Dobroljubow schrieb 1857: „Ich bin ein verwegener Sozialist, meinerwegen sofort bereit, einer wenig bemittelten Gesellschaft, mit gleichen Rechten und Gemeinbesitz aller Mitglieder beizutreten; ...Für mich ... gibt es noch kein Ideal auf Erden, es sei denn etwa die demokratische Gesellschaft, deren Meeting Herzen geschildert hat.“ (zit. in Jowtschuk 1949, 33) Er bezog sich hier auf einen Artikel von Herzen über eine Volksversammlung im Gedenken an die Revolution von 1848. Im Unterschied zu anderen Strömungen, wie etwa Teile der „Volksfreunde“ ging es ihnen nicht um die Idealisierung, sondern um die Bestimmung der Potenziale der Bauernschaft in ihrer Widersprüchlichkeit.

Černyševskij hatte auf die Dorfgemeinde als ursprüngliche Ressource des Übergangs zu einer anderen Gesellschaft einen ganz anderen Blick als andere kommunistische „Projektemacher“. Im Unterschied zu den Vorstellungen Cabets etwa, der seine Kolonien als Keimzellen, Beispiele verstand, war die Obščina eine massenhaft verbreitete Realität, aus der heraus unmittelbar Gesellschaftsveränderung realisiert werden könnte. Dabei stand für ihn erst einmal vor allem die Verhinderung der Verelendung der Bauernmassen durch Privatisierung des Bodens und Konkurrenz (wie dies in den westlichen Ländern ablief) im Mittelpunkt. Verweisend auf die Folgen der Enteignung der Gemeinden in Westeuropa für die soziale Entwicklung stellt er fest: „ Die Frage der Verhältnisse in der Landwirtschaft (земледельческом быте) ist die wichtigste für Russland, das noch lange ein in erster Linie Agrarstaat bleiben wird und in dem das Schicksal der gewaltigen Mehrheit des Volkes noch lange, ganze Jahrhunderte, wie auch bisher von der landwirtschaftlichen Produktion abhängen wird.“ Er reflektiert hier auf eigene Weise und ganz materialistisch einen Aspekt der ursprünglichen Akkumulation und leitet aus der russischen Spezifik eine zentrale strategische Aussage ab. Er war sich dessen bewusst, dass die Gesetze der Konkurrenz (Kapitalismus) auch Russland unterwerfen werden. Gegenwärtig aber verfüge Russland aber noch über eine „heilende Institution“ (спасительное учреждение), die die ländlichen Klassen vor Armut und Obdachlosigkeit schützen würden. Aber die absehbare kapitalistisch-industrielle Entwicklung wird die Produktion und die Bedürfnisse selbst bei

bescheidener Dynamik entscheidend verändern. Dabei müsse darum gekämpft werden, die Obščina zu erhalten, die ein Gut sei, für dessen (Wieder)Aneignung nun im Westen gekämpft werde. (Černyševskij 1948, 108–110)

Aus den russischen Diskussionen herrührende Fragen zwangen Marx dazu, sich tiefergehend und über eine allgemeine Aussage über die geschichtliche Tendenz hinaus mit der politischen Möglichkeit und der ökonomischen Basis eines kommunistischen Umbruchs zu befassen. Es ging darum, den angesprochenen Negationsprozess genauer zu fassen. Wie kann also die Möglichkeit des Kommunistischen auch tatsächlich zur sinnlich erfahrbaren Wirklichkeit werden?

Das Schwergewicht der sozialen Auseinandersetzungen in Russland verlagerte sich in den sechziger und siebziger Jahren vom antifeudalen demokratischen Radikalismus zum antikapitalistischen Agrarsozialismus, letzterer verbunden mit der Richtung der Norodniki (Volkstümmler). (Lemke 1977, 177) Gleichzeitig entstand eine Arbeiterklasse, die zwar noch in Vielem mit der bäuerlichen Vergangenheit verbunden war, aber bereits durchaus zunehmend selbständig eigene Interessen artikulieren konnte. Seit etwa 1885, so Martov, ein früherer Mitstreiter und späterer Kontrahent Lenins, kann in Russland von der „Arbeiterfrage“ als von der „Bauernfrage“ verschieden, ähnlich wie in Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern, gesprochen werden. (Martov 1973, 12) Allerdings war und blieb die „Arbeiterfrage“ viel enger mit der „Bauernfrage“ verknüpft als etwa in Deutschland. Dies sollte den Charakter der kommunistischen Bewegung in Russland und in der Sowjetunion nachhaltig prägen.

Diese Konstellation warf natürlich die Frage auf, ob die westeuropäische Sicht auf den Kapitalismus und damit auch die Organisation und Agitation kommunistischer Bewegung auch in anderen Teilen der Welt der Modellfall wäre, dem man unbedingt folgen müsse. Waren die Bauern eine homogene „reaktionäre Masse“, konnten sie nur als „Anhängsel“ der Arbeiterklasse betrachtet werden oder wirkten in der Bauernschaft unter bestimmten Bedingungen eigene emanzipatorische, kommunistische Elemente fort?¹⁸ Im Jahr 1877 beantwortet Karl Marx diese Frage wie folgt: „Führt Rußland fort, den Weg zu verfolgen, den es seit 1861 eingeschlagen hat, so wird es die schönste Chance verlieren, die die Geschichte jemals einem Volk dargeboten hat, um dafür alle verhängnisvollen Wechselfälle des kapitalistischen Systems durchzumachen.“¹⁹ Damit beschreibt er selbst die Grenzen seiner Überlegungen zur Entwicklung des Kapitalismus – und damit auch der Beschreibung der geschichtlichen Tendenz, die in das Kommunistische führt: „Das Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation will nur den Weg schildern, auf dem im westlichen Europa die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus dem Schoß der feudalen Wirtschaftsordnung hervorgegangen ist.“ (Marx 1978a, 108) Er betonte, dass seine „historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa“ keine „geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges“ auf dem Weg zu „jener ökonomischen Formation ... die mit dem größten Aufschwung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit die allseitige Entwicklung der Menschen sichert“ (also des Kommunismus) sei. (ebd., 111)

Wenige Jahre später (1881) wandte sich Vera Sassulitisch an Marx mit der direkten Frage, ob die Obščina erst auf dem „kapitalistischen“ Wege zerschlagen werden MUSS, bevor eine

¹⁸ Hecker zeichnet auf interessante Weise die Veränderung der Haltung von Marx und Engels zur Bauernschaft nach. (vgl. Hecker 1995)

¹⁹ 1861 wurde in Russland die Leibeigenschaft, wenn auch unter schwierigen Konditionen, aufgehoben und damit der Weg in eine kapitalistisch organisierte Landwirtschaft eröffnet.

nichtkapitalistische Gesellschaft möglich wird. Dahinter steht die Frage, ob die linke Bewegung in Russland sich primär bürgerlich-kapitalistischen Forderungen unterwerfen sollte, oder ob eine eigenständige Strategie möglich sei. Es ging also um die Auseinandersetzung mit einem mechanistischen Entwicklungsverständnis. Marx bekräftigte hier die Position, die er schon 1877 eingenommen hatte. Er sei überzeugt, „daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist.“ Er setzte fort: „damit sie aber in diesem Sinne wirken kann, müßte man zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einströmen, beseitigen und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern.“ (Marx 1978b, 243) Ein weiteres Jahr später ergänzten Marx und Engels diese Aussage: „Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.“ (Marx/Engels 1978, 296) Es ging ihnen dabei darum, dass sich „beide einander ergänzen“²⁰ – weder das eine noch das andere alleine kann das Kommunistische zur Wirklichkeit machen.

Die Frage, inwieweit das konstituierend für eine neue Revolutionstheorie hätte sein können (Pradella 2010, 100), muss offen bleiben. Marx formulierte jedenfalls einen hohen Anspruch an die revolutionäre Bewegung in allen beiden „Lagern“: „Wenn die Revolution zur rechten Zeit erfolgt, wenn sie alle ihre Kräfte konzentriert, um den freien Aufschwung der Dorfgemeinde zu sichern, wird diese sich bald als ein Element der Regeneration der russischen Gesellschaft und als ein Element der Überlegenheit über die vom kapitalistischen Regime versklavten Länder entwickeln.“ (Marx 1978d, 395)

Aus Marx' Sicht der Jahre 1877 bis 1881 war die Dominanz des Bäuerlichen eine Herausforderung, aber kein Ausweis der Unmöglichkeit einer gesellschaftlichen Umwälzung über eine bürgerlich-demokratische Ordnung hinaus.

Sah Marx also in den bäuerlichen Traditionen eine aus den Praxen der Gestaltung sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen resultierende Möglichkeit des Weges kommunistischer Emanzipation gemeinsam mit dem industriellen Proletariat, wurden dies von anderen ganz anders interpretiert. Herausragend dafür ist der berühmte russische Schriftsteller Leo Tolstoi, der auch als „christlicher Anarchist“ gilt.²¹ Für ihn lag die Potenz der Emanzipation der russischen Bauern, die er als das eigentliche Volk betrachtete, in die Verweigerung des Gehorsams, tiefer Religiosität, Selbstgenügsamkeit und der Rückkehr der durch die Stadt „Verdorbenen“ aufs Land. Er lehnte vehement jede revolutionäre Bewegung ab. (Tolstoi 1906) Für ihn stellt sich also die Frage ganz anders als für westeuropäische Kommunisten oder auch Černyševskij. Die Obščina als solche, wie auch überhaupt die Produktion spielen für ihn keine Rolle, es geht um die ideologische Seite.

A.V. Čajanov, einer der wichtigsten russischen und sowjetischen Agrarwissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konstatierte 1925 rückblickend, dass sich gegenüber den Debatten um die Potenzen der Obščina in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Bedingungen nach der

²⁰ Marx hatte sich schon sehr früh mit den Wirkungen des Zerfalls alter kommunistischer Strukturen und ihrer inneren Widersprüchlichkeit befasst – so z.B. in seinen Analysen zu den Wirkungen des englischen Kolonialregimes in Indien. (Marx 1975, 132) In den Entwürfen zu diesem Brief geht er bedeutend ausführlicher auf Möglichkeiten, Bedingungen und Widersprüche eines solchen revolutionären Transformationsprozesses ein. In seinem zweiten Entwurf bezeichnet Marx die inneren Widersprüche der Dorfgemeinde als „Kern der Frage“. (Marx 1978c, 399) Interessant in diesem Zusammenhang ist auch ein Text von Tobias Reichardt, in dem er Marx' Untersuchungen zu den Triebkräften wirtschaftlichen Handelns in vorkapitalistischen Gesellschaften skizziert. (Reichardt 2006)

²¹ Eine ausführliche Darstellung zu dieser Strömung bietet (Kalicha 2013)

Jahrhundertwende grundlegend geändert hätten. Vor allem nach der russischen Revolution 1905-1907 sei die Durchdringung der Landwirtschaft mit Waren- und kapitalistischen Beziehungen schnell vorangeschritten. (Čajanov 1989, 196f.) Im Zuge der Stolypischen Reformen ab 1906 war das Gemeindeland, die ökonomische Grundlage der Obščina, unter den Bauern wenigstens zum Teil als Privateigentum aufgeteilt worden. In seinen Untersuchungen von 1912 analysierte er bereits LandwirtschaftsUNTERNEHMEN, egal welcher Größe und Form. Bestenfalls schien die Obščina noch als ideologische Figur, soziale Erinnerung bzw. Erfahrung und sicher auch als kulturelle Alltagspraxis zu bestehen. Mit diesen Reformen wurde ein Prozess abgeschlossen, den Lenin in seinen Untersuchungen zur Entwicklung des Kapitalismus in Russland anhand statistischer Daten nachgewiesen hatte. In voller Übereinstimmung mit Karl Kautsky (der zeitgleich eine ähnliche Studie zur Entwicklung der Agrarverhältnisse in Deutschland vorgelegt hatte) sieht Lenin keine Möglichkeit einer progressiven Wendung der noch bestehenden Reste kooperativen Wirtschaftens auf dem Land. (vgl. (Lenin 1956, 14) und (Kautsky 1899, 338))²²

Die von Marx gemachte Einschränkung war also aus der Sicht dieser Autoren offensichtlich weitgehend schon zum Tragen gekommen. Die von Tolstoi vertretene Richtung musste vor diesem Hintergrund, trotz ihrer enormen Bedeutung als Kritik des Bestehenden²³, ihre vorhandene kommunistische Tendenz in den konkreten Auseinandersetzungen verlieren. Es ist interessant, dass Čajanov in einem literarischen Werk „Reise ins Land der bäuerlichen Utopie“ das Tolstoische Gesellschaftsbild zu einer düsteren Konsequenz führt. (Tschajanow 1984)

Die Frage nach den Wegen der Freisetzung von Potenzialen traditioneller ursprünglich-kommunistischer Produktions- und Lebensweisen für eine nichtkapitalistische Entwicklung bewegte im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder TheoretikerInnen wie PraktikerInnen. Der Peruaner Jose Carlos Mariategui diskutierte in den 1920er Jahren ähnlich wie Černyševskij und Marx für Peru die Potenziale einer sozialistischen Revolution: „In den kommunitären Traditionen der indianischen Gemeinden sah Mariategui eine Möglichkeit des direkten Übergangs zum Sozialismus, ohne die volle Entfaltung kapitalistischer Verhältnisse durchlaufen zu müssen. ‚Eine neue Agrarpolitik muss sich vor allem der Förderung und dem Schutz der indianischen Dorfgemeinschaft widmen. Der ‚ayllu‘, die kleinste Zelle des Inkastaates, hat die Angriffe des Feudalismus und des Großgrundbesitzes bis heute

²² Wie kompliziert die Bewertung der möglichen Potenziale traditioneller Bewirtschaftungsweisen des Bodens und der entsprechenden sozialen Beziehungen ist, zeigte sich in den 1960er Jahren, als die revolutionären Eliten einiger afrikanischer und asiatischer Staaten sich entschlossen, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu beschreiten. Die von Černyševskij wie auch von Marx angenommene Möglichkeit der Nutzung der angesprochenen Potenziale durch die Schaffung eines entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Umfeldes konnte bisher noch nicht realisiert werden.

²³ Rosa Luxemburg würdigt diesen Aspekt des Schaffens Tolstois folgendermaßen: „Tolstoi kritisiert alles Bestehende ... und er predigt: Abschaffung der Ausbeutung, allgemeine Arbeitspflicht, ökonomische Gleichheit, Abschaffung des Zwanges in der Staatsorganisation wie im Verhältnis der Geschlechter, völlige Gleichheit der Menschen, der Geschlechter, der Nationen und die Völkerverbrüderung ... Das soziale Ideal Tolstois ist also nichts anderes als Sozialismus ... Der schwache Punkt Tolstois: die Auffassung der ganzen Klassengesellschaft als eine ‚Verirrung‘ statt einer geschichtlichen Notwendigkeit, die die beiden Endpunkte seiner geschichtlichen Perspektive, den Urkommunismus und die sozialistische Zukunft, verbindet, liegt auf der Hand.“ Sie schließt den Aufsatz mit einem Zitat Tolstois, dass sie selbst als kommunistisches Lebenscredo verstanden haben dürfte: „Jeder kommt auf seinem Wege zur Wahrheit, eins aber muß ich sagen: Das, was ich schreibe, sind nicht nur Worte, sondern ich lebe danach, darin ist mein Glück, und damit werde ich sterben.“ (Luxemburg 1972b, 250ff.) Mit dieser von Luxemburg nur skizzierten Widersprüchlichkeit des Tolstoischen Denkens setzte sich der russische Marxist Georgi Plechanow ausführlichst auseinander. Er betonte dabei die politisch letztlich destruktive Konsequenz des moralisierenden und religiösen Kritikansatzes, ohne das subjektiv gegebene „gute“ Wollen Tolstois in Frage zu stellen. (Plechanow 1954a) und (Plechanow 1954b) Das ist in dem hier zu betrachtenden Zusammenhang deshalb von Bedeutung, weil das Tolstoische Weltbild für eine sich egalitär gebende Form eines christlichen Konservatismus wie auch für Ablehnung von Staatlichkeit in passivem Widerstand steht, die als Zuschreibung „russischer Seele“ dem Kommunistischen und seiner Realisierbarkeit entgegengestellt wird. (exemplarisch Bitow 2009)

überstanden und ist noch lebendig genug, um sich allmählich in die Keimzelle eines modernen sozialistischen Staates zu verwandeln.“ (von Oertzen 2015, 1745)²⁴ In ähnliche Richtungen gingen die Diskussionen zu afrikanischen oder asiatischen Wegen zum Sozialismus in den 1960er Jahren. (vgl. Rathmann, Lothar et al. 1974, 668ff.) Mardeck stellte an den Eigenheiten der Versuche der Lösung der Bodenfrage Anfang der 1960er Jahre in Tansania und Ghana dar, dass dies eine Auseinandersetzung mit dem traditionellen Bodenrecht unabdingbar mache. Traditionelles Bodenrecht ist, genau wie im Falle der Obščina, mehr als ein familiärer oder kollektiver Eigentumstitel – es ist in erster Line eine Bearbeitungsweise mit allen sozialen und kulturellen Konsequenzen. Er meinte, dass es um „die Verwertung der dem traditionellen Recht, hier dem Bodenrecht, zugrunde liegenden rechtlich-ideologischen Prinzipien“ ginge. „Die Delegation des „absoluten Eigentumstitel“ in die Hände des Präsidenten, also die faktische Schaffung von Staatseigentum an Grund und Boden, und die Reduzierung der privatrechtlichen Ansprüche auf Nutzungsrechte ist zweifelsfrei ein Weg für eine solche Auseinandersetzung. Jedoch kann diese Entwicklung nicht so verstanden werden, dass damit die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse auf dem Lande ausgeschlossen wäre und eine genossenschaftliche Arbeit automatisch folgen müsste. Die Schaffung von Verhältnissen in der Landwirtschaft, die dem nichtkapitalistischen Weg adäquat sind, ist ein weitaus komplizierter und umfassender Prozess. Die gesellschaftliche Bedeutung der hier gezeigten Regelung liegt darin, dass sie die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse erschwert.“ (Mardeck 1971, 199)²⁵

Das Problem ist aber schon älter: Unter dem Gesichtspunkt der vergleichenden Revolutionsgeschichte geht Kossok auf die Beziehung von politischen und ökonomischen Bedingungen in den Revolutionen in Südamerika um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ein. Er konstatiert ein „Dilemma zwischen Politik und Ökonomie im ‚schwarzen Jakobinismus‘“, das sehr an die Situation nach der Oktoberrevolution und bei der Einführung der NÖP erinnert, ohne dass er selbst diesen Bezug herstellt. (Kossok 2000a, 114)

Das Kommunistische als ökonomische Möglichkeit und Notwendigkeit

Stellt man diese verschiedenen Seiten und Quellen kommunistischer Konzeption und Praxis in Rechnung, wäre unsere Zusammenfassung zur Essenz des „deutschen kritischen Kommunismus“, wie er sich als ein wichtiger Repräsentant des Kommunistischen vor dem Ersten Weltkrieg darstellt, zu erweitern.

- die ökonomische Möglichkeit des Kommunistischen ist eine historisch-konkrete, nicht linear aus einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte allein ableitbare Größe. Die industrielle Großproduktion ist in Westeuropa Ausgangspunkt einer nachkapitalistischen Gesellschaft, für andere Region ist diese Frage offen. (Obščina -Diskussion) Allerdings wird der Umbruch kann nur im globalen Kontext der bürgerlichen Produktionsweise verlaufen, nimmt aber dabei auch auf ökonomischem Gebiet spezifische regionale (nicht nur nationale) Züge an.

²⁴ Siehe auch (Mothes 2010) sowie (Kossok 2000b) Zu den ähnlichen Ansätzen der ZapatistInnen siehe S.57.

²⁵ Die hier enthaltene Problemstellung ist ungeklärt. Bemerkenswert ist, dass in den letzten Jahren mit der Belebung einer „Demokratie-Anthropologie“, auch angeregt vom Scheitern der Verstaatlichungs- wie auch Privatisierungsstrategien in den ehemaligen Kolonien sowie den Defiziten der bürgerlichen Demokratie im „Westen“ derartige Fragen wieder stärker diskutiert werden.

- Damit untrennbar verbunden ist die Frage nach den Wirkungen von Mangel auf die Realisierbarkeit des Kommunistischen. Marx und Engels problematisieren die Frage des Mangels schon in der Deutschen Ideologie, wo sie feststellen, dass ein hoher Entwicklungsstand der Ökonomie unabdingbar für eine nachkapitalistische Gesellschaft sei, weil andernfalls „nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müsste“ (Marx/Engels 1981, 34f.)
- Das Kommunistische ist auf das engste mit der Veränderung **Arbeitsteilung** und ihrer Gestaltung durch bewusstes, planmäßiges Handeln verbunden. Es geht um eine bewusste **Vergesellschaftung**, bewusste **Aneignung** der eigenen Lebensbedingungen. Seinen Ausdruck findet das in den Vorstellungen des kommunistischen Eigentums nicht als juristischer, sondern sozialer Erscheinung. Der Inhalt kommunistischen Eigentums ist abgeleitet aus sehr verschiedenen Bedingungen und Voraussetzungen, nicht der Ausgangspunkt. Anders gesagt: kommunistisches Eigentum schafft man nicht einfach und errichtet dann den Kommunismus. Indem der kritische deutsche Kommunismus das Kommunistische als Möglichkeit und Notwendigkeit aus der Vergesellschaftung heraus bestimmt, also aus der Feststellung, dass die Produktivkräfte nur noch als gemeinsam anwendbare bewegen lassen, und dass diese gemeinsame Anwendung bewusst gemeinsam erfolgen muss, wenn sie sich nicht in Destruktivkräfte verwandeln sollen, stellt er das Kommunistische als gesellschaftliche, nicht mehr als Aufgabe einer erhabenen und wissenden Elite. Das ist eine völlig andere Sichtweise als die der kommunistischen Projekte und Doktrinen, die vor allem moralische Empörung ausdrückten und praktisch handhabbar machten. Damit wird das Kommunistische aber auch zu einem Suchprozess nach Formen des Wirtschaftens, die die Produktivkräfte eben nicht zu Destruktivkräften werden lässt. Dass die Anwendung des über Generationen erarbeitenden Wissens und der über Generationen erworbenen Fähigkeiten nicht zur Selbsterstörung der Gesellschaft und ihrer einzelnen Mitglieder führt. Das Kommunistische ist damit neuen selbst hervorgebrachten Maßstäben ausgesetzt. Die mögliche materielle Gleichheit muss in Wechselwirkung stehen zu politischer Gleichheit, zur Zugänglichkeit aller Entscheidungsprozesse die Ziel und Wege des Wirtschaftens bestimmen.
- Dieser kommunistische Vergesellschaftungsprozess **bedeutet eine neue Einheit von Arbeit und Leben**, ohne dass Unterschied und Widerspruch verschwinden. Der Charakter der Arbeit und das Arbeitsethos verändern sich, die Menschen verhalten sich wissenschaftlich zum Prozess der Reproduktion und die Arbeit selbst nimmt zunehmend wissenschaftlichen Charakter an, der Mensch lässt Sachen für sich arbeiten.
- In der bürgerlichen Gesellschaft stellen sich vor allem Genossenschaften als **Orte des Lernens dar**. Mit seiner „Kulturfunktion“ (Luxemburg) ist der bürgerliche Staat selbst als ein solcher Ort des Lernens zu verstehen.
- **Der Übergang zum kommunistischen Wirtschaften wird über den Staat** als Diktatur des Proletariats erfolgen müssen, und das in einem **langdauernden Prozess** der nur als **Bündnisprojekt** – insbesondere mit den Bauern möglich sein dürfte.

Neue Konstellationen

In den Revolutionen am Ende des Ersten Weltkrieges wird das Kommunistische davon ausgehend neu bestimmt werden – als Praxis des Werdens unter veränderten Machtverhältnissen, also konstruktiv, und als auf diese Praxis orientierte Bewegung von Widerstand, als Praxis der Negation des Alten im Neuen. Das Neue selbst ist keimhaft; selbst das, was im Alten an Neuem besteht, ist in einen neuen Kontext gestellt. Es ging nun um eine gesellschaftliche Reproduktionsweise, die das Kommunistische tagtäglich neu erzeugen könnte – in den Beziehungen im Prozess selbst, hinsichtlich der Bereitstellung von Gütern und Leistungen und in der Art der Distribution und Konsumtion als Gleiche.

Das verbietet aber die Betrachtung des Kommunismus und des Kommunistischen als bloßes Ideal, an dem Maßnahmen, darunter eben auch wirtschaftspolitische, zu messen und zu entwickeln sind. Erhebliche Teile der Kritiken des Realsozialismus gehen von derartigen „idealistischen“ Setzungen aus. Der Versuch der Herausgeberin Shannon Brincat, in einem dreibändigen Werk den „Communism in the 21st century“²⁶ zu beleuchten, ist weitgehend von diesem Herangehen geprägt. Dieses Herangehen verbleibt auf der Ebene des „Projekte-Kommunismus“ oder „Insel-Kommunismus“ eines Cabot, Owen oder anderer noch früherer Versuche. Bertell Ollman stellt das richtige Problem: „Was war Marx’s Vision von Kommunismus?“ Das ist die falsche Frage. Stattdessen sollten wir fragen, „Wie kam Marx zu seiner Auffassung von Kommunismus und wie präsentierte er diese seinen Lesern?“ Er betont, dass die Frage nach der „Vision“ nicht von der nach der Analyse des Kapitalismus getrennt werden kann. (Ollman 2014, 63) Er fordert, nach dem Kommunismus innerhalb des Kapitalismus zu schauen. (ebd., 65) Das ist nun nicht neu, aber es ist der einzige Weg sich dem ökonomischen Gehalt des Kommunistischen zu nähern – wie wächst es sich selbst verändernd aus dem täglichen Handeln, das in erheblichem Maße wirtschaftliches Handeln ist, hervor? Denn anders kann es nicht werden, wenn man es nicht als Stiftungsreligion, als nach Marx „erhabenes Wissen“, das durch Überzeugung zur Wirklichkeit wird, unabhängig von den tatsächlichen Bedingungen, verstehen will.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges erfolgt zur Frage des Verhältnisses des Ökonomischen zum Kommunistischen eine aus unterschiedlichen politischen Bedingungen resultierende Verdopplung der Problemkonstellation: in Sowjetrußland mit Kriegskommunismus und NÖP, in Deutschland und anderen kapitalistischen Staaten mit dem wachsenden Stellenwert wirtschaftsdemokratischer bzw. sozialpartnerschaftlicher Ansätze. In den Jahren 1917 bis 1919 eröffneten die Aktionen der ArbeiterInnenbewegung neue Horizonte der Realisierung des Kommunistischen, auch in ökonomischer Hinsicht.

Das Kommunistische unmöglich machen – Die Wendung der deutschen Sozialisierungsdebatte

Kautsky verzichtete ausdrücklich 1918 auf Erörterungen zu einem nichtkapitalistischen Übergang (Kautsky 1918, IV) Das ist in gewisser Weise unverständlich, widmete er doch 16 Jahre zuvor den zweiten Teil seiner Schrift „Die soziale Revolution“ sehr weitschweifig „dem Tag danach“. (Kautsky 1902) In einer Schrift aus dem Jahr 1922 schließlich verschiebt er die ökonomische Realisierung des Kommunismus in die Ewigkeit und unterstellt dem Kommunismus einen „Gewaltkultus“, der neben dessen „Illusionen“ bei den Massen durch „ökonomische Einsicht“ ersetzt werden müssten. (Kautsky 1922, 193) Kautsky wiederholt die richtige Forderung des Lernens der Massen – allerdings wird dieses Lernen in den Schriften ab 1918 ziellos, genauer ergebnislos. Es wird, scheinbar an Marx anknüpfend wie schon 1902 zwar betont, dass der Kapitalismus „intelligente Arbeitskräfte“

²⁶ Vgl. (Brincat 2014a) (Brincat 2014b) (Brincat 2014c)

hervorbringt, die fähig sind, die Produktion zu leiten (Kautsky 1902, 47), aber den Sprung, wie in Russland, sollen sie offensichtlich nicht tun. Letztlich bedeutet das die Erklärung der ökonomischen Unmöglichkeit des Kommunismus und die Negation der Feststellung, die Arbeiter seien selbst fähig, die Produktion zu organisieren. Unter dem Banner der Sozialisierung wird den Arbeitern mitgeteilt, sie seien eben nicht fähig, sie müßten lernen, lernen, lernen – aber nicht die Macht übernehmen. Die Marxsche Formel, dass der Kommunismus aus dem höchsten Stand der im Kapitalismus möglichen Entwicklung der Produktivkräfte ergibt, verwandelt sich in der Mehrheitssozialdemokratie anschließend an die Revisionismusdebatte in die Postulierung der ökonomischen Unmöglichkeit des Kommunismus – weil immer noch etwas geht. Der Ökonomismus ist eine Geburt der revisionistischen Sozialdemokratie, nicht der kommunistischen. Hier bricht die Sozialdemokratie offen mit dem kommunistischen Emanzipationsanspruch.

Allerdings setzte sich dieser sozialpartnerschaftliche Kurs in Deutschland erst nach harten Auseinandersetzungen mit rätekommunistischen Strömungen, die vor allem von Richard Müller vertreten wurden durch. Das Müllersche Modell der Arbeiterräte ging von einer unmittelbaren Vergesellschaftung aus, die durch ein Geflecht von territorialen und betrieblichen Arbeiterräten realisiert werden sollte. Dies war in der sich kommunistisch verstehenden Tendenz mit einer Ablehnung des Parlamentarismus verbunden. (Hoffrogge 2008a, 108ff. sowie 147f.) Im Frühjahr 1919 standen sich auf dem 2. Reichsrätekongreß zwei Anträge gegenüber. Der der USPD (Reichsrätekongress 1966a) erstreckte das Räteystem sowohl auf die politische (Arbeiterräte, die die Verwaltung kontrollieren sollten) wie auch auf die wirtschaftliche (Betriebsräte) Sphäre. Der der SPD, der schließlich beschlossen wurde (Reichsrätekongress 1966b) beschränkte sich auf ein Kammer- und Räteystem im wirtschaftlichen Bereich. Gemeinsam mit dem wenige Wochen zuvor angenommenen Sozialisierungsgesetz, das die mehr oder weniger vage Möglichkeit der Enteignung von Unternehmen vorsah und eines Gesetzes zur Regulierung der Kohlebewirtschaftung wurde so wirtschaftlich gesehen der Rätebewegung die Spitze genommen. Ideologisch wurde dies von der SPD als „Schritt zum praktischen Sozialismus“ verkauft, als „langsame, stetige Durchsetzung des Sozialismus im Staate“. (Vorwärts 1966, 52f.)

Das Rätemodell als Verbindung von Ökonomie und Politik sowie Teile der Sozialisierungsdebatte reichten bis hinein in die Kommunalverwaltungen (Bey-Heard 1969, insbes. 240) Die Autorin konstatierte, dass ein Nebeneinander von Räten und (repräsentativer) Selbstverwaltung sich als nicht möglich erwies. Das ist verständlich wurden doch die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtpositionen der alten Eliten schon wenige Monate nach der Ausrufung der Republik in wichtigen Teilen wieder hergestellt.

1923 trennt sich die KPD vom kritischen deutschen Kommunismus (Luxemburgsche Richtung) und verzichtet auf die ernsthafte Diskussion der ökonomischen Dimension des Kommunistischen. Letztlich bedeutet die Diffamierung des reformerischen Aspekts Verzicht auch auf „ökonomische Alphabetisierung“ – Ökonomie wird auf die theoretische Widerlegung des Kapitalismus reduziert. Das mindert nicht die Bedeutung des Kampfes der kommunistischen Bewegungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Beschäftigten, verweist aber auf Defizite, die schon in der Sowjetunion und dann im entstehenden Realsozialismus zu schweren ökonomischen Problemen führen sollten.

Russland - Zuerst schien das ganz einfach.

Situation und Konflikte um das Kommunistische nach der Oktoberrevolution unterschieden sich grundlegend von den bis dahin bekannten. Die Machtfrage stand als praktische Frage. Nicht nur die kommunistischen Ziele, auch die Mittel wurden praktisch in gesellschaftlicher Dimension erlebbar. Es entstanden neue Konflikte innerhalb einer Arbeiterbewegung, die eine weltweite Massenbewegung geworden war. Und es entstand eine neue globalpolitische Situation, in der sich der bisherige innere Klassengegensatz als Gegensatz zwischen Staaten in einer sich mehr und mehr verflechtenden Weltwirtschaft zeigte.

Mit dem politischen Sieg der Bolschewiki schien eine Reihe von Faktoren, die das Scheitern kommunistischer Projekte verursacht hatten, ausgeschaltet: politische Schranken, ideologische und moralische Hindernisse, Abdrängen oder Ausweichen kommunistischer Projekte in wirtschaftlich weniger entwickelte Gebiete. Eine ganze Volkswirtschaft mit unermesslichen Ressourcen und die Staatsmacht standen einem kommunistischen Projekt zur Verfügung und boten offensichtlich die Gewähr, die bisherigen Begrenzungen kommunistischer Projekte auch in ökonomischer Hinsicht sprengen zu können. Allerdings mussten sie auch gesprengt werden, wenn das Kommunistische mit dem höchsten Stand der Produktivkräfte verbunden sein sollte.

Für die alte Ordnung konstatierte Lenin, dass der Kommunismus „buchstäblich aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens“ emporwachse, seine „Triebe“ seien „überall zu finden.“ (Lenin 1974a, 88) Wenn dem so war – was bedeutete das für eine Partei, die durch die Welle der revolutionären Ereignisse die Macht ergreifen konnte? Zudem entsprach die Situation überhaupt nicht den an Marx anknüpfenden Erwartungen der Exponenten der II. Internationale. In dieser Sicht war der Übergang zum Kommunismus nur im globalen Maßstab möglich. Es ging es also um ein völlig neues Unternehmen.

Im Unterschied zur Pariser Kommune konnte sich das neue Regime, offensichtlich gestützt auf die proletarischen und bäuerlichen Massen wie auch auf Teile der Intelligenz erst einmal politisch durchsetzen. Freilich waren die Erwartungen der an der Revolution beteiligten Gruppen und die Gründe für die Unterstützung des Umbruchs naturgemäß unterschiedlich. „Alle Schichten der Bevölkerung sangen ihr Gebet, nirgends war aber die Melodie der Internationale zu hören; höchstens in Kasernen, Polizeistuben, in kommunistischen Parteipalästen, bei Begrüßung ausländischer Freunde und Kostempfänger. Er schien den schweren Sieg nach dreijährigem Kampf an allen Fronten nur deshalb errungen zu haben, um jetzt der Macht entsagen zu müssen. Die Herrschaft wurde wieder einsam. Eine Diktatur in überliefertem Sinne wird in einer solchen Lage nur noch blutiger. Uljanow [Lenin] versuchte aber, den Knoten der Widersprüche durch Politik zu lösen.“ (Marcu 1927, 340)

Das Problem konzentrierte sich in drei Fragen:²⁷

1. **Wer** würde sich als Träger des Kommunistischen im Umbau der gegebenen Wirtschaft erweisen? Damit ist letztlich auch die Frage nach den Elementen im Kapitalismus, die den Kommunismus möglich machen nicht mehr abstrakt (auf der Ebene des

²⁷ Die Breite der Diskussion der zwanziger Jahre um die ökonomische Machbarkeit des Kommunismus wird eigentlich erst Ende der 1980er Jahre wieder sichtbar. Wie Balašov völlig zutreffend feststellt war dieser Reichtum an Erfahrungen seit den dreißiger Jahren weitgehend verschüttet, die Namen der an diesen Diskussionen Beteiligten sowie die Themen weitgehend vergessen. Lediglich die Beiträge führender Funktionäre und einiger Künstler prägten für lange Zeit das Bild des Kommunistischen in den 1920ern. (Übersicht bei (Balašov 2012, 4–12))

Klassenwiderspruchs), sondern konkret (also auf der Ebene des tatsächlichen Handelns) gestellt.

2. **Wie** soll die Leitung einer auf die Realisierung kommunistischer Zielstellungen orientierten Wirtschaft aussehen, welche Richtungen sollen ihre materiellen Strukturen nehmen? Wie ist der Übergang von einem überschaubaren, unmittelbar erlebbaren kommunistischen Projekt (wie bei den ikarischen Kolonien) zu einer kommunistischen Volkswirtschaft zu bewerkstelligen? Wie ordnet sie sich dann auch noch in eine kapitalistisch dominierte Weltwirtschaft ein? Also: was bedeutet bewusste und rationale Gestaltung des Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur konkret?²⁸
3. **Was** sind die Triebkräfte einer solchen Wirtschaft – **warum** sollen Menschen auf andere Art und in andere Richtungen wirtschaften?

Im Mittelpunkt der Debatte standen neben der Frage der Verteilungsgerechtigkeit solche nach der ökonomischen Tragfähigkeit von Unternehmensstrukturen, nach deren rechtlichem Status, nach der Rolle des Geldes und vor allem auch nach den Triebkräften, den Motiven des Handelns der Leiter, der Beschäftigten und der Unternehmen selbst.

Im April 1918 beschrieb Lenin die Aufgaben der Sowjetmacht nach dem Chaos der ersten Monate und versuchte diese drei Fragen zu beantworten:

„Führe genau und gewissenhaft Buch über das Geld, wirtschafte sparsam, faulenze nicht, stiehl nicht, beobachte strengste Disziplin in der Arbeit – gerade solche Losungen, die von den revolutionären Proletariern damals, als die Bourgeoisie mit derartigen Reden ihre Herrschaft als Ausbeuterklasse bemäntelte, mit Recht verlacht wurden, werden jetzt, nach dem Sturz der Bourgeoisie, zu den nächsten und wichtigsten Losungen der Gegenwart.“²⁹ Es gehe darum, „einen vollständigen Umschwung in den Stimmungen der Massen und ihren Übergang zu einer richtigen, ausdauernde und disziplinierten Arbeit herbeizuführen.“ (Lenin 1960, 233f.) Er vermerkte hier, wie der letzte Satz zeigt, eine offensichtlich weit verbreitete Unterschätzung dieser „Kleinarbeit“ des ökonomischen Aufbaus.

Ausgehend von dieser Kernforderung skizzierte er ein Programm des ökonomischen Aufbaus: Es gehe um die Hebung der Arbeitsproduktivität sowie des Bildungs- und Kulturniveaus der Masse der Bevölkerung, die Vereinigung der Bevölkerung in Konsumgenossenschaften, man müsse den Stücklohn erproben, die Fähigkeiten der bürgerlichen Spezialisten nutzen (und sie dafür gut bezahlen) und schließlich „um jeden Preis alles Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik ... errungen haben. Die Realisierbarkeit des Sozialismus hängt ab eben von der Verbindung der Sowjetmacht und der sowjetischen Verwaltungsorganisation mit dem neuesten Fortschritt des Kapitalismus.“ (ebd., 249f.) Es seien Wettbewerb und Erfahrungsaustausch zu organisieren und Menschen als Leiter zu gewinnen, die „mit nüchternem Verstand und praktischer Ader“ ausgestattet sind und „die die Treue zum Sozialismus mit der Fähigkeit verbinden, ohne Lärm ... eine feste und einmütige gemeinsame Arbeit einer großen Zahl von Menschen im Rahmen der sowjetischen

²⁸ Diesem Aspekt widmete sich Friedrich Pollock 1929 in immer noch erhellender Weise mit nicht wieder erreichter Qualität in seinem Buch „Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927“ (Pollock 1971)

²⁹ Einen Tag nach Veröffentlichung des Textes bezeichnete Lenin in Auseinandersetzung mit den „linken Kommunisten“ auf einer Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der Bolschewiki diese Strategie als „Staatskapitalismus“. Und man möge beachten, dass „damals“ „wenige Monate zuvor“ bedeutete! Überhaupt muss man sich bewusst sein, dass die hier zu betrachtende Phase bestenfalls 10 Jahre umfasste.

Organisation zustande ... [zu] bringen.“ (ebd., 253) Als politische Bedingung hob er hervor: „Unser Ziel ist, daß jeder Werktätige nach Erfüllung des achtstündigen „Pensums“ produktiver Arbeit unentgeltlich an der Ausübung der Staatspflichten teilnimmt...“ (ebd., 264) Der Gefahr der Bürokratisierung sei nur durch eine so zu erreichende „Geschmeidigkeit und Elastizität“ der Verbindung der Sowjets mit dem „Volke“ (bei Lenin auch in Anführungszeichen) zu bekämpfen. (ebd., 265)

Eine Grundlage für diese neue soziale Organisation sollte die Allgemeinheit der Arbeit sein. Arbeiter davon zu überzeugen schien zu diesem Zeitpunkt nicht wichtig – und die nichtproletarischen Schichten wurden durch Arbeitspflicht und durch Führung von „Arbeits- und Konsumbüchern“ zwangsweise herangezogen.

Das Kommunistische zu erreichen bedeutete also, sich selbst zu verändern, zu lernen „anders zu arbeiten“ und dann auch noch an der Staatsmacht teilzunehmen und zu akzeptieren, dass das Kommunistische nur in kleinen Schritten in einem Land, das weit hinter dem technologischen Entwicklungsniveau Westeuropas zurücklag und zudem noch weitgehend zerstört war, zu verwirklichen war.

Bucharin fügte dieser Fragestellung eine weitere Dimension hinzu, indem er bereits 1920 das Problem aufwarf, was eigentlich die Belegschaften **nachhaltig** an effektivem Wirtschaften interessieren könnte, wenn sich technologische Abläufe und Maschinerie gegenüber dem Kapitalismus nicht wesentlich veränderten. Er betonte, dass die Zerschlagung des Kapitalismus die Realität der Verwirklichung des Kommunismus noch nicht beweise: „Die Frage nach seinen Voraussetzungen und der Wahrscheinlichkeit seiner Realisierung – diese Frage deckt sich logisch keineswegs mit der Frage nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus. Theoretisch ist eine weitere Zersetzung denkbar, ein „Untergang der Kultur“, eine Rückkehr zu den primitiven Formen der mittelalterlichen Halbnatural-Wirtschaft, kurzum, jenes Bild, das Anatole France am Schluss seiner „Insel der Pinguine“ ausmalt.“ (Bucharin 1990, 82)³⁰

Dahinter steht die Frage nach der tatsächlichen Vergesellschaftung und die nach den Wegen, auf denen die Möglichkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte, von Technik, Technologien, Wissenschaft und des Menschen selbst, in kommunistische Gesellschaftlichkeit umgesetzt werden können. Das bedeutet auch, politische und kulturelle Formen zu finden, in der Ziel und Mittel in konstruktive Wechselwirkung kommen können.

Wer will eigentlich das Kommunistische – und warum?

Damit waren aus geschichtlicher Sicht die Fragen an die RevolutionärInnen des Oktober 1917 in Russland gestellt: Wie können sich unter widrigen Bedingungen ArbeiterInnen und BäuerInnen so organisieren, dass sie sich das kommunistische Projekt in ihrem täglichen Leben aneignen, es zu dem ihren machen, sich trotz Anfeindungen, Misserfolgen und Versuchungen des angenehmen Lebens als LohnarbeiterIn in einem kapitalistischen Unternehmen der Konkurrenz gegen Schwächere in der Gesellschaft enthalten und so dem Kommunistischen im Unterschied zu allen früheren Versuchen eine nachhaltige Basis geben? Wie kann die Initiative, das Schöpferische, der Mut und der Wille, sich

³⁰ Die „Insel der Pinguine“ (1908) von Anatole France beschreibt satirisch die Entwicklung Westeuropas bis in die damalige Zeit, wobei er auf aktuelle politische Kämpfe und Skandale eingeht. Aus dieser Analyse einer „kranken“ Gesellschaft heraus zeichnet er das Bild eines apokalyptischen Zusammenbruchs der Zivilisation, in der keine soziale Gruppe fähig ist, die die Gesellschaft zerreißenen Widersprüche zu lösen. Darauf bezieht sich Bucharin. vgl. (France 1991)

Unbekanntem zu stellen, ohne die Aussichten bürgerlicher Wohlhabenheit und ohne den Druck von Existenzunsicherheit und sozialer Kälte geweckt und stabil erhalten werden?

Lenin erwartete, dass die „Masse der der armen Bevölkerung (der Proletarier und Halbproletarier)“ den Übergang zu „einer richtigen, ausdauernden und disziplinierten Arbeit“ durchführen würde. (Lenin 1960, 234) Auffällig ist, wie sich Lenin hier auf die Rolle der „armen Bevölkerung (der Proletarier und Halbproletarier)“ konzentrierte. Gegen jede Erwartung früherer Kommunisten sollten nun ausgerechnet diejenigen Träger des Kommunistischen werden, die ihm meist denkbar fern standen.

Was war die Erzählung kommunistischen Wirtschaftens, mit der vor allem diese armen Arbeiter und Bauern angeregt werden sollten, Schritte in die Zukunft zu machen?

Die naheliegendste Erzählung war die von der Gleichheit – und das in ihrer einfachsten Form, der Gleichmacherei unter bewusstem Ausschluss der verbliebenen Unternehmer und anderer nichtproletarischer Schichten.

Zu den ersten Schritten gehörte die Milderung der Ungleichheiten durch die Einführung bzw. Ausweitung sozialer Sicherungssysteme. Mit den Dekreten vom 30.10.1917 und 31.10.1918 wurde ein für diese Zeit umfassendes System sozialer Sicherung geschaffen, das aber, so eine Einschätzung aus dem Jahr 1921, nicht durch die ökonomischen Möglichkeiten des Landes abgesichert war. (Winokurow 1921, 29f.)³¹ Durch den Krieg und die Kämpfe seit der Revolution im Februar 1917 waren die wirtschaftliche Basis und damit natürlich auch die Staatsfinanzen zerrüttet. In der hier angeführten Darstellung der sozialen Absicherung aus dem Jahr 1921 betont der Autor aber noch einen weiteren Aspekt, der für die weitere soziale aber auch wirtschaftlich Entwicklung wesentlich werden sollte: Die Verstaatlichung der sozialen Absicherung unter dem Terminus „Sozialfürsorge“ als Überwindung des bürgerlichen Prinzips der Sozialversicherung mit den Dekreten von 1918. "Gegenwärtig, da das Proletariat die Macht in Händen hat ... erscheinen die parallelen Versicherungsorgane ... als vollständig überflüssig, und ihre Funktionen müssen an die Sowjets und deren Abteilungen übergehen." Es ging ausdrücklich um die Verstaatlichung des sozialen Fürsorgewesens. (ebd., 14) Das wurde als Schritt zum Kommunismus verstanden.

Eher aus den Nöten dieser Zerrüttung, denn aus dem Versuch der Errichtung des Kommunismus wurde dann die unmittelbare Verteilung von Waren und die Unentgeltlichkeit von öffentlichen Leistungen erweitert, weil ansonsten gerade den städtischen Arbeitern absolutes Elend gedroht hätte.

Kommunistische Gleichheit bedeutete unter diesen Bedingungen allerdings tatsächlich nicht in erster Linie Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses (also gemeinschaftliche Organisation und Leitung der volkswirtschaftlichen Prozesse), sondern Verallgemeinerung des Mangels – ein Zustand, den Marx und Engels als mit dem Kommunismus als unvereinbar betrachteten. Mangel würde, so Marx, „die ganze alte Scheiße“, sprich Ausbeutungs- und Konkurrenzverhältnisse, wieder zur Geltung bringen. (vgl. ausführlicher Brangsch 2015) Eugen Varga behauptete in seiner Auswertung der kurzen

³¹ Bereits früh wurden neben den verschiedenen Dekreten zur Verstaatlichung bestimmter Bereiche der Wirtschaft und zur Formierung des politischen Systems das erste Dekret zu Fragen der Krankenversicherung (4. Januar 1918) und eine Verordnung über die Arbeitsämter (9. Februar 1918) erlassen, es folgte eine Verordnung über die Konsumgenossenschaften (11. April 1918), Bestimmungen über die Handhabung von Tarifverträgen (25. Juni 1918). Das Dekret über die „Zivilehe“ und andere familienrechtliche Fragen wurde am 31.12.1917 erlassen. (vgl. Schützler/Striegnitz 1987) vgl. auch (Wikiteka 2015(russ.))

Erfahrungen der Ungarischen Räterepublik und ihrer Niederlage und anknüpfend an die reproduktionstheoretischen Auffassungen von Marx und Quesnay, dass ein „Rückgang der Lebenshaltung des industriellen Proletariats“ nach der Revolution unvermeidlich sei, da die kommunistische Gesellschaft ganz andere Wirtschaftsstrukturen benötige als die kapitalistische. Außerdem würde die Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten in der Gesellschaft, insbesondere der Landarbeiterschaft, die Spielräume für die Behebung des Mangels an Lebensmitteln für die Industriearbeiterschaft stark einschränken. Er kommt zu dem Schluss: „Das Proletariat erobert die politische Macht in erster Linie in der Absicht, seine Lebenshaltung zu heben. Die Erhöhung der Lebenshaltung wird sofort verwirklicht für das landwirtschaftliche Proletariat; sie ist dagegen unmöglich für ... das industrielle Proletariat... Der innere Widerspruch besteht darin, dass das Proletariat von der politischen Macht nur Besitz ergreifen kann, wo die Niederhaltungskraft der herrschenden Klasse sich gelockert hat. Dem geht aber naturgemäß eine so starke Desorganisation des Produktionsapparates voraus, daß es unmöglich wird, den Standard des industriellen Proletariats wirklich zu erhöhen. Das muß dem industriellen Proletariat offen und nachdrücklich klagemacht werden, damit es nicht in Versuchung kommt, die Diktatur trügerischen Vorspiegelungen einer besseren Versorgung zuliebe in Stich zu lassen, wie es in Ungarn geschehen ist.“ (Varga 1982, 101)

Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der jungen Sowjetmacht lag allerdings in erster Linie in der Landwirtschaft, weniger in der Stadt.

Die Bolschewiki waren mit dem städtischen Proletariat und den Intellektuellen verbunden, und misstrauten genau aus diesen Gründen den „Neuunternehmern“ Bauern. Das markiert die starken (keine Verbindung mit der alten Oberschicht, aber mit den modernen Teilen der russischen Gesellschaft), wie auch schwachen Seiten (keine Verankerung auf dem Lande) der Bolschewiki und das für Russland entscheidende wirtschaftliche Problem (Kagarlickij/Sergeev 2013, 334) Dieses Misstrauen erschien umso berechtigter, als dass der bürgerliche Status der russischen Bauern im Rahmen der Stolypinschen Reformen ja nicht durch die Zerschlagung des feudalen Grundbesitzes, sondern durch die Zerschlagung der Obščina, der alten Dorfgemeinschaft mit kommunistischen Elementen, erlangt wurde. Bis 1906 war die Obščina als Kern der Agrarverhältnisse nicht angegriffen worden. Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland (1861) hatte erst einmal die Dorfgemeinschaft, das heißt die gemeinsame Entscheidung über die Bewirtschaftung des Gemeindelandes durch die Gemeindemitglieder, und den Status der Großgrundbesitzer nicht angetastet. Um der revolutionären Bewegung die Spitze zu nehmen und das Land zu befrieden sollte im Rahmen einer Agrarreform eine neue massenhafte Schicht von Privateigentümern unter den Bauern geschaffen werden, nicht zuletzt um die soziale Basis des Zarismus, der Monarchie, zu erweitern. Woher aber das Land nehmen? Freilich war es nicht denkbar, dazu den Großgrundbesitz anzutasten. So wurde das Gemeindeland privatisiert – wodurch aber klar wurde, wie schwach die entstehenden Privatbetriebe sein würden. Diese Konstellation wurde von den Bauern durchaus erkannt, weshalb lediglich 26 Prozent der Bauern diese Möglichkeit nutzten und damit 22 Prozent des Bodens aus der Obščina entnommen wurde. Auch wenn nach den Reformen der Jahre 1906 bis 1911 die landwirtschaftliche Produktion stieg, ist nach Einschätzungen der Historiker das politische Ziel, die Schaffung einer neuen sozialen Basis für die Monarchie, nicht erreicht worden. (Bezborodov 2004, 45ff.) Im Jahr 1916 führte die zaristische Regierung dann die zwangsweise Eintreibung von Getreidelieferungen ein, wodurch die Bindung der Bauern an die Monarchie weiter sank und die bevorstehende Revolution eine massenhafte Basis gewann. Diese revolutionäre Gefahr auf dem Lande wurde gesehen: In einer Resolution des Städteverbandes vom Dezember 1916 heißt es: „Der

Städteverband ruft ... alle organisierten Gruppen der Bevölkerung auf – die Städte, die Semstwo³², die Landwirtschaft, den Handel, die Industrie, die Militärindustrie-Komitees, die Kooperative, die Arbeiter – sich vor allem zur Neuordnung der Lebensmittelversorgung zusammenzufinden ...“ (Städteverband 1964, 90) Ein frommer Wunsch, der keine Bedeutung erlangte.

Gleichzeitig wurde aber mit diesen Maßnahmen der Gegensatz zwischen Land und Stadt gesetzt – denn die Zwangsablieferung war ja für die städtische Bevölkerung und für die Unterhaltung der Armee vorgesehen. Aus der Sicht der Bauern war die „Ernährungsdiktatur“ der Bolschewiki ab Mitte 1918 im Rahmen des Kriegskommunismus nichts anderes als die Wiederholung des Versuches der Errichtung der „Diktatur der Stadt über das Land“ unter dem Zarismus, zumal die Eintreibung der Abgabe in erster Linie durch „Städter“ realisiert wurde – nicht von Organen der Bauernschaft.

Nach der Februarrevolution wurde den Bauern eine Agrarreform versprochen, um ihnen Land zu geben und ihre Abhängigkeit von den Grundbesitzern zu beseitigen. Die Vorhaben der Provisorischen Regierung lösten aber diese Versprechen nicht ein. Im Oktober 1917 wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der nicht nur keine entschädigungslose Enteignung der Grundbesitzer vorsah, sondern die Bauern auch noch zur Zahlung von Pacht für übergebene Ländereien verpflichtete. (Lenin 1961a, 216f.) Fedor Stepun, ein eher aufgeklärt-konservativer antibolschewistischer Soziologe, in der Provisorischen Regierung 1917 Propagandachef des Kriegsministeriums, charakterisierte in seinen Memoiren den Hintergrund dieser angesichts der realen Lage der Bauern politisch und ökonomisch selbstmörderischen Position: „In der Person von Kerenskij hatte die revolutionäre Demokratie einen überzeugten Kämpfer für die Staatsidee und einen glühenden Patrioten zum Premierminister gemacht, der seine wichtigste Aufgabe in der „Wiederherstellung des Verwaltungsapparates“ sah, durch den die einen zum Regieren, die anderen zum Gehorchen erzogen werden sollten. Aus dieser Gesinnung heraus schleuderte er, ohne seine Popularität zu schonen, den meuternden Soldatenmassen die Anschuldigung ins Gesicht, sie seien keine freien Bürger, sondern rebellische Sklaven.“ (Stepun 1961, 334) Und die „Soldatenmassen“ waren ... Bauern.

Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung des Dekretes über den Boden unmittelbar nach der Oktoberrevolution nicht zu überschätzen. Es war eine politische Entscheidung, um die Bauern zu gewinnen – sie trug aber auch den ökonomischen Gegebenheiten Rechnung. Es gab schlichtweg keine Kraft, die eine verstaatlichte Landwirtschaft hätte organisieren können. Den Bauern musste die Möglichkeit gegeben werden, wieder Vertrauen in die eigenen wirtschaftlichen Fähigkeiten, wie auch in die „Städter“ und in jegliche Form von Staatlichkeit zu gewinnen. Das Dekret bezog sich auf einen „Bäuerlichen Wählerauftrag zur Bodenfrage“, der in der Tat an die Tradition der Obščina anknüpfte. Es sah in den Punkten 7 und 8 Verteilung und Bewirtschaftung des Bodens in der Selbstverwaltung des gesellschaftlichen „Agrarfonds“ (in anderen Übersetzungen „Bodenfonds“) auf lokaler Ebene vor. (Sowjetkongreß 1964, 317)³³ Die Idee des Dekretes war also nicht die einer „nachholenden Modernisierung“, also der Erzeugung einer Schicht landwirtschaftlicher Kapitalisten, es war auch nicht die eines „staatskapitalistischen“ Systems, wie es dann in der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP, mitunter auch NEP)³⁴ realisiert wurde. Indem es auf die Eigeninitiative und die Kompetenzen

³² Form ländlich-ständischer Interessenvertretung

³³ Auch unter http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0006_bod&l=de sowie eine Fassung, wie sie in einer Rede Lenins zur Bodenfrage vom 8.11.1917 enthalten ist (Lenin 1961b)

³⁴ Die Neue Ökonomische Politik umfasste Maßnahmen, wie die Widerzulassung von Formen freien Handels, die Übergabe der Verantwortung der Betriebe und Arbeitskollektive für Aufwand und Ergebnisse ihrer Arbeit, Auszahlung der Löhne in Geldform, Schaffung eines eigenen Geld- und Kreditsystems, von Formen gesellschaftlicher Planung u.ä. bei straffer politischer Kontrolle durch Staatsmacht und Parteiorgane.

der Bauern selbst setzte, entsprach es den politischen Gegebenheiten – dem tiefen Zerwürfnis zwischen Bauern und alter(!) Staatsmacht – und den ökonomischen Gegebenheiten eines kriegsruinierten Bauernlandes, in dem sich das Dorf auf die eigenen Ressourcen stützen musste, um die Stadt zu versorgen – da es keine anderen gab.

Wenn also vor diesem Hintergrund der Mangel an industriellen Erzeugnissen eine Entfaltung des Kommunistischen behinderte, so musste wenigstens ein politischer Ausgleich gefunden werden, der gleichsam einen Salto Mortale über die Mangel-Falle erlauben, mit anderen Worten – bei den Bauern einen neuen Vertrauensvorschuss motivieren würde – aber diesen zu finden war unmöglich. Dazu hätte man die Bauern als vollberechtigte Partner anerkennen müssen. Das Zusammenfallen von Mangel und fehlendem politischen Ausgleich führte zur Entwicklung der Bürokratie – oder besser einer den gegebenen Bedingungen entsprechenden spezifischen Bürokratie, die wiederum durch ihr Handeln den Mangel verstetigte.

Aber dann brach Mitte 1918 der bis 1921, tatsächlich jedoch bis in die Mitte der 1920er Jahre währende Bürgerkrieg aus. Nicht Wirtschaften-Lernen stand auf der Tagesordnung, sondern die Selbstverteidigung – der Kriegskommunismus. Der „rote Terror“ schien legitime Antwort auf den „weißen Terror“. Das verdrängte viele Probleme – es ging um das nackte Überleben.

Der Begriff Kriegskommunismus beschreibt Gleichheit in den Pflichten und politisch bestimmte Unterschiedlichkeit in den Rechten in der Zuteilung von Überlebensmitteln im Kampf um die Sicherung der politischen Macht und ist insoweit eigentlich wenig „kommunistisch“. Er war allerdings nicht nur eine Entscheidung aus Not, sondern wurde durchaus auch als eine Verwirklichung kommunistischer Ideale angesehen. Allerdings waren es vor allem die geringqualifizierten, die dem folgten – das ist verständlich und an sich kein Problem, weil sie davon am meisten profitierten. Die Privilegierung der Arbeiter in Fragen der Nahrungsmittelzuteilung, die Liquidierung der Arbeitslosigkeit und die Durchsetzung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben erreichten auch besserqualifizierte und legitimierte die Sowjetmacht (wenn auch in geringerem Maße) von dieser Seite. (Postnikov/Fel'dman 2009, 311) Die Abwertung des ingenieur-technischen Personals und der Ausschluss dieses Teils von den neuen Privilegien waren aus den negativen Erfahrungen mit den alten Vorgesetzten bzw. privilegierten Technikern gespeist und entsprach durchaus dem Weltbild einer Schicht der Arbeiterschaft (ebd., 309) Die unvermittelte Übertragung dieser Erfahrungen aus früheren Zeiten auf den „Spezialisten als solchen“ auch nach der Revolution und die beständige Bekräftigung dieses Feindbildes auch durch die neuen Machthaber (auch Lenin) sollte sich aber langfristig als fatale Weichenstellung erweisen. Höhere Qualifikation sollte sich über die gesamte Zeit der Existenz des Realsozialismus als soziale und politische Falle erweisen.

Bis zu den stalinschen Säuberungen ist die Fiktion des ehrlich mit dem Kommunismus verbundenen „einfachen“ Arbeiters Argument der Staats- und Parteiapparate im Kampf gegen jede tatsächliche oder vermeintliche Opposition. Bereits für die Zeit Anfang der 1920er Jahre kann aus den Quellen ein alle Regionen betreffendes „angespanntes Verhältnis“ zwischen Arbeitern und Spezialisten konstatiert. (ebd., 318) Bereits zu dieser Zeit wird von вредительстве специалистов, eine an sich unübersetzbare Phrase, etwa „Schädlingshaftigkeit der Spezialisten“, gesprochen. Schon zu dieser Zeit bestand die Tendenz, Fehler in erster Linie bei diesen „Schädlingen“ zu suchen.

Wer wird der Träger des Kommunistischen?

Im Überlebenskampf 1918-1920 hatten die Bolschewiki die Tiefe der Differenzierungen der eigenen ohnehin schmalen Basis unterschätzt. Die skizzierten Tendenzen erfasste Lenin in der Tragweite erst mit dem Kronstädter Aufstand und den Bauernaufständen, wobei er hier auch noch nicht die tatsächlichen Dimensionen wahrnehmen konnte und das Banditentum in den Vordergrund stellte (hier wieder ganz Machtpolitiker) Dessen ungeachtet war seine Kritik des Kriegskommunismus grundsätzlich und vernichtend. Unter dem Druck der Erfüllung von Kriegsaufgaben stünden die Demobilisierten nun „vor dem Nichts..., gewohnt, sich mit Krieg zu beschäftigen und diesen beinahe als ihr einziges Handwerk zu betrachten... Es war zweifellos ein Fehler des ZK, daß das Ausmaß dieser mit der Demobilisierung zusammenhängenden Schwierigkeiten nicht in Rechnung gestellt wurden.“ (Lenin 1982, 158)

Er ging davon aus, dass man besser werden und den Kampf ökonomisch gewinnen müsse: „Die kommunistische Gesellschaft mit den Händen der Kommunisten aufbauen zu wollen, ist eine kindische, eine ganz kindische Idee. Die Kommunisten sind ein Tropfen im Meer, ein Tropfen im Volksmeer.“ (Lenin 1962, 277) Es ging darum, die Konsequenzen daraus zu ziehen, dass der Kommunismus „mit nichtkommunistischen Händen“ aufzubauen sei. (ebd., 278) Er kannte gut den Bürokratismus und dessen Konsequenzen, eben der Unfähigkeit der Sowjetinstitutionen, kommunistisch zu handeln. Ihm war auch gut bekannt, dass Korruption und Amtsmissbrauch übliche Praxis der Apparate war.³⁵ Damit wurde der Blick der „Volksmassen“ auf den Kommunisten als den „Anderen“, „Fremden“ noch verstärkt. Eine Analyse des Blicks des „Volksmeeres“, der „nichtkommunistischen Hände“ auf die Kommunisten zeigt, dass sie – unabhängig von kommunistischen Momenten der eigenen Traditionen - als Vertreter einer anderen sozialen Gruppe (teilweise mit den Gutsbesitzern assoziiert), als Un- oder Andersgläubige, als Fremde („Juden“) und Nichtmenschen („Antichrist“) betrachtet wurden. (Petrova 2014, 134) Das macht es umso verständlicher, dass Lenin einen Lernprozess forderte, der sich im Wettbewerb von Kapitalismus und Kommunismus realisieren sollte.

Wenn sich das Kommunistische des Wirtschaftens in einem hohen Maß an Planmäßigkeit und Bewusstheit der ProduzentInnen und KonsumentInnen selbst realisieren sollte, so jedenfalls die Vermutung in der Marxschen Richtung, erlangt der Mensch und sein Verhalten in der neuen Ordnung einen anderen Stellenwert, eine andere Bedeutung als in der kapitalistischen Ära.

Betrachten wir die Arbeiterschaft, die als Träger des Kommunistischen in diesen Wettbewerb treten sollte.

Der Kreis der Aktivisten selbst umfasste vielleicht 5-7 Prozent der Industriearbeiterschaft (Postnikov/Fel'dman 2009, 305), also eine verschwindende Minderheit – tatsächlich ein „Tropfen im Volksmeer“. Überhaupt stand die Einschätzung der Massen und der einfachen Parteimitglieder durch die Führung in krassem Widerspruch zur Propaganda. Stalin und andere führende Funktionäre beklagten, dass die Parteimitglieder noch unkultivierter seien, als viele Parteilose. (Stalin sprach von 99 von 100 Fällen) (zit. bei ebd., 326) Gleichzeitig beklagten Parteiorganisationen, dass Arbeiter, die (wie gewünscht und gefördert) in Verwaltungspositionen gelangten, in kürzester Zeit sich

³⁵ Nach 1990 finden wir eine große Zahl von Untersuchungen, die diese Normalität und ihre Folgen auf der Grundlage von konkreten Fallstudien zur NÖP-Zeit behandeln. Vgl. dazu eine Übersicht zum Forschungsstand bei (Kirillova 2015)

„verbürokratisierten“. (ebd., 327) Dieser Prozess wurde auch in der Kunst zum Gegenstand heftigster Kritik und Polemik.

Die Arbeiterschaft war sehr differenziert – man erinnere sich auch an die eingangs wiedergegebene Einschätzung der Situation der Demobilisierten durch Lenin. Untersuchungen zur Sozialstruktur der Arbeiterschaft in den Jahren 1917 bis 1921 kommen zu folgenden Ergebnissen:

- etwa 5.000 frühere Arbeiter und Handwerker (davon vielleicht die Hälfte Industriearbeiter) stiegen in führende Organe auf und bildeten damit eine Minderheit in dieser 14.828 Personen umfassenden Gruppe
- kriegsbedingt stammten viele Arbeiter (in Petrograd 76 Prozent), und auch viele der Aktivisten aus dem Dorf oder waren erst in den Kriegsjahren in das arbeitsfähige Alter eingetreten
- 20 Prozent der „alten“ Industriearbeiter gingen in dieser Zeit ins Dorf zurück
- abgesehen von den in die Rote Armee eingetretenen Arbeitern verteilen sich 55 Prozent der Arbeiter, die ihre Betriebe verlassen hatten weiterhin auf folgende Gruppen: Handwerker, Weißgardisten, Partisanen aller Art, Arbeitslose, Deklassierte.
- Die Unterstützung für Sowjetmacht und Weiße hielt sich in großen Industriezentren die Waage, in Gebieten mit weniger entwickelten Betrieben überwog tendenziell die Unterstützung der Sowjetmacht. (ebd., 308ff.)

Lenin meinte daher sicher nicht zu Unrecht, dass die Fabrikarbeiter damals keine Proletarier, sondern „allerlei zufällige Elemente“ seien. (Lenin 1962, 286) Das propagierte Menschenbild des klassenbewussten Proletariats, der die unwissenden, aber im Grunde doch revolutionär-bolschewistischen Bauern an die Hand nimmt und mit ihnen gemeinsam die Revolution durchführt und verteidigt war eher Zielvorstellung und markierte sowohl eine soziale Herausforderung als auch ein vermutetes ökonomisches Potenzial. (analysiert bei Tetzner 2013) Große Wirkung hatten auch Künstler, z.B. Vladimir Majakowski, der in seinen Werken schon kurz nach der Revolution den Menschen, wie er noch werden musste als den schon seienden Menschen setzte. Er selbst wurde vor allem auch im Ausland als „Quintessenz des Sozialismus“, als „fertiges Resultat des noch nicht errichteten Sozialismus“ verstanden. (Bulavka 2006) So prägte er für die kommunistische Bewegung (und auch darüber hinaus) ein bestimmtes Bild der Sowjetunion und der in ihr präsenten wirtschaftlichen Möglichkeiten der schnellen Lösung der sozialen Fragen. (vgl. Loew/Tschistowa 1986) In einem seiner Stücke zeichnet er, deutlich in Übereinstimmung mit den Kommunismus-Vorstellungen früherer Schriftsteller, das Bild der kommunistischen Gesellschaft (das „gelobte Land“): „Aber welch eine Stadt! Zum Himmelsgewölbe hochgetürmt und aufgetan, stehen die Riesenleiber durchsichtiger Fabriken und Wohnhäuser. Umwunden mit Regenbogen-Fluoreszenzen, geistern Eisenbahnzüge, Straßenbahnen, Kraftwagen, ... Aus den Schaufenstern sieht man die besten Sachen heraustreten ...“ (Majakowski 1967, 109)

Die Frage war also: gelingt eine Vergesellschaftung, die Lösung aus der Vereinzelung als Privatpersonen, die als solche, nicht als sich ihrer Gesellschaftlichkeit bewusste Wesen mit Individualität (nicht einfach Individuen) miteinander sich ihrer Abhängigkeiten bewusst werden und diese in Anerkennung derselben gestalten? Für Marx bedeutete Kommunismus die

Wiederherstellung des „individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“ (Marx 1890, 791)

Die Neue Ökonomische Politik (NÖP oder NEP), die Lenin vorschlug, war ursprünglich eine pragmatische Lösung. Der Kriegskommunismus hatte das Vertrauen der Bauern in die Fähigkeit und Bereitschaft eines kommunistischen Projektes auf dem Lande nachhaltig untergraben. Die Sowjetmacht begegnet vielen Bauern erst zu Beginn des Jahres 1918 – und dann durch die Schaffung der Komitees der Dorfarmut, die Beschlagnahme von Getreide und die Rekrutierung für den Kampf gegen Intervention und Konterrevolution. Der Unterschied zu früheren Herrschern war für die Bauern nicht deutlich auszumachen.³⁶ Varga zitiert in einem Aufsatz über die NÖP Losungen der Bauernaufstände: „Hoch die Bolschewiki (die uns das Land gegeben haben)! Hoch der Freihandel! Nieder mit den Kommunisten (die das Getreide requirieren)! Der Zwiespalt zwischen dem privaten Bodenbesitz und der gemeinschaftlichen Verteilung des Bodenertrages muß beseitigt werden.“ (Varga 1921, 31) Die Realität der Beteiligung erheblicher Teile der Arbeiterschaft an den Kämpfen gegen die Bolschewiki machte aber auch deutlich, dass es nicht nur um die Gewinnung der Bauern gehen musste, sondern auch der Arbeiter selbst. Schon die Auflösung der Konstitutante hatte auch unter den Arbeitern, und hier wiederum unter den qualifizierteren und politisch erfahrenen Arbeitern Widerstand ausgelöst, während die wenigerqualifizierten eher zustimmten.

Der Aufstand in Kronstadt war vor diesem Hintergrund Ausdruck von alle Schichten der Gesellschaft gleichermaßen durchziehenden Widersprüchen, nicht nur der Interessenlage der Bauernschaft. Die NÖP musste so mehr als nur Ausdruck einer den Mittelbauern entsprechenden Politik (so meinte Varga übereinstimmend mit Lenin in dem erwähnten Aufsatz) sein. Sie musste gleichermaßen den Interessen der Arbeiterschaft und der Intelligenz (der „Spezialisten“) Rechnung tragen. Sie konnte dies nicht - zwar stieg das Sozialprestige der Arbeiter, ohne dass sich dies für ihre Masse in besseren Lebensverhältnissen niederschlug. Streiks und andere Kampfaktionen hatten bis zum Ende der zwanziger Jahre darin ihre wichtigsten Ursachen. Obwohl die Statistik über Streiks lückenhaft sein dürfte (die Zahl der an Streiks beteiligten sank von 10 Prozent 1922 auf vielleicht 3 Prozent 1928) spricht eine andere Statistik von „Arbeitskonflikten“ (трудовые конфликты), als Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Administration, deren Zahl hoch gewesen sein dürfte und die sich vor allem auf die staatlichen Betriebe konzentrierten. (Postnikov/Fel'dman 2009, 319–320) Nach Geheimdienstberichten gab es 1927 drei Streiks pro Tag (ebd., 323) Anlass waren vor allem Normerhöhungen, die Lebenslage, die oft als schlechter als vor der Revolution eingeschätzt wurde (ebenda) Die Einschätzung, es wären politische Aktionen, die von Feinden organisiert seien, finden sich in den Geheimdienstberichten nicht, dafür aber in den Berichten anderer staatlicher Organe, von Partei, Gewerkschaft und Komsomol. Die Organe der mittleren Ebene erarbeiteten immer wieder Analysen zu den tatsächlichen Ursachen der Aktionen, den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen. Auf bestimmten Ebenen wurden diese Aussagen immer ohne Grundlage in konterrevolutionäre Aktivität uminterpretiert. Postnikov meint, dass sich die Gewohnheit in der Hierarchie entwickelte, Kritik als Privileg zu betrachten. (ebd., 324) Ein Bericht aus dem Jahre 1929 analysierte die Probleme und hält als Ursachen fest: 1. Der niedrige Arbeitslohn einiger

³⁶ Lenin behauptete, dass es lediglich Kulakenaufstände gegeben habe, keine Bauernaufstände. (Lenin 1984, 9) Das ist auf einem bestimmten Abstraktionsniveau richtig – die Führung der Aufstände lag bei Großbauern, Kaufleuten, ehemaligen Offizieren und ggf. der Geistlichkeit. (vgl. Posadskij 2012, 175f.) Ihre Wucht erhielten sie aber vor allem durch die der Landbevölkerung unverständliche und sie in ihrer physischen Existenz bedrohende Praxis der Durchsetzung der Interessen der Sowjetregierung und der Stadtbevölkerung. Insofern waren es tatsächlich Bauernaufstände.

Beschäftigtengruppen und Verspätungen der Lohnzahlung, 2. Hohe Normen, 3. Niedrige Lohsätze, 4. Verspätungen bei der Ausgabe von Spezialbekleidung und deren niedrige Qualität 5. Schlechte Arbeitsbedingungen. Der Verweis, dass sich die Arbeiter doch mit ihren Beschwerden an die Organe der Arbeiter- und Bauernkontrolle wenden sollten, quittierten diese mit der Bemerkung, dass das gleiche wäre, wie von einem Ziegenbock Milch bekommen zu wollen. (ebd., 325f.)

Die modernsten Produktivkräfte entwickeln

Fixpunkt des Konzeptes, wie es in der Tradition der II. Internationale bei Lenin und vielen seiner Mitstreiter verankert war, war die Rolle der Industrie, vor allem des Maschinenbaus und anderer Bereiche der Schwerindustrie. In ihr wurde die entscheidende materielle Grundlage der Emanzipation im Sinne der kommunistischen Zukunft gesehen. Bis heute lebt das Suggestive der Formel „Kommunismus - Das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“, mit dem das erste planwirtschaftliche Modell, der GOELRO-Plan, politisch umschrieben wurde, fort. (Lenin 1974c, 513) Das Kommunistische war industriell – man erinnere sich an die weiter oben zitierten Vorstellungen Majakowskis. Auch die Landwirtschaft wurde in diesem Sinne, wenigstens von einer ganzen Reihe von Wissenschaftlern und Politikern, betrachtet. Die Landwirtschaft und die Bauernwirtschaften wurden vor allem als Objekt der Umgestaltung gesehen, nicht als Moment dieser Umgestaltung selbst. Eine Darstellung aus der Zeit der Konstituierung der NÖP (wahrscheinlich Mitte 1921) legt auf jeden Fall nahe, dass eine Bezugnahme auf die Erfahrungen der Obščina offensichtlich konzeptionell für relevante Teile von Theorie und Politik nicht mehr aktuell schien. Von politischer Seite wurde der Druck auf die Bauern, bestenfalls gestützt auf die Komitees der Dorfarmut, als Mittel präferiert. Auf einer anderen Seite wurde die berechtigte Forderung der Rekonstruktion der Industrie als Partner der Bauernwirtschaften, nach der Proportionalität von Landwirtschaft und Industrie aufgemacht – aber auch getrieben vom Glauben an einen „technischen Sachzwang“: "... erst durch die Wiederherstellung der Industrie und des Transportwesens, durch die Verpflegungssteuer, gelangen wir zur Wiederherstellung der Ackerbauproduktion und zur Regelung der Aufgaben einer Sozialisierung des Ackerbaues. Eine Vertagung der Aufgaben bedeutet keinen Verzicht auf ihre Lösung. Sie werden gelöst werden, wenn alle die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe fördernden Bedingungen vorbereitet sein werden. Dann wird das Vorhandensein machtvoller technischer Kräfte, die angesichts der Tatsache ihrer Arbeit zwingen werden, den neuen Produktionsformen den Vorzug zu geben und die schöpferischen Prozesse außerhalb einer direkten Abhängigkeit von der lebendigen Arbeit zu regeln, diese letztere auf ein Mindestmaß beschränken und sie der Regelung durch einen klassenlosen Staat unterordnen." (Chrjaschtschjew 1921, 45)

Die NÖP und die ihr folgende Phase der Industrialisierung sind überhaupt vor diesem Hintergrund der Betonung der Rolle der Entfaltung der Produktivkräfte in der Industrie zu sehen. Die Zulassung des Handels, die Verpachtung von Betrieben an Unternehmer oder die Erteilung von Konzessionen an ausländische Investoren waren ja kein Selbstzweck. Es ging vielmehr um die Schaffung von Voraussetzungen dafür, dass sich die neue Ordnung unabhängig vom Kapital, auch vom internationalen Kapital reproduzieren kann. NÖP und der Plan zur Elektrifizierung des Landes GOELRO liefen nicht zufällig parallel. Unter dem Gesichtspunkt des kommunistischen Ziels bedingten sie einander.

Wenn heute die Geschichte des Kommunistischen und seines Scheiterns in der Sowjetunion oft ganz in diesem Sinne als Geschichte letztlich unter sozialem und politischem Gesichtspunkt missglückter Industrialisierung interpretiert wird, trifft das nicht die tatsächliche Diskussion dieser Zeit. Es standen

sich drei Positionen gegenüber: Erstens, Stärkung der landwirtschaftlichen Großbetriebe, die ähnlich wie in Westeuropa industriell arbeiten und in breitem Maße Lohnarbeit anwenden, zweitens, die Entwicklung einer industriellen Landwirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage, in der der Boden grundsätzlich auch durch Großunternehmen, allerdings eben nicht durch Lohnarbeiter, sondern die Genossenschaftsmitglieder bewirtschaftet wird, drittens die Vorstellung der Bewirtschaftung des Bodens in Familienbetrieben, die in Kooperationsketten von der Bereitstellung von Maschinen, Saatgut etc. bis hin zur Verarbeitung der Produkte und ihre Vermarktung eingebunden wären. (vgl. Il'inych 2011, 176f.) Das letztgenannte Konzept, einer „vertikalen Kooperation“, vertreten durch Čajanov, war das einzige, das an die Tradition der Obščina anknüpfte und die wichtige Frage der Nutzung der spezifischen Erfahrungen der Bauern im Umgang mit den natürlichen Gegebenheiten landwirtschaftlicher Produktion in Rechnung stellte. Es ging ihm um die Frage, unter welchen Bedingungen und in welcher Weise wirtschaftliche Einheiten als soziale Träger von Veränderungsprozessen emanzipatorische Potenziale entfalten könnten. Zudem berücksichtigte diese Richtung in höchstem Maße die Komplexität der sozialen Differenzierungen im Dorf, wie sie sich nach der Revolution 1917 herausgebildet hatte. So unterschied er nicht einfach Großbauern, Mittelbauern und Arme, sondern sechs Schichten. Was, so seine Frage, passiert in diesen wirtschaftlichen Einheiten, speziell in der Landwirtschaft, welche innere Dynamik resultiert aus ihrer spezifischen Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, ihrer historisch-kulturellen Eigenheit, ihrer inneren Arbeitsteilung, das Lernen in Wechselwirkung von Erfahrungswissen und Lernen aus der neuen Wissenschaft. (vgl. Figurovskaja/Glagolv 1989, 41–54)

Die unmittelbare Kooperation zwischen den Produzenten der Maschinen und sonstigen Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion auf der einen und mit den Abnehmern der Produkte auf der anderen Seite hätte tatsächlich eine bewusste Gestaltung des Reproduktionsprozesses, eine völlig neue Etappe der gesellschaftlichen Anwendung gesellschaftlicher Produktivkraft – von Vergesellschaftung also - bedeuten können. Die letztgenannte Richtung, die übrigens erkennbar an Lenins Untersuchungen zur Entwicklung der russischen Landwirtschaft vor der Revolution anknüpfen (Čajanov 1989, 429ff.), konnte sich allerdings, nicht durchsetzen.

Der Weg der Kollektivierung ab Ende der 20er Jahre war letztlich eine Mischung der beiden erstgenannten Konzepte. Diese Entscheidungen waren nicht zuletzt Ausdruck überzogener Erwartungen an die Geschwindigkeit eines Übergangs zu einer quasi-industriellen Produktions- und Lebensweise. (Suslov 1989, 91) Er führte zu einer Entfremdung des Bauern von der Natur und den spezifischen landwirtschaftlichen Kreisläufen (raskrest'janivanie derevni - „Entbauerung des Dorfes“ (Il'inych 2011, 178) und eine Lösung der Produzenten landwirtschaftlicher Maschinen und Ausrüstungen von den Bedürfnissen landwirtschaftlicher Produktion. Im Ergebnis dieses Kurses war, so der sowjetische Agrarökonom Suslov, dass im Zuge der Industrialisierung Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre die Kontinuität der Produktion nur durch den Hunger der Landbevölkerung aufrechterhalten werden konnte. (Suslov 1989, 87) Die Folgen dieser Lösung wirken, wie die Entwicklungen in der Ukraine und deren ideologische Erklärung etwa aus den Hungersnöten Anfang der 1930er Jahre zeigen, bis heute fort.

NÖP und nationale Frage

Ein im Zusammenhang mit der Analyse der NÖP verbundener Aspekt bleibt oft unterbelichtet – die Rolle der nationalen Frage in diesem Zusammenhang. Russland und dann die Sowjetunion waren multiethnische Gesellschaften. Zwar gehörte die Deklaration der Rechte der Völker Russlands zu den

ersten Beschlüssen der Sowjetmacht nach der Oktoberrevolution, mit der Deklaration war aber noch lange nicht klar, was „freie Selbstbestimmung der Völker“ genau heißen sollte und wie gerade in wirtschaftlicher Hinsicht ein Interessenausgleich zwischen den „Völkern“ zu erreichen wäre. (Rat der Volkskommissare 1987) Das Wie war also erst noch zu finden. Ökonomische Entscheidungen betrafen immer auch die Entwicklungsmöglichkeiten und –grenzen für Regionen, die überwiegend von nichtrussischen Völkern bewohnt wurden, die aber durchaus z.T. auch über eigene starke linke bzw. kommunistische Bewegungen und eigene revolutionäre Traditionen verfügten. Letztere stützten sich nicht nur auf Marx und die westeuropäischen Erfahrungen. Eine zentrale Rolle spielte u.a. Mirsaid Sultan-Galiev, einer, wenn nicht der entscheidende islamisch-tatarische Kommunist. Er schloß sich, wie viele andere im Verlauf der Kämpfe 1917 bis 1921 den Bolschewiki an.³⁷ In den Diskussionen um die Art der Lösung der nationalen Frage unterlag er. Es ging, sehr verkürzt gesagt, um die Frage, ob den nationalen Gruppe Territorien zugewiesen werden sollten, oder ob es ähnlich dem Modell der österreichischen Sozialdemokratie eine Parallelstruktur staatlicher und Nationalitätenvertretungen geben sollte. Die Entscheidung für das „Territorialprinzip“ stieß unter nichtrussischen Bolschewisten z.T. auf Widerstand, der mit der Entlassung Sultan-Galijevs aus dem Volkskommissariat für Nationalitätenfragen gebrochen wurde.

Galiev hob die Rolle des Verhältnisses von Ökonomie und nationaler Frage vor allem nach seiner Ausschaltung durch Stalin hervor. In einer Antwort auf Befragung durch den Geheimdienst stellt er eine klare Verbindung zwischen der ungelösten Frage des großrussischen Nationalismus und der anhaltenden sozialen und ökonomischen Probleme in den Regionen hervor, die vor allem von NichtrussInnen bewohnt wurden. (Sultan-Galiev 1998a) Bereits 1924, nach ersten Repressionen, kritisierte er die westeuropäischen und großrussischen Kommunisten dafür, dass sie ihre Erfahrungen auf alle Weltgegenden kopieren wollten. Er verwies darauf, dass die Wurzeln des dialektischen Materialismus weit in die Menschheitsgeschichte anderer Völker hineinreichen, sie schon deshalb nicht Monopolisten in dieser Hinsicht sein könnten. Außerdem hätten die Revolutionen der letzten Jahre die Notwendigkeit eines schöpferischen Herangehens bestätigt. Er stellt die nationale und Kolonialfrage an erste Stelle und die nach der den Methoden (der Art und Weise) der Verwirklichung des Kommunismus an zweite Stelle der Aufgaben. Er hält fest, dass die westeuropäischen Kommunisten in der zweiten Frage derzeit große Fehler machen, die zu einer Verschlechterung der Situation der Menschheit, ihre Ruinierung sein kann. Weiter meinte er, dass es nicht um die Diktatur des Proletariats gehe, sondern eine Diktatur der Kolonien und Halbkolonien über die Metropolen. Die Diktatur des Proletariats sei nur eine Fortsetzung der kapitalistischen Diktatur mit einem anderen Träger. (Sultan-Galiev 1998b, 525f.) Für die hier zu betrachtenden Zusammenhang ist interessant: Er fordert u.a. die Verarbeitung der Rohstoffe am Ort ihrer Förderung mit direktem Bezug zur sowjetischen Wirtschaftspolitik, die er umstandslos in dieser Hinsicht mit der herrschenden kapitalistischen gleich setzte. (ebd., 531)

³⁷ Es ist bemerkenswert, dass die eigenen revolutionären Erfahrungen linker Organisationen und deren Anteil am Sieg der Sowjetmacht wenig reflektiert wurde. In einer Geschichte der Oktoberrevolution, veröffentlicht 1987, kommt die eigene Geschichte der Bewegungen nicht vor. (Golub et al. 1987, 492ff.) Der Auftritt Sinowjews vor dem von der Kommunistischen Internationale 1920 einberufenen Kongresses der Völker des Ostens ist unbestreitbar solidarisch, aber gleichzeitig von paternalistischen Zügen geprägt. (vgl. Sinowjew 1921, 54) Auch Lenins Rede vor dem II. Kongress der kommunistischen Organisationen des Ostens bleibt in dieser Hinsicht erstaunlich farblos. (vgl. Lenin 1974b, 144ff.)

Was ist das „kommunistische Unternehmen“?

In den bis dahin realisierten kommunistischen Projekten waren Unternehmen und Projekt meist weitgehend identisch. Nun zeigte sich, dass die Umwandlung der ganzen Volkswirtschaft in einzige „Fabrik“ schlichtweg unmöglich war. Was also tun? Die ersten Erfahrungen der Sowjetmacht zeigten, dass die Bauernwirtschaften in der ursprünglich vermuteten Weise nicht zu organisieren waren. Sollten nun wenigstens die Industrieunternehmen, die einzelnen Produktionsstätten den Beschäftigten gehören? Die Einführung der Arbeiterkontrolle nach der Revolution schien diese Lösung zu bestätigen. Das Kommunistische der Gesellschaft würde sich in der Multiplikation vieler kleiner kommunistischer Projekte manifestieren. Tatsächlich wurde diese Lösung durch Teile der (ja wie gesehen kleinen) revolutionären Bewegung vertreten, insbesondere von der Fraktion der Arbeiterkommunisten (die vor allem aus Intellektuellen bestand).³⁸ Nach Auffassung der Mehrheit der Bolschewiki bewährte sich dieser Ansatz nicht, was angesichts des Profils der Arbeiterschaft auch nicht verwunderlich war. Wenn also die ganze Volkswirtschaft nicht als eine einzige Fabrik zu organisieren war, auf der anderen Seite sie auch nicht einfach die Summe kleiner sich nach innen kommunistisch betrachtender Projekte sein konnte – wo war dann eine Lösung zu finden? Allein die von Lenin geforderte strengste wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle reichte nicht aus. Varga beschrieb seine Vision der NÖP ebenfalls ausgehend von der Erfahrungen der ungarischen Räterepublik folgendermaßen: "Unter dem Regime des Kriegskommunismus stand der Staat prinzipiell auf dem Standpunkte, daß alle Einwohner des Landes Staatsangestellte sind und der Staat für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse in Naturalien zu sorgen hat. Von nun an stellt der Staat sich selbst als wirtschaftliches Subjekt allen privatwirtschaftenden Bürgern gleich. Als wirtschaftendes Subjekt läßt sich der Staat von den anderen mit einem Teil ihrer Einnahmen für seine Leistungen bezahlen: die Bauern müssen es in Naturalien, die Kaufleute und Handwerker in Geld tun. Der Staat beschränkt seine Versorgungstätigkeit von nun an auf den sehr reduzierten Kreis von staatlichen Arbeitern und Angestellten und auf die soziale Versicherung. Der proletarische Staat nimmt gegenüber den Bürgern dieselbe Stellung ein wie der bürgerliche Staat, wobei jedoch der Unterschied im Klassencharakter beider Staaten voll bestehen bleibt." (Varga 1921, 39) Unverkennbar ist diese Sicht von paternalistischen Kommunismusauffassungen inspiriert; Varga tastet sich, wie auch andere, auch Lenin, an die Konsequenzen des Richtungswechsels erst heran.

Nur auf welcher Grundlage sollte der Staat die von Varga beschriebene Funktion erfüllen können? Tatsächlich ging es vor allem um die Frage, wie Unternehmen zu organisieren wären, die eine volkswirtschaftlich rationelle Arbeitsteilung unter den Vorzeichen der Realisierung kommunistischer Ansprüche in der Verteilung aber auch in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen für alle Menschen realisieren könnten. Die in den bisherigen kommunistischen Projekten gegebene unmittelbare Einheit von Arbeit und Leben als Motiv und Bestätigung der Beteiligung an diesem Projekt entfiel damit auch. Es kam also die Frage hinzu, wie unter diesen Bedingungen sich neue Antriebe für effektives Arbeiten und für Innovationsgeist freisetzen könnten. Die Suche nach der Möglichkeit, das Kommunistische gesellschaftlich möglich zu machen, vollzog sich auf diesem Teilgebiet des Wirtschaftens nicht nur intensiv, sondern auch in besonders dramatischen Formen. Die NÖP gab neben den Versuchen der entsprechenden Gestaltung der Verhältnisse in den Industriebetrieben und der Entwicklung von gesamtgesellschaftlichen Planungsprozessen zahlreichen Genossenschaftsprojekten, Kommunen und anderen selbstorganisierten Projekten Raum.

³⁸ Auch das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien folgte im Kern dieser Vorstellung. Darauf wird im weiteren Verlauf noch einzugehen sein.

Mit der NÖP wurde das Einkommen immer stärker an die Arbeitsleistung gebunden, die Betriebe erhielten einen definierten rechtlichen Status und die Beziehungen zwischen ihnen und zwischen ihnen und den Leitungs- und Planungsorganen wurden schrittweise rechtlich ausgestaltet. Gleichzeitig aber wurden die Positionen der entstehenden Bürokratie gestärkt.

Wie bereits angesprochen installierte die NÖP darüber hinaus aber auch den von Lenin geforderten Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Kommunismus durch Wiedezulassung des privaten Handels und des privaten Unternehmertums in der Industrie sowie die Vergabe von Konzessionen an ausländische Investoren. Der so entstehende Privatsektor sollte auch ein „Stachel“ im Fleisch der selbstgenügsamen sowjetischen Verwaltungspraxis sein. In einem weiteren Sinne war damit die Frage aufgeworfene, auf welche Triebkräfte und Interessen sich ein gesellschaftliches kommunistisches Projekt stützen könnte, die über aufopfernden Heroismus hinaus gingen. Ob die entstehende Mischwirtschaft (mnogoukladnoč') nun ein Potenzial oder ein Hindernis der Entwicklung war, wurde in der Gesellschaft eher in letztgenannter Hinsicht beantwortet. Das Marktelement „Unternehmer Bauer“, wurde von von der Sowjetmacht selbst hervorgebracht, gewollt! Der Kriegskommunismus hatte auch deutlich werden lassen, dass es sich um eine aus den realen Bedingungen Russlands hervorstechende Gegebenheit handelte. Diese Schicht war nicht „übriggeblieben“, wie dies etwa in der DDR nach 1945 der Fall gewesen ist, sondern sie wurden als soziale Gruppe durch den sowjetischen Staat durch wirtschaftspolitische und entsprechende rechtliche Entscheidungen installiert, geschaffen. Viele dürften auch aus purer sozialer Not den Weg in dieses bäuerliche Unternehmertum gegangen sein. Der Umgang mit dieser Gegebenheit war schwer. Gleichzeitig war diese Gruppe für weite Teile der Gesellschaft unerwünscht, sie werden von vornherein als Feinde eingestuft; die Sowjetmacht schafft sich sozusagen eigene Feinde. Eine tatsächlich abstruse Situation. Tatsächlich wollte die Mehrheit der Gesellschaft, folgt man den Analysen der Berichte aus den Archiven, überhaupt nicht die Potenziale, die Lenin in dem Wettbewerb der verschiedenen Elemente der Mischwirtschaft sah, nutzen – und Lenin selbst verschloss die Augen vor diesem Widerspruch, er liefert mit seiner Charakterisierung dieser neu entstandenen Schicht selbst die Argumente für die Gegner der NÖP.

Der Apparat als ausführendes Organ der Beschlüsse zur NÖP war in wesentlichen Teilen nicht bereit oder nicht fähig, diesen Wettbewerb anzunehmen und den „Stachel“ zu akzeptieren. Statt der Einbeziehung in die Planwirtschaft wurde in der Praxis ein Weg der politischen und ökonomischen Schikane gewählt, dessen Kehrseite die Korruption und die Verunmöglichung des Lernens wurden. Die neuen Kontrahenten (tatsächliche wie vermeintliche) in den Reihen der Bauern, der Intelligenz, des Kleinkapitals wurden nicht konsequent als Resultate des revolutionären Prozesses, sondern als Importe aus dem Gestern gesehen. Entsprechend restriktiv und willkürlich waren die Bedingungen für unternehmerische Tätigkeit. Dokumentiert ist auch Gegnerschaft aus Reihen der Arbeiter, Angst vor Konkurrenz seitens staatlicher Unternehmen und aus den Apparaten wegen zwar extrem begrenzter, aber doch relativer Eigenständigkeit der privaten und der Konzessionsbetriebe. Dabei muss in Rechnung gestellt werden, dass die überwiegende Zahl der ohnehin nicht zahlreichen Privatbetriebe kaum über die Größe von Handwerksbetrieben hinausging.

Hinzu kamen die aus dem Gang der Entwicklung resultierenden Unsicherheiten, die mit der Suche nach den richtigen rechtlichen Formen, nach einem ausgewogenen Ausgleich der finanziellen, materiellen und politischen Interessen beider Seiten verbunden waren. (Balašov 2012, 71f.) Die Verpachtung von Unternehmen an Private erfolgte nur kurzfristig und mit unsicheren Konditionen. Es gab daher kaum Privatunternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten, da große Kapitale, soweit sie

noch existierten, aus diesen Gründen eher in die Schattenökonomie gingen. (ebd., 178ff.) Das Fehlen einer Strategie verstärkte diese Unsicherheiten und führte in ein Wirrwar von Regelungen und Zuständigkeiten – von einer einheitlichen Politik aller sowjetischen Organe konnte nicht die Rede sein. (vgl. Shpotov 2012, 31)

Teile des Apparates nutzten diese Situation, um sich in dieser für die „neuen Unternehmer“ unsicheren Situation zu bereichern. Auswertungen von Archivmaterialien bestätigen, dass es teilweise zu einer Verflechtung von Staatsapparat, Unternehmertum und dem Management der Staatsunternehmen kam und die Korruption enorme Ausmaße annahm. (Balašov 2012, 181ff.) Die Politik beförderte so die Entwicklung eines Typs des „rohen Kapitalisten“, der weit von den ethischen Normen (bei aller Bedingtheit) eines entwickelten Unternehmertums entfernt war. (ebd., 98f.)³⁹ Dies war wiederum ein Argument, um die NÖP grundsätzlich in Frage zu stellen.

Auf dem XII. Parteitag im April 1923 wurde die Forderung abgelehnt, zum Aufbau der Schwerindustrie verstärkt ausländische Kredite und die Vergabe von Konzessionen heranzuziehen. Die Argumente zur Ablehnung seitens Sinowjew, Trotzki und Bucharins waren eher ideologischer Natur. In Vorbereitung auf diesen Parteitag ergab eine Analyse, dass die Vergabe von Industriebetrieben an ausländischen Konzessionäre durch den Widerstand von Betriebsleitungen und leitenden Organen der Verwaltungen der entsprechenden Industriezweige behindert wurde, die die Möglichkeiten der Wiederherstellung der Wirtschaft ohne Hinzuziehung ausländischen Kapitals in der Hoffnung auf Hilfe aus dem Staatshaushalt überschätzten. (Goland 2006, 227) Das führte in einen tödlichen Kreislauf – höhere Aufwendungen für die Rekonstruktion der Betriebe aus Mitteln des Staatshaushaltes setzten ohne Hinzuziehung äußerer Quellen höhere Einnahmen voraus, höhere Einnahmen aber eine halbwegs intakte Wirtschaft. Wollte man keine Konzessionen vergeben, wären höhere Exporte nötig – aber für die braucht man auch wieder eine intakte Wirtschaft. Zudem musste das zerstörte Land wieder Anschluss an den technischen Fortschritt gewinnen – und auch dies setzte Exporte eigener Waren voraus. Die Goldreserven die der Sowjetmacht zur Verfügung standen, waren schon zu einem nicht unbeträchtlichen Teil ausgegeben.

Die Entscheidungen um 1923 und der inkonsequente Umgang mit den Widersprüchen der Konzessionen trugen so schon den Keim einer neuen „kriegskommunistischen“ Lösung in sich, wie sie dann mit dem Abbruch der NÖP, der Kollektivierung und der forcierten Industrialisierung ab Ende der 1920er Jahre realisiert wurde. War der Kriegskommunismus 1918-1921 jedoch in hohem Maße dem Druck von außen geschuldet, war seine Rückkehr selbst organisiert. Die NÖP führte zwar zu einer Belebung der Wirtschaft, die grundlegenden Probleme konnte sie aber nicht lösen. Der Apparat, der geschaffen worden war, um den kommunistischen Aufbau zu organisieren, erwies sich trotz aller Bemühungen und interessanten Entwicklungen letztendlich als Bremse der Umgestaltung. Die Selbstgenügsamkeit des Apparates und die nichtkommunistischen Elemente des gesellschaftlichen Seins und Bewusstseins gingen eine Koalition ein, die zwar durch soziale und ökonomische Innovationen immer wieder in Frage gestellt und zeitweise geschwächt, aber nie gebrochen werden konnte.

³⁹ Das Gegenstück des „rohen Kapitalisten“ war der „rohe Staatsapparat“, der sich selbst ja auf der gleichen sozialen Basis wie das Unternehmertum entwickelte.

Solidarität, Ideologie und Weltmarkt – Das Kommunistische und die globale Wirtschaft

Die Kehrseite der Entwicklung einer nachkapitalistischen Gesellschaft „in einem Land“ war die Frage nach der Rolle und den Wegen der Einfügung einer an nichtkapitalistischen Maßstäben orientierten Wirtschaft in eine kapitalistisch dominierte Weltwirtschaft.

Der kommunistische Aufbau musste, nach dem Ausbleiben der Revolution in Deutschland und anderen entwickelteren Staaten, hochgradig pragmatisch zwischen den Notwendigkeiten der puren Überlebens, des Schutzes kommunistischer Momente und der Gewährleistung der Reproduktion der politischen Herrschaft hin und her schwanken. Natürlich wurden dabei alle illegalen Instrumente des Unterlaufens des Boykotts genutzt: Industriespionage, Produktpiraterie und Bestechung waren pragmatische Instrumente und aus dem Klassenantagonismus begründbar – aber sie waren nicht gerade kommunistisch. Daneben standen Kooperationsabkommen mit dem Ausland, aber auch die Heranziehung ausländischer Arbeiter. Solidarität und kommerzielle Interessen verbanden sich in der NÖP auf interessante Weise.

Unter den Versuchen im Rahmen der NÖP durch die Einbeziehung ausländischen Kapitals „Wirtschaften zu lernen“ ragen in diesem Sinne zwei Projekte hervor, die wegen ihres politischen und ökonomischen Gehaltes gleichermaßen geeignet sind, die Probleme einer Wirtschaft im Übergang zu beschreiben. Es handelt sich dabei erstens um ein von US-amerikanischen Kommunisten, selber Arbeiter, initiiertes Projekt, das durchaus an die Traditionen der kommunistischen Gemeinschaften/Siedlungsprojekte des 19. Jahrhunderts anknüpft. Zweitens geht es dabei um die Aktivitäten der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH).

Im Rahmen der Konzessionspolitik wurde ein Vertrag mit einer Gruppe US-amerikanischer Arbeiter geschlossen, der die Schaffung einer „Autonomen industriellen Kolonie“ im Kuzbass⁴⁰ (Автономная индустриальная колония - АИК "Кузбасс") zum Gegenstand hatte. Die Aktivitäten erfassten die Förderung bzw. Verarbeitung von Steinkohle, Betriebe der metallurgischen und chemischen Industrie.

Es handelte sich dabei um eine „gemischte Konzession“, an der der sowjetische Staat beteiligt war. Dieser steuerte einen Anteil von 300 Tsd. US-Dollar und Nahrungsmittel bei, die US-amerikanischen Arbeiter brachten Ausrüstungen, Werkzeuge, Kleidung und Nahrungsmittel im Wert von 200 US-Dollar pro Kopf mit. Vor allem aber stellten sie ihre Qualifikation dem kommunistischen Aufbau zur Verfügung. Insgesamt waren in der Zeit des Bestehens nur dieser Konzession 20 Tsd. ausländische ArbeiterInnen hier tätig.⁴¹ (Balašov 2012, 82ff.)

Aber auch diese Konstellation und die offensichtlichen Erfolge bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Löhne, der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsorganisation und der Qualität der Produkte bewahrten das Projekt nicht vor der Vermutung „feindlicher“ Umtriebe. Dabei spielte das staatliche Unternehmen „Kuzbasrest“ (auf den gleichen Gebieten tätig, insofern potenzieller Konkurrent) und die mit diesem verbundenen Verwaltungen eine aktive Rolle, während der zuständige Vertreter der regionalen Parteiorganisation die Verdienste des Projektes in dem o.g.

⁴⁰ Kusnezbecken in Westsibirien, östlich von Novosibirsk; der Reichtum an Bodenschätzen, vor allem Steinkohle war der Ausgangspunkt für das Interesse der sowjet-russischen Regierung an diesem Projekt; später auch Zentrum der Schwer- und Rüstungsindustrie.

⁴¹ Die Beschäftigten verpflichteten sich für jeweils 2 Jahre. Sie kamen aus den USA, Deutschland, Holland und anderen Staaten.

Sinne würdigte. Vor allem die Erhöhung der Intensität der Arbeit und die Durchsetzung einer konsequenten Arbeitsorganisation (für Lenin zentrale Voraussetzungen für den Aufbau des Kommunistischen) trafen auf Sabotage und „skeptisches Misstrauen“ aus den Reihen der sowjetischen Beschäftigten. (ebd., 86)

Im Jahr 1927 wurde das Unternehmen „reorganisiert“ – das heißt in einen staatlichen Betrieb umgewandelt.

Auch die Projekte der Internationalen Arbeiterhilfe waren mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die IAH wurde 1921 in Berlin zur Unterstützung des Kampfes gegen die Hungersnot in Sowjetrußland gegründet. Sie definierte sich nicht als kommunistische Organisation, wurde aber von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in Deutschland so bezeichnet. Mit ihrem Wirken als „Säule der proletarischen Selbsthilfe“ wollte sie den Kampf der Arbeiter unterstützen, nicht nur soziale Not lindern. (Münzenberg 1926, 25) Im Rahmen dieser Organisation fanden soziale Aktivitäten, wirtschaftliche Kämpfe, kulturelle Bewegungen und Bildung gleichermaßen einen Raum – ähnlich wie in der Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die internationale Solidarität war in ihr gelebte Praxis. In diesem Sinne war sie kommunistischer als die entstandenen Kommunistischen Parteien. (vgl. zusammenfassend Münzenberg 1931)

Zur Unterstützung der Hungernden in Sowjet-Rußland brachte die Organisation bis 1923 immerhin 5 Mio. Dollar an Hilfen in Form von Bargeld und Sachspenden auf. (Münzenberg 1926, 46) Auch wenn das im Vergleich zu anderen Organisationen wenig scheint (die US-Amerikanische Hilfe betrug 63 Mio. Dollar (Sommer 1986, 4), ein von F. Nansen geschaffener Hilfsfonds brachte 10 Mio. Dollar auf (Gross 1991, 203) war der politische Effekt enorm – zumal die Spenden von westeuropäischen Arbeitern kamen, die selbst unter z.T. katastrophalen Bedingungen lebten. Später erweiterte sich das Spektrum der Kooperation mit der Sowjetmacht. In dem 1925 angenommenen Programm heißt es: „Die IAH. ist auch heute noch bestrebt, Sowjet-Rußland bei seinem wirtschaftlichen Aufbau zu unterstützen, besonders durch Erhaltung und Aufbau eigener wirtschaftlicher Unternehmungen in Rußland, die sie mit Hilfe des Weltproletariats zu erweitern und zu verbessern sucht. Durch eigene, von der internationalen Arbeiterklasse unterhaltenen Unternehmungen in Sowjet-Rußland wird den Massen der Arbeiter in den westlichen Ländern die praktische Möglichkeit geboten, sich direkt und unmittelbar am Wiederaufbau im Arbeiterstaat zu beteiligen.“ (Münzenberg 1926, 22) Bei diesen wirtschaftlichen Unternehmungen handelte es sich um landwirtschaftliche und Industriebetriebe sowie um Infrastruktureinrichtungen. (Münzenberg 1931, 495ff.)

Natürlich waren diese Unternehmen mit den gleichen Problemen wie alle anderen Unternehmen konfrontiert – und konnten sich bei der Beschaffung eigener Mittel aus dem Ausland nur auf Spenden stützen, die oft in Kleidung und anderen Konsumgütern bestanden. (Barthel 1950, 169ff.) Es wurde der Versuch unternommen, mit einer internationalen Arbeiteranleihe das fehlende Kapital aufzubringen und gleichzeitig den Boykott der internationalen Finanzwelt zu unterlaufen. Allerdings gestaltet sich das wegen der schwierigen sozialen Lage der westeuropäischen Arbeiter, Verboten in vielen Ländern und aus in der sowjetischen Bankenpolitik liegenden Gründen kompliziert und brachte nicht den durchschlagenden Erfolg, den der Initiator Willi Münzenberg erhofft hatte. (Gross 1991, 205f.) Insgesamt wurden trotzdem 250 Mio. US-Dollar auf diesem Wege aufgebracht. (Münzenberg 1931, 495) Die Unternehmen und die Güter gingen 1925 zurück an den sowjetischen Staat. (Sommer 1986, 4)

In gewisser Weise wiederholen sich in der NÖP, wie auch in den folgenden Versuchen realsozialistischen Wirtschaftens, alle Probleme der ersten kommunistischen Projekte – allerdings in gesellschaftlicher Dimension. Die Freisetzung des Kommunistischen scheint auf jeder Stufe nur klein zu sein. Das Scheitern ist immer von vielen Faktoren bedingt. Das Scheitern der NÖP ist nicht Beweis der Unmöglichkeit des Kommunistischen, sondern Ausweis der großen Rolle, die ein bewusstes Verhalten zu den Bedingungen der Reproduktion, eine bewusste Selbst-Vergesellschaftung der Menschen gerade hier spielt. Es ist Ausweis der großen Rolle der Kultur und der Bildung, der Fähigkeit zu Selbstkritik und ethischem Handeln.

Das Räte-System wird praktisch: Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien

Nach dem 2. Weltkrieg konnten Länder mit sehr verschiedenen Ausgangspositionen den Versuch unternehmen, eine nachkapitalistische Gesellschaft aufzubauen. Wieder stand die Frage, wie „kommunistische Triebe“ entfaltet werden könnten und durch neue Momente ergänzt und so zu Momenten des Kommunistischen auf gesellschaftlicher Ebene werden könnten.

Bezugspunkt war dabei in der Regel das „sowjetische Modell“, ohne dass ursprünglich zwingend eine Kopie im Detail angestrebt wurde. In allen Ländern gab es zeitweise starke Strömungen, anknüpfend an Marx einen Weg entsprechend den spezifischen Bedingungen der eigenen Traditionen zu beschreiten. In der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, steht dafür Anton Ackermann, der hier die Mehrheitsmeinung der SED (einschl. der Führung) 1946 formulierte: „Die Frage nach einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ist ... weniger eine theoretische Frage als eine der praktischen Politik, d.h. ist die Frage, ob die deutsche Arbeiterschaft im Bunde mit allen fortschrittlichen Schichten des schaffenden Volkes den entscheidenden Einfluss auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands gewinnt oder nicht.“ (Ackermann 2005a, 191) Kurz darauf, im März 1947, zog Ackermann Jugoslawien als ein Beispiel für die Gründe für die spezifischen Entwicklungen hin zum Sozialismus heran - etwa die Rolle der Partisanenarmee bei der (Selbst-)Befreiung des Landes. (Ackermann 2005b, 201f.) Diese Aussagen bezogen sich auf die Zeit vor der Einführung der Arbeiterselbstverwaltung (1950), betreffen aber genau die Anerkennung der Möglichkeit von Wegen, die sich von dem der Sowjetunion unterscheiden mussten. Immerhin war in der Novemberrevolution Richard Müller als Kommunist mit einem starken Rätekonzept aufgetreten. Das Müllersche Rätekonzept versuchte Betriebliches und Gesellschaftliches durch eine hochkomplexe Rätestruktur zu vermitteln. Auf allen Ebenen, von der staatlichen über die regionale bis hin zur betrieblichen, sollte es Räte geben, die nach dem Wirtschaftszweig und nach dem Beruf organisiert sein sollten. Parallel zu den wirtschaftlichen sollte es politische Arbeiterräte geben. Das Konzept war auf die Überwindung der parlamentarischen Demokratie und auf die unmittelbare Verbindung von gesetzgebender und ausführender Gewalt gerichtet. (vgl. Hoffrogge 2008b, 110f.) Die (kommunistische) Partei sollte dabei als „zusammenfassendes und leitendes Zentrum“ die geistige Führung innehaben. (ebd., 145) Wie schon dargestellt, konnte sich diese Richtung schon im Verlaufe der Novemberrevolution nicht durchsetzen – aber die Rolle der Betriebsräte blieb in den zwanziger Jahren ein beständiger Gegenstand der Auseinandersetzung und eine Erfahrung, an die anzuknüpfen gewesen wäre.

Die Räteverfassung war ähnlich wie die anarchistischen föderalen Vorstellungen, die Kommune-Projekte in den frühen Sowjetrepubliken und die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Arbeiterkontrolle in der Sowjetunion der NÖP-Zeit Versuche, den Enthusiasmus der Unmittelbarkeit des Kommunistischen, wie sie in den Projekten des 19. Jahrhunderts manifest war, zu

verallgemeinern und die „Kraft des Beispiels“ im individuellen Handeln auf gesellschaftliche Ebene zu heben. Die Debatten drehten sich immer auch um die Rolle des Arbeitskollektives, des einzelnen Unternehmens in der Gesellschaft und in den wirtschaftlichen Kreisläufen. Bedeutet die Verwirklichung des Kommunistischen, dass der Betrieb der Belegschaft (genauer den ArbeiterInnen) gehört?

Anarchistisch-föderalistische, die Vorstellungen der sowjetischen Arbeiterkommunisten wie auch das Modell der Arbeiterselbstverwaltung tendieren in diese Richtung.

Im Unterschied zu den an sowjetischen Praxen orientierten realsozialistischen Konzepten, die die Vermittlung der kommunistischen Elemente in der Entfaltung vor allem staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums sahen, setzte das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung auf die Unmittelbarkeit der Beziehungen der Beschäftigten zu ihrem Arbeitsplatz. Unterschiedlich strenge rechtliche Rahmen und Planungsprozeduren sollten den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisten.

Die Begründung dafür hatte vor allem einen ernst zu nehmenden politischen und sozialen Hintergrund. In Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der sowjetischen Wirtschaft sollte verhindert werden, dass die Arbeiter durch den Planungs- und Leistungsapparat (die Bürokratie) praktisch enteignet würden. Diese Erfahrung betonte Tito bei der Begründung des „Gesetzes über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen und höheren wirtschaftlichen Vereinigungen durch die Arbeitskollektive“ im Sommer 1950. (Tito 1976b, insbes. 146f.) Tito und sein Umfeld gingen davon aus, dass die Übergabe der Betriebe in die Verantwortung der Arbeitskollektive sowie die politische Dezentralisierung durch die damit verbundenen Lern- und kulturellen Prozesse unter den Arbeitern und Bauern die Entstehung einer derartigen Bürokratie verhindern könnten und so den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft entsprechend den eigenen Bedingungen Jugoslawiens möglich machen würde. (vgl. ebd., 141ff.)⁴² Dabei bezogen sie sich ganz im traditionellen Sinne auf Aussagen von Marx, Engels und Lenin, vor allem die Idee der assoziierten Produzenten. Im Kommunistischen Manifest hatten Marx und Engels davon gesprochen, dass die alte bürgerliche Gesellschaft abgelöst werde von einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels 1959, 482) Gleichzeitig aber stand dieses Herangehen im Widerspruch zu anderen Aussagen der gleichen Autoren, die ja die Rolle des Staates und des staatlichen Eigentums in einer nachkapitalistischen Gesellschaft betont hatten. Lenins letzte Lebensmonate wiederum waren durch seinen Kampf gegen den entstandenen Sowjet-Bürokratismus bestimmt – eine Problematik, die durch Trotzki dann in seiner Bürokratismus-Konzeption aufgegriffen wurde. Bei der Abwägung von Theorie und Praxis war es redlich, die Praxis zum Ausgangspunkt zu nehmen, zumal die Versuche der forcierten Verstaatlichung und Kollektivierung in den ersten Jahren Jugoslawiens keine erfreulichen Ergebnisse gebracht hatten.⁴³ Die Kollektivierung traf (auch hier) auf den erbitterten Widerstand der Bauern, so dass dieser Kurs 1953 endgültig aufgegeben wurde. Zudem war auch hier eine Ausrüstung der Kollektivwirtschaften mit

⁴² In einer Analyse der Rolle der Rolle des „Bürokratie-Problems“ betont Kuljić, dass die Bürokratie zum „flexiblen Feind“ wurde, die das Kapital als Gegner ablöste. Entstehende Widersprüche wurden vor allem als Auswuchs von Bürokratie stigmatisiert, der eine idealisierte Einheit der Arbeiter und Bauern gegenübergestellt wurde. (vgl. Kuljić 2011, 67)

⁴³ Damit geriet die jugoslawische Politik unter doppelten Beschuss – seitens der Mehrheit der anderen realsozialistischen Staaten und der bolschewistisch orientierten kommunistischen Bewegung auf der einen und seitens verschiedener stalinistischer einschl. der von Albanien beeinflussten kommunistischen Strömungen auf der anderen Seite. (exemplarisch etwa Hoxha 1978, 22ff.)

dementsprechender Technik ökonomisch unmöglich. Mit der Institution der Arbeiterräte wurde seit 1949 experimentiert. (Zakošek 1984, 16f.)

Jugoslawien war zu diesem Zeitpunkt, wie auch die Sowjetunion der zwanziger Jahre, vor allem ein Agrarland mit enormen regionalen (und ethnischen) Differenzierungen.⁴⁴ Das Kommunistische lebte bestenfalls in den Erfahrungen einer kleinen Gruppe der ArbeiterInnen und BerufsrevolutionärInnen, als Ideologie in Teilen der früheren Partisanenarmee und in den ursprünglich-kommunistischen Praxen der Dorfgemeinschaften. (Herbert 1982, 21ff.) Die „Triebe“ des Kommunistischen lagen kaum in der Praxis industrieller Arbeit, eher in der Ideologie und in dörflicher Gemeinschaftlichkeit. Als Gesellschaftsprojekt und Lebensweise musste es also fundamental gelernt werden, musste sich in neuen Gewohnheiten, neuem Verhalten niederschlagen. Ein wesentlicher Unterschied zur Situation Sowjetrusslands bestand darin, dass ein sozialistisches Weltssystem bestand, zu dem die politischen Beziehungen allerdings gespannt waren und das selbst nicht das Zentrum des wissenschaftlich-technischen Fortschritts darstellte.

Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung hatte also das Potential (und stand gleichzeitig vor der Herausforderung), auf zwei Fragen neue Antworten zu finden: auf die nach der Nutzung der Traditionen, der „kommunistischen Triebe“, beim Aufbau einer neuen Gesellschaft und auf die negativen Erfahrungen des ersten Versuches besonders hinsichtlich der nachhaltigen Aktivierung des Schöpferturns „der Massen“ und der Entwicklung eines demokratischen politischen Systems kritisch Bezug zu nehmen. Dabei musste aber gleichzeitig die „Falle“ umgangen werden, selbstverwaltete Betriebe unter der Hand zu Ausgangspunkten einer Neuetaulierung kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse werden zu lassen.

Branko Horvat vertrat in der seinen Worten nach ersten theoretischen Arbeit über die Selbstverwaltungswirtschaft (Erstauflage 1958) ganz in diesem Sinne die These: „Eine staatseigene Wirtschaft bedeutet eine bürokratische Wirtschaftsorganisation, die auf dem Hierarchieprinzip aufgebaut ist. Wir werden zeigen, dass die Institution des Staatseigentums (und die daraus abgeleitete Bürokratie) die mögliche Effizienz des Wirtschaftssystems in ähnlicher Weise hemmt wie die Institution Privateigentum. Die Koordinierung ist nicht optimal. Die soziale Mobilität ist geringer als möglich, da die Söhne der Amtsinhaber, wie die Söhne der Besitzer von Reichtum, in einer hierarchischen Gesellschaft notwendig privilegiert sind. Und grundsätzlich bringen Hierarchien gesellschaftliche Polarisierung mit sich, diese bringt Konflikte hervor, und Konflikte sind der Effizienz nicht dienlich.“ (Horvat 1973, 12f.)

Die von Horvat dann entwickelte Vorstellung (er selbst spricht von einer Prolegomena, also einer Vorschau auf eine zukünftige allgemeine Theorie der Planwirtschaft (ebd., 14)) dreht sich in dem uns hier interessierenden Zusammenhang um die Frage, inwieweit „gezeigt werden kann, dass eine geplante Wirtschaft ohne Staatskontrolle sein kann“. „Die Herrschaft über die Produktion ohne die Vermittlung des Staates bedeutet die Herrschaft durch die direkten Produzenten, was wiederum bedeutet, dass sich die Gleichheit von Proletariern in die Gleichheit von Herren verwandelt. Der Prozess der menschlichen Entfremdung... findet sein Ende.“ (ebd., 91) Die Konsequenz sei das Ende der Ineffizienz. Damit wirft Horvat aber wiederum das zentrale Problem aller bisherigen kommunistischen Projekte auf: wie ist die Abstimmung eines gemeinsamen „Produktionsplanes“ zwischen den Unternehmen im Interesse der Realisierung der kommunistischen Werte für Alle

⁴⁴ zu den geschichtlichen Bedingungen vgl. (Herbert 1988, 141f.)

möglich? Oder auch: inwieweit ist Arbeiterselbstverwaltung primär ein kommunistischer Weg zu einem kommunistischen Ziel oder ist sie vor allem ein Weg effizienten marktbezogenen Wirtschaftens?⁴⁵ Auch in Jugoslawien wurden sozialpolitische Probleme vor allem durch die Umverteilung von Mitteln realisiert, die den Kollektiven in der einen oder anderen Art (Steuern oder Abgaben) entzogen wurden. Nur so war es möglich, die großen regionalen Disproportionen im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen schrittweise zu mildern. Marktbeziehungen und planmäßige Elemente entwickelten sich also in nur lockerer Verbindung. Tatsächlich erreichte Jugoslawien nach der Einführung der Selbstverwaltung erhebliche Wachstumsraten. Marković beschrieb die Zeit zwischen 1950 und 1965 als „Übergang von einer Form der asketischen Unterordnung des Individuums unter die Gesellschaft zu einer stärkeren Betonung der individuellen Selbstverwirklichung“. Weiterhin betonte er die Stabilität der ethnischen und interreligiösen Beziehungen.⁴⁶ Erst die „marktwirtschaftlichen“ Reformen hätten diese Tendenz hin zu einer hedonistischen, konsumorientierten Gesellschaft gewendet. (Marković 1986, 169f.) Die Symptome analysierte Tito in einem Interview mit der Zeitschrift „Vjestnik“ im Jahre 1972 ausführlich – er sprach von Milliardären, die durch Spekulation und Korruption reich geworden seien und davon, dass in wichtigen Positionen feindliche Technokraten und Bürokraten säßen, die einen Kampf gegen die kommunistische Substanz der Selbstverwaltung führten. (vgl. Tito 1976c) Hintergrund waren der Ausbau marktwirtschaftlicher Elemente und die Einschränkung der regionalen Umverteilungen ab 1965⁴⁷, wodurch die soziale Lage sich zuspitzte. Vor diesem Hintergrund wurde die Forderung einer „Selbstverwaltung von unten nach oben“ in allen Bereichen der Gesellschaft zur Losung von Protesten. Das Politische Aktionsprogramm der Belgrader Studentenbewegung vom 5. Juni 1968 hob für den wirtschaftlichen und sozialen Bereich folgende Forderungen hervor:

- schnelle Verringerung der „großen sozialen Ungleichheiten“ und eine „konsequente Anwendung des sozialistischen Prinzips der Aufteilung der Arbeitseinkommens; eine klare und genaue Definition der Kriterien für die Bemessung der persönlichen Einkommen; die Bestimmung von Mindest- und Maximalgrenzen persönlicher Einkommen sowie die Aufhebung der Unterschiede bei denjenigen Einkommen, die sich auf monopolistischen Positionen gründen; eine energische Aktion gegen den Erwerb von Immobilien auf unsozialistische Art und Weise und die Nationalisierung unrechtmäßig erworbener Immobilien“, die Beseitigung von „Privilegien in unserer Gesellschaft“ und die progressive Besteuerung von Einkommen, die das Einkommensmaximum überschreiten

⁴⁵ Herbert beschreibt anknüpfend an Miljkovic vier Typen von Vorstellungen zur Arbeiterselbstverwaltung: als Organisationssystem, das „liberalistische“ Konzept, das A. ausdrücklich als marktbezogene Subjekte betrachtet, das normativistische Konzept, also als „System institutioneller Formen, Normen und Rahmenbedingungen“ und die abstrakt-humanistische Position, die die Arbeiterselbstverwaltung lediglich vom Ziel der klassenlosen Gesellschaft aus (insoweit also abstrakt) betrachtet. (Herbert 1988, 146-148) Gemeinsam scheint diesen Positionierungen zu sein, dass die Arbeiter selbst als Gegenstände, nicht als die eigentlichen Akteure betrachtet wurden. Miljkovic stellte dem das Konzept der Selbstverwaltung als System der Herrschaft der Arbeiterklasse entgegen. (ebd., 148f.) Aber auch dieses Konzept lässt die Frage nach dem Wie, dem Inhalt, den Formen der Herrschaft (über Wen übrigens) unklar. Die Vermittlung bleibt ein „blinder Fleck“.

⁴⁶ Unter dem religiösen bzw. ethnischen Mantel sollen sich Konflikte, so jedenfalls M., bestenfalls hinter verschlossenen Türen innerhalb der herrschenden Bürokratie entladen haben.

⁴⁷ eigentlich beginnend 1963 (vgl. Zakošek 1984, 43ff.)

- die Erarbeitung eines nachhaltig ausgelegten Konzeptes der wirtschaftlichen Entwicklung zur „effektiveren und schnelleren Beseitigung der Arbeitslosenproblematik“ bei Sicherung des Rechtes auf Arbeit⁴⁸
- „Alle Versuche, gesellschaftliches Eigentum aufzulösen und es in Aktionärsigentum zu überführen, müssen energisch verhindert werden.“
- Verhinderung der Spekulation mit Wohnraum
- Verhinderung der Kommerzialisierung des kulturellen Sektors. (Aktionsprogramm 2008)

Dahinter stand aber auch ein viel tiefergehendes Problem. Der Bruch mit dem bürokratisch-stalinistischen Kommunismuskonzept war „mehr formalen denn praktischen Zuschnitts ... Am politischen Habitus der Parteifunktionäre und ihrer „Weltsicht“ änderte die Abkehr von Moskau zunächst nur relativ wenig ... Die Unternehmen in gesellschaftlichen Eigentum waren weit davon entfernt, von den „direkten Produzenten“ demokratisch verwaltet zu werden...“ (Kanzleiter/Stojaković 2008, 17)⁴⁹ Das kam auch in den politischen Forderungen des Aktionsprogramms zum Ausbau der Selbstverwaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Ausdruck. Ein Jahr später erschien aus dem gleichen Kreis das „Manifest 3000 Wörter“, das konstatierte, dass die Forderungen weder in ökonomischer, noch in politischer Hinsicht erfüllt seien. (Manifest 2008)

Beginnend 1971 wurden die Reformen wieder reformiert. Allerdings vermied man es auch in dieser Zeit, der Selbstverwaltung selbst nachhaltig „eine gemeinsame Stimme zu geben“ – d.h. dass in Jugoslawien die Selbstverwaltungsorgane der Betriebe praktisch nie eine gemeinsame Position haben entwickeln können. Lediglich 1957 und 1971 gab es Kongresse der „Selbstverwalter“. Ob und inwieweit die Verstetigung dieser Institution zu einer neuen Art gesellschaftlicher Planung geführt hätte, ist nicht zu beantworten. Horvat als einer der Theoretiker der Selbstverwaltung wirft diese Frage auch nach den Auseinandersetzungen der sechziger und siebziger Jahre nicht konsequent auf: In seinem Buch zur Politischen Ökonomie des Sozialismus, erschienen Anfang der achtziger Jahre sieht er die Realisierung des Kommunistischen nachwievor auf der betrieblichen, nicht auf der gesellschaftlichen Ebene. Die „Firma“ sei der Ort der Überwindung der Entfremdung. (Horvat 1983, 190) Der Staat und die Partei(en) als Hierarchien stehen seiner Auffassung nach dem kommunistischen Anspruch entgegen. In ähnlicher Weise versucht Mihailo Marković die Perspektive der Selbstverwaltung zu beschreiben: Er betont ihren Inhalt als SelbstBESTIMMUNG, die durch die beständige Erweiterung des Prinzips der Wählbarkeit und Rotation auf alle Bereiche zu erreichen sei. (Marković 1974, 96) Die politische Brisanz macht er 1986 nochmals deutlich, indem er die Selbstverwaltung nur als kompatibel mit einem politischen System charakterisierte, in dem politische Organisationen lediglich die Funktion haben, politische Bildungsarbeit zu betreiben, Interessen

⁴⁸ Interessanterweise werden in den Darstellungen zur Selbstverwaltung Rolle und Konsequenzen des „Exports von Arbeitskraft“, z.B. nach dem Anwerbevertrag mit der BRD 1968, nicht diskutiert. Bereits 1963 arbeiteten 45.000 jugoslawische Bürger in der BRD, deren Zahl sich schnell vergrößerte. (vgl. Knortz 2008, 141f.)

⁴⁹ Darauf verweisen auch die Arbeiten von Milovan Djilas, der als einer der führenden Köpfe der jugoslawischen Kommunisten schon seit den frühen fünfziger Jahren die Realität der Machtausübung in Jugoslawien kritisierte und entsprechenden Repressionen ausgesetzt war. vgl. umfassend in (Djilas 1969) Dragomir Olujić, einer der Köpfe der 68er Bewegung in Jugoslawien sagte dazu: „Das jugoslawische politische System war ein merkwürdiges Konglomerat aus Elemente von direkter, partizipativer und repräsentativer Demokratie sowie der Diktatur einer Partei und der speziellen Rolle Titos als autoritärem Übervater.“ (Olujić 2008, 49) Diese Charakteristik ist allerdings auch für fast alle Länder des Realsozialismus anwendbar, auch wenn die „Mischung“ immer spezifisch ist.

auszudrücken und zu vermitteln, langfristige politische Programme zu formulieren und dafür Unterstützung zu organisieren. Parteitypen, die darauf gerichtet sind, Politische Macht zu gewinnen und zu sichern seien demgegenüber nicht kompatibel mit dem Selbstverwaltungssystem. (Marković 1986, 159) Das traf freilich in das Herz der meisten kommunistischen Auffassungen, die ja der Partei die zentrale Rolle bei Erringung und Erhaltung der Macht der Arbeiterklasse zumessen. Tito betonte in dem bereits erwähnten Interview 1972 allerdings sehr stark die Rolle der Partei und ihrer Fähigkeit zur Beeinflussung, Führung von Prozessen. Das Wie des Erreichens einer derartigen Position macht sicher eine Differenz innerhalb des europäischen Realsozialismus aus – allerdings war das Ergebnis gleichermaßen desaströs.

Die Reformen der siebziger Jahre entsprachen diesem Geist. Das System der Selbstverwaltung wurde nach den Beschlüssen des X. Parteitages 1974 und der Annahme einer neuen Verfassung im gleichen Jahr im Sinne der Schaffung eines „allumfassenden Gesellschaftssystems“, also offensiv gegen Versuche ihrer etatistischen oder marktwirtschaftlichen Untergrabung, der Möglichkeit nach ausgeweitet. „Wir haben uns an den Aufbau einer freien Produzentengemeinschaft, der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft gemacht.“ (Tito 1976a, 269) Diesem Anspruch sollte dadurch Genüge getan werden, dass unterhalb der betrieblichen Ebene, in den unmittelbaren Arbeitskollektiven selbst, Selbstverwaltungen gewählt wurden: die „Grundorganisationen der vereinten Arbeit“ (OOUR). (Verfassung 1974, 344) Diese sollten miteinander über Grenzen der Betriebe und Regionen Verträge schließen, die wiederum die Planmäßigkeit der Entwicklung sicherstellen sollten.⁵⁰ Dass die Arbeiter und ihre Kollektive dabei in einer widersprüchlichen Situation stehen, war durchaus präsent: „Der Arbeiter hat in seiner Grundorganisation assoziierter Arbeit eine zweifache, widerspruchsvolle Rolle und Charakter. Erstens ist er ein freier, vereinigter Produzent, der an der gemeinsamen Arbeit beteiligt ist... Von dieser Stellung aus erweist sich die gesellschaftliche Akkumulation und erweiterte Reproduktion als eine bewusste Aktivität des Arbeiters bei der Verwirklichung seiner individuellen und gesellschaftlichen, laufenden und langfristigen Interessen. Zweitens ist der Arbeiter ein kollektiver Unternehmer, der gesellschaftliche Produktionsmittel verwaltet und der für seine Beschlüsse die wirtschaftliche Verantwortung trägt...“ (Todorović 1974, 24) Die dabei entstehenden Gegensätze, so hieß es wenige Zeilen weiter, müssen bewusst unter gesellschaftlicher Kontrolle gehalten werden. Es bedürfe der ununterbrochenen organisierten Aktion der bewussten, sozialistischen Kräfte. (ebd., 26) Diese recht verschwommene Formulierung wird in den Grundsätzen der Verfassung selbst konkretisiert, indem dort festgehalten wird, dass der Bund der Kommunisten Jugoslawiens „durch die Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung die organisierte, leitende, ideelle und politische Kraft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“ geworden sei. Auf diese Weise wird die Idee der nicht nur führenden, sondern auch herrschenden Rolle der Partei quasi durch die Hintertür wieder eingeführt. (Verfassung 1974, 85)

Offensichtlich gelang es auf diesem Wege, neue Potenziale des Emanzipatorischen wieder freizusetzen – auch wenn auf der anderen Seite im Hintergrund die Wurzeln des Systems untergraben wurden. In einer Analyse zur Krise Jugoslawiens Ende der 1980er Jahre verweist Gabriele Herbert darauf, dass „die sozialistischen Ziele, der Gesellschaft keineswegs aufgegeben [wurden]: Solidarität, Gleichheit, eine klassenlose Gesellschaft, sozial verantwortliches Handeln und nicht zuletzt die Verwirklichung der Selbstverwaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen sind immer noch die Ziele, auf die die gesellschaftliche Entwicklung hinstreben soll...“ Gleichzeitig stellte

⁵⁰ Ausführlich dargestellt und interpretiert in einer als Vertraulich eingestuften Promotionsschrift (Berg 1977) Die Reformen in der späten Sowjetunion, insbes. die Einführung des „Brigadevertragssystems“, entsprachen diesem Muster.

sie fest: „Eine Unübersichtlichkeit der Machtstrukturen entstand durch den ständigen Wechsel der Strukturen, Verfassungen und Entscheidungsgrundlagen, die die Kontrolle der Machtzentren sehr erschwerte oder gar verunmöglichte: dass Dezentralisierung nicht identisch ist mit Demokratisierung, wie viele westliche Forscher annehmen, kann an der jugoslawischen Entwicklung exemplarisch gezeigt werden. Zum heutigen Zeitpunkt besteht der Eindruck, dass niemand so recht entscheiden will, um nicht später zur Verantwortung gezogen zu werden.“ (Herbert 1988, 143f.)⁵¹

In der Realität diente der Kampf gegen den „flexiblen Feind“ Bürokratie als Deckmantel für das Austragen von regionalen, ethnischen, ökonomischen und sozialen Interessenwidersprüchen, die nicht offen als solche benannt wurden. Die Verquickung ökonomischer und politischer Fragen unter der Decke der nationalen Frage kam schon 1971 deutlich zum Ausdruck, als im „Kroatischen Frühling“, angestoßen von der Frage der Verwendung der kroatischen Deviseneinnahmen aus dem Tourismus (die zu einem großen Teil staatlich umverteilt wurden), starke nationalistische Tendenzen sichtbar wurden: Einer der Führer der „kroatischen Universitätsangehörigen“ kritisierte die Proteste 1968 als Bewegung von „Söhnen der Bourgeoisie“, die ein „anationales Programm“ vertreten würden und hob dieser gegenüber die eigene, in der Tat nationalistische Bewegung hervor, die von den „Söhnen der Bauern und Arbeiter“ geführt werde. (vgl. Kanzleiter 2011, 380)

Ein Indiz dieser eigentümlichen Mischung von radikalem Demokratie- und Gleichheitsanspruch und realer Differenzierung und Widersprüchlichkeit mag darin zu sehen sein, dass sich viele der Intellektuellen, die Träger der Selbstverwaltungskonzepte waren, im Umbruch in den neunziger Jahren auf den Seiten von Nationalisten und (Neo)Liberalen wiederfanden (vgl. Samary 2004, 1720), „ein Großteil der ehemaligen Studentenaktivisten“ sich aber auch „Ende der Achtzigerjahre und während der Neunzigerjahre konsequent ... gegen nationalistische Mobilisierungen stellten...“ (Kanzleiter/Stojaković 2008, 37)

Der Versuch des Ansatzes eines auf Selbstverwaltung und Selbstbestimmung – also auf zwei elementar-kommunistischen Grundsätzen – beruhenden Gesellschaftsprojektes bewährte sich (auch) ökonomisch nicht. Letztlich kam die Praxis der „Gleichheit der Produzenten“ nicht über den frühen „Projektekommunismus“ hinaus. Wie der Markt tatsächlich ohne den Staat mit den kommunistischen Ansätzen in den Betrieben auf der einen Seite und den Ansprüchen von Gleichheit in der Gesellschaft INSGESAMT zu verbinden wäre, bleibt offen. Vor allem, und dies ist eine zentrale Frage, lassen auch Konzept und Realität der Arbeiterselbstverwaltung die Frage nach nachhaltigen (!) Motiven und Triebkräften einer Wirtschaft mit kommunistischen Ansprüchen offen.

In den Erklärungsversuchen zum Zusammenbruch Jugoslawiens spielte die Selbstverwaltung als Moment des Kommunistischen keine eindeutige Rolle. Einige Autoren erklärten Selbstverwaltung als nur unter Marktbedingungen für möglich, andere vertraten die Auffassung, dass die Selbstverwaltung die Oligarchisierung der Macht auf gesellschaftlicher Ebene beförderte. (vgl. Stanojević 1990, 91 bzw. 101)

Wie auch in den anderen Ländern des Realsozialismus vollzog sich die Entwicklung in Kreisen – Konkurrenz bring Ungleichheit hervor, die dann staatlich gemildert wird, aber die Initiative zur

⁵¹ Die ökonomische Problematik wird etwa an diesem Beispiel deutlich: 1979 verklagte das slowenische Unternehmen Gorenje den Staat vor dem Verfassungsgericht, weil ein verfügter Preisstopp Betriebsautonomie und damit die Selbstverwaltung in ihren Grundprinzipien verletzen würden. (vgl. Herbert 1988, 147) Aus der Sicht der Selbstverwaltung im engsten Sinne ist das nachvollziehbar – durch einen Preisstopp kann die ökonomische Lebensfähigkeit des Kollektivs in Frage gestellt werden. Offen bleibt, wie in einem solchen Kontext gesellschaftliche Interessen gewahrt bleiben können.

Innovation erlahmen lässt, was wiederum eine Stärkung „marktwirtschaftlicher“ Elemente nach sich zieht, deren Konsequenzen wieder zu heilen sind. Das „Gelernte“ oder die „neuen Gewohnheiten“ (so Tito, Lenin und viele andere) entsprechen nicht unbedingt den erwarteten und sind nicht identisch mit den Interessen – doch die siegen letztlich. Letztlich ist das auch das Problem des „Projektekommunismus“ gewesen. Die Sucht, dieses Problem kurzfristig ein für alle Mal zu lösen, führt in Katastrophen der einen (Stalin und ein zentralisiertes System) oder anderen (wachsende soziale Ungleichheit, Oligarchieentstehung, nationalem Zerfall wie in Jugoslawien) Weise. Die dabei immer wieder gegebenen Versuche, das reale Vergesellschaftungsniveau, das heißt auch das Niveau der Produktivkraftentwicklung, durch „Strukturen“ und durch Wollen „überlisten“ zu wollen, ist die zweite Gemeinsamkeit.⁵² Eine dritte Gemeinsamkeit ist die „Angst vor dem Widerspruch“, die faktische Leugnung oder verbale Verkleisterung von Interessenwidersprüchen, die nicht kurzfristig aufhebbar sind, da sie ihre Wurzel in materiellen Verhältnissen, dem Stand der Produktivkräfte und alten oder unerwartet neu entstandenen Gewohnheiten haben. Immer wieder wird das Kommunistische auf eine bloße Wollensfrage reduziert und die Grenzen des „Wollen-Könnens“ unterschätzt bzw. ignoriert. Die Frage, wie Bedingungen gestaltet werden, unter denen Kommunismus „gewollt werden kann“ tritt hinter die Frage, warum denn so viele ihn (scheinbar) nicht wollen (oder nicht leben) zurück; die Kommunisten verbeißen sich in die Überzeugungsarbeit, die dem Kommunistischen dann zwangsläufig angesichts der gegebenen Bedingungen einen quasireligiösen Charakter geben muss. Die tatsächlichen „kommunistischen Triebe“ können in diesem Kontext nur nonkonformistisch sein und geraten so ins gesellschaftliche Abseits – von den Einen verlacht, von den anderen als zu radikal (und die Machtstrukturen in Frage stellend) misstrauisch beobachtet.

Es bleibt also weiter offen, wie gesellschaftliche Arbeitsteilung und Selbstverwaltung des Betriebes unter der Wirkung von Marktbeziehungen ohne ein repräsentativ gestaltetes politisches System mit Staat vermittelt werden können. Die optimistische Sicht Horvats, der die Vermittlung primär im Markt sah, ist durch die Realität unter den gegebenen historischen Bedingungen komplett widerlegt worden. Die Praxis zeigte, dass bisher die Verstärkung von traditionellen kapitalistischen Marktelementen und die klassische Marktkonkurrenz immer die Stellung des Managements im Unternehmen stärkten. (Zakošek 1984, 46) Offensichtlich besteht die Aufgabe weiter darin, Wege zu finden, die eine Verbindung von Planung und Marktbeziehungen (letztere als Ausdruck des erreichten Vergesellschaftungsstandes) bei Realisierung kommunistischer Prinzipien sichert. Diese Vermittlung ist in hohem Maße eine politische Vermittlung – wie diese aussehen muss, lassen die Versuche der jugoslawischen wie auch die in den anderen realsozialistischen Ländern verfolgten Wege unbeantwortet. Dieses hohe Gewicht des Politischen bringt aber ein ebenso hohes Gewicht des Kulturellen mit sich – Kanzleiter hebt als ein wichtiges Moment der Auseinandersetzungen das „Streben nach mehr Ehrlichkeit und Wahrheit“ hervor (Kanzleiter 2011, 368); die Widersprüche zwischen der behaupteten Arbeiterselbstverwaltung und der realen, verbunden mit der propagandistischen Idealisierung „des Arbeiters“, den es in dieser gesellschaftlichen Stellung nicht gab und einer Bürokratiekritik, die die realen Herrschaftsverhältnisse verdeckte entwickelten in allen realsozialistischen Ländern in ähnlicher Weise gesellschaftliche Sprengkraft und führten zum Austrocknen von Potenzialen, die eine Aufhebung dieser Widersprüche auf emanzipatorische Weise vielleicht hätten möglich machen können.

⁵² Marx betont hinsichtlich progressiver Entwicklungen in der Produktion, dass sich grundlegende Veränderungen der Produktivität nur durch Veränderungen im Arbeitsprozess selbst vollziehen müssen – durch Änderungen von Arbeitsmethoden bzw. Arbeitsmitteln. (vgl. Marx 1971, 333)

Neue kommunistische Praxen? Zapatisten und PKK

Im Kurdistan Report wurde im Herbst 2015 ein Artikel abgedruckt, in dem die von Tiqqun und anderen elitär-intellektuellen Gruppen entwickelten Positionen in direkte Beziehung zu den Entwicklungen in den kurdischen Gebieten und dem „Islamischen Staat“ auf der anderen Seite, gesetzt werden (Initiative zur Verständigung/Philologischer Flügel der Imaginären Partei 2015). Es wird ein direkter Bezug zwischen Selbstverwaltung von besetzten Flughafengeländen und anderen Widerstandsaktionen im „Westen“ zu den Projekten in den kurdischen Gebieten hergestellt. Es sei dahingestellt, inwieweit diese Gleichsetzung tragfähig ist, in jedem Fall aber verweist der Beitrag auf die anhaltende Attraktivität der Gedanken der Selbstverwaltung, Selbstbestimmung und des damit verbundenen, unter anderem auf Proudhon zurückgehenden, föderativen Prinzips. (vgl. Proudhon 1989, 69 ff.) und der Tradition der kommunistischen Gemeinden früherer Jahrhunderte.

Rückkehr zu neu-alten Wurzeln

Marx bemerkte, dass kommunistischen Revolutionen sich beständig selbst kritisieren, sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf unterbrechen, auf das scheinbar vollbrachte zurückkommen, um wieder von neuem anzufangen sowie Schwächen, Erbärmlichkeiten, Halbheiten ihrer ersten Versuche grausam und gründlich zu verhöhnen (vgl. Marx 1982, 118). Dies trifft in noch viel stärkerem Maße auf kommunistischen Vorstellungen und Praxen selbst zu. Die Vorstellung von Marx, Lenin, Luxemburg, Bakunin oder Kropotkin, dass die Völker gemeinsam, solidarisch und in gegenseitiger Achtung den Weg zum Kommunismus beschreiten würden, hat sich nur in begrenztem Maße realisiert. Das Kommunistische kann sich noch nicht wieder auf eine Massenbewegung beziehen. In gewisser Weise ist es damit auf den Stand des frühen 19. Jahrhunderts zurückgeworfen – allerdings auf einer ganz anderen Grundlage. Wenn z.B. in Kurdistan oder in Chiapas regionale Projekte verfolgt werden, die kommunistischen Vorstellungen folgen, so findet dies nicht in der Phase der Entstehung von kapitalistischer Produktionsweise und der Formierung eines entsprechenden bürgerlichen politischen Systems statt, sondern im Zeitalter der Globalisierung dieser Ordnung, dem Wandel der sozialen Strukturen und der Akteure, die Interesse an einer emanzipatorisch geprägten Veränderung der Gesellschaft haben könnten und der negativen Erfahrungen der kommunistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts. Angesichts des Zerfalls kommunistischer Massenbewegungen ist das Kommunistische heute vorerst wieder nur in der Form des Experimentes, des Beispiels oder des Auslösers weitergehender Bewegungen in Form der kommunistischen Gemeinde möglich.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der von europäischen Erfahrungen geprägten kommunistischen Strömung und dabei wiederum die zwischen Anarchisten und Kommunisten verlieren vor diesem neuen historischen Hintergrund ihre vorwiegend politische Gegensätzlichkeit, werden ihre gemeinsamen Wurzeln sichtbar. Die Praxis in den kurdischen Gebieten oder in Chiapas zeigt jedenfalls, dass in diesem Kontext auch adäquate praktische Lösungen möglich sind. Ähnlich wie in den Diskussionen über alternative Entwicklungswege in Afrika oder Lateinamerika im 20. Jahrhundert spielen Rückbezüge auf kommunistische Tendenzen in der eigenen Geschichte eine große Rolle.⁵³ Eng damit verbunden ist die „nationale Frage“, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts heftige Debatten

⁵³ „Vor der Einführung von Gentechnik und Landraub hatten wir unsere eigenen Technologien zur Ernährungssicherung. Wir hatten unsere eigenen Ressourcen. Statt uns das wegzunehmen, was wir haben, und nicht nachhaltige Methoden der Landwirtschaft einzuführen, sollten wir indigene Strategien fördern. Alternative Wege der Existenzsicherung sollten sich auf unsere natürlichen Ressourcen stützen und lokale Mechanismen nutzen. Auf diese Weise würden wir die Qualität und Quantität unserer Lebensmittelproduktion vervielfältigen.“ (Nyirahabineza 2013, 35)

in der kommunistischen Bewegung auslöste. Die Positionierung der revolutionären Arbeiterbewegung zu der Zukunft Polens, Russlands und Österreich-Ungarns und ihres Verhältnisses zu den naturgemäß unscharfen Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung hatte große Bedeutung für die Beantwortung der Frage, wie und mit welchen BündnispartnerInnen sie ihr politisches Gewicht erhöhen könnte. Mit dem Sieg der Bolschewiki in Russland erlangte dies auch unmittelbare staatsstrukturierende Bedeutung.⁵⁴

Bestimmt werden die heutigen Diskussionen an erster Stelle durch die Notwendigkeit der Selbsthilfe, und Selbstverteidigung, die untrennbar mit Selbstorganisation verbunden sind, sowie durch die Reflexion des eigenen Herkommens, des Verhaltens von Individuen, Familien und sozialen Gruppen, der Traditionen und ihrer Wurzeln (vgl. z.B. Öcalan 2003, 34 ff.). Der Zugang zum Kommunistischen speist sich so teils aus ähnlichen, teils aus ganz anderen Wurzeln, als dies in der europäischen Bewegung des 19. Jahrhunderts der Fall war. Die bürgerliche Gesellschaft, die kapitalistische maschinelle Großproduktion und die entsprechenden sozialen Strukturen einschließlich der neuen Klassenverhältnisse erscheinen als Einbruch, Okkupation von außen, an der die linken Bewegungen der „Metropolen“ beteiligt waren und sind – und sei es durch Unfähigkeit zu Widerstand und zur Durchsetzung von Alternativen.

Der demokratische Konföderalismus – Rätssystem im 21. Jahrhundert

Für die Situation in Kurdistan im Besonderen und im Nahen/Mittleren Osten im Allgemeinen analysiert Abdulla Öcalan diese von Europa und den USA unterschiedenen Bedingungen, wobei er bis in die Jungsteinzeit zurückgeht. Er kommt aber durchaus zu ähnlichen Ergebnissen, wie sie seit dem 19. Jahrhundert von anderen AutorInnen erarbeitet wurden, die in kommunistischer bzw. anarchistischer Tradition standen. Ähnlich wie Sultan-Galiev Anfang der 1920er Jahre wichtet Öcalan dabei die Klassenfrage und die nach dem Wirtschaftssystem nicht sehr hoch (vgl. Öcalan 2010, 242 und 298). Bezugspunkt ist vielmehr eine „natürliche Gesellschaft“, die immer im Widerstreit mit der hierarchischen Gesellschaft bestanden hätte. Es geht ihm um ein „moralisches System, in dem eine nachhaltige dialektische Beziehung mit der Natur besteht und das in seinem Inneren nicht auf Herrschaft beruht, sondern in dem das Gemeinwohl durch direkte Demokratie bestimmt wird“ (ebd., 91). Dabei sind ausdrücklich die Geschlechterverhältnisse und das Verhältnis der Menschen zur Natur organisch einbezogen. Das „kommunale System“ sei die „Existenzweise der Gesellschaft überhaupt“ (ebd., 91). Daher betont er auch die Rolle des kommunalen Bewusstseins, also des Bewusstseins, Teil eines gesellschaftlichen Organismus zu sein, gegenüber dem Individuellen und dem Hierarchischen. Er fordert, in der Übergangszeit – in den Worten Öcalans „ergebnisoffenes Chaosintervall“ (ebd., 138) – den Staat neu zu definieren.⁵⁵ In dem von ihm skizzierten System zukünftiger Gesellschaft finden sich viele Ideen aus der Tradition der Rätebewegungen (ebd., 183). Der Prozess der Auflösung der traditionellen Staatlichkeit (ähnlich dem Staat der Übergangsperiode in der Marx/Engelsschen und Leninschen Konzeptbildung) wird von Öcalan als „demokratische Konföderalismus“ bezeichnet. Die Entwicklung dieser Idee und ihre zentrale Stellung sind zwangsläufig eng mit der nationalen Frage in den von KurdInnen bewohnten Gebieten in der Türkei, in Syrien und im Irak verbunden. Die Unterdrückungs- und Assimilationstendenzen bis hin zu militärischen Angriffen auf KurdInnen sind eine der Folgen der von den europäischen Großmächten geschaffenen Staatlichkeiten in der Region.

⁵⁴ Die Kontroverse wird nachgezeichnet u.a. bei Baier (2011). Entscheidende Protagonisten dieser scharfen Debatte waren Rosa Luxemburg, Otto Bauer und W.I. Lenin. Lange Zeit waren die Positionen Luxemburgs, auf die sich Lenin bezog, nicht ohne weiteres verfügbar. Sie wurden 2012 neu veröffentlicht. (vgl. Luxemburg 2012 Abschnitte 3-5)

⁵⁵ Vgl. dazu ausführlicher bei Flach et al. (2015, 98 ff.).

Öcalans Schlussfolgerung ist zwangsläufig, dass dem Mittleren Osten Demokratie nicht durch das kapitalistische System und seine imperialen Mächte aufgezwungen werden kann. Die einzige Methode, die angesichts verschiedener ethnischer Gruppen, Religionen und Klassenunterschiede Erfolg verspricht, sei die Verbreitung von Basisdemokratie, die nur im demokratischen Konföderalismus (als „nichtstaatlichem Paradigma“), nicht im Staat einen Raum finden kann (vgl. Öcalan 2012, 34f.).

Tatsächlich findet sich in der Praxis der kurdischen Autonomiegebiete davon Vieles – die starke Stellung der Frauen, der hohe Stellenwert der Selbstverwaltung, die öffentliche Form der Sicherheitspolitik (Milizcharakter) und die Förderung sozialer Infrastruktur etwa. Wahrscheinlich ist vor allem die starke Rolle der Frauen⁵⁶ in den Prozessen der Selbstorganisation der kurdischen Gesellschaft ein herausragendes und in dieser Intensität bisher einmaliges Charakteristikum bei der Gestaltung eines Übergangsprozesses, in dem kommunistische Elemente verwirklicht werden sollen. Und dies unter den Bedingungen eines realen militärischen Mehrfrontenkrieges globalen Charakters, kultureller Unterdrückung und Widersprüchen zwischen den verschiedenen kurdischen Bewegungen! Öcalan ringt in seinen Schriften sichtbar mit der Rolle der Gewalt in der Geschichte – die Konsequenzen dessen, dass kommunistische Ansätze (auch) hier in gewalttätigen Zeiten und als Widerstandsaktionen realisiert werden, werden sich erst erweisen. „Wie sich das Modell der Demokratischen Autonomie in der Region weiterentwickeln wird, ob sich die Rätebewegung auf allen Ebenen halten und weiter etablieren kann, das wird die Zukunft zeigen. Wie bei der eingangs erwähnten Pariser Commune scheinen die Hegemonialmächte alles daran zu setzen, dieses Projekt zu destabilisieren und legen dabei ihre eigenen Differenzen zur Seite. Die Frage, ob sich das Projekt Rojava halten kann, ist eine Frage der internationalen Solidarität und des Begreifens, dass das Projekt des Demokratischen Konföderalismus ein Menschheitsprojekt darstellt“ (Flach et al. 2015, 110).

Das Neue ertasten und fragend voranschreiten

In einer ähnlichen Situation befanden und befinden sich die ZapatistInnen⁵⁷, wobei hier neben der nationalen Unterdrückung auch der Abzug von natürlichen Ressourcen und Umweltverheerungen, die in krassem Missverhältnis zu den in die Region zurückfließenden Mitteln steht, aktivierend wirken. In starke mythische Bilder eingekleidet erschienen die ZapatistInnen und ihr Kampf, ihre Verbindung zu kommunistischen Ansprüchen, nicht nur als soziale sondern vordergründig als kulturelle Herausforderung der gegenwärtigen Gesellschaften. In diesen Auffassungen figurieren Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit (einschl. Geschlechtergerechtigkeit) als gleichberechtigte, organisch miteinander verwobene Ziele. Keines sei dem Anderen über- oder untergeordnet. Es geht um die Achtung der indianischen Gemeinschaften und ihrer Regierungsformen, ihrer Art der Rechtsprechung, ihrer Kultur sowie um den Kampf gegen die Diskriminierungen und die schlechten materiellen Lebensbedingungen (De Huerta 2001, 18). Diese Achtung schließt aber ihre Veränderung ein. Dies betrifft vor allem auch hier die Geschlechterverhältnisse. Bei de Huerta heißt es, dass der erste zapatistische Aufstand nicht am 1. Januar 1994, sondern im März 1993 stattfand, als eine Frau (Compañera Susana) vor dem Revolutionskomitee die Forderung der Frauen nach völliger Gleichberechtigung verlas und damit von den männlichen Mitstreitern die Loslösung von den Traditionen und Gewohnheiten forderte, mit denen sie in ihren Dorfgemeinschaften aufgewachsen waren (ebd., 27). Ähnlich wirkte das Auftreten einer Frau als Vertretung der Zapatistas zum

⁵⁶ Zur Darstellung der von Frauen organisierten Strukturen, ihren Zielen und ihrer Entwicklung vgl. Flach et al. (ebd., 111) und Kaya (2015).

⁵⁷ Siehe auch der Beitrag von F. Habermann in diesem Band.

Abschluss des Marsches nach Mexiko-Stadt 2001 im mexikanischen Parlament – es war erwartet worden, dass Marcos selbst die Rede halten würde (Munoz Ramirez 2004, 178). Mit solchen Aktionen soll und wird die in der herrschenden Geschichtsauffassung einseitige Vermittlung der Indigenen als rückständige, zu missionierende Masse in Frage gestellt – gegenüber der Welt aber auch gegenüber den Indigenen selbst. Gewohnheiten, gerade in den Geschlechterverhältnissen, werden in Frage gestellt und ein anderer Blick auf die eigene Geschichte provoziert. Die Erzählungen von Marcos und die in ihnen wiedergegebenen Argumentationsweisen der Zapatistas zeigen, wie diese Befragung der Gewohnheiten aus Alltagssituationen heraus es möglich macht, dass kommunistische Elemente eigener Praxen freigelegt und damit in eine Auseinandersetzung mit anderen, antiemanzipatorischen Gewohnheiten treten. Dieser Prozess des Lernens oder Wiederaneignens unterdrückter Verhaltensweisen ist hier auf lange Sicht angelegt, ganz in Übereinstimmung mit den gegebenen Bedingungen.

Im Jahr 2015, anlässlich der Eröffnung einer Gesundheitsstation heißt es in einer entsprechenden Erklärung: „Und dann fehlt noch immer, so wie wir hier das wünschen, die Errichtung von etwas Neuem und viel Besserem: ein anderes System errichten, eines ohne Gebieter, ohne Herren, ohne Befehlende, ohne Ungerechtigkeit, ohne Ausbeutung, ohne Geringschätzung, ohne Unterdrückung, ohne Beraubung. Eines ohne Gewalt gegen Frauen, gegen Kinder, gegen das Andere. Eines wo die Arbeit gerecht bezahlt wird. Eines wo nicht die Dummheit regiert. Eines, wo Hunger und gewaltsamer Tod nichts als böse Erinnerungen sind. Eines wo niemand oben ist um den Preis, dass andere unten sind. Ein vernünftiges. Ein viel besseres“ (Moisés, Subcomandante Insurgente/Galeano, Subcomandante Insurgente 2015).

Die Gute Regierung als Programm des Übergangs

Damit wird das Problem des Übergangs thematisiert – es gehe um eine Revolution, die eine Revolution möglich macht: „Es geht darum, das Vorzimmer der ganzen Welt aufzubauen, einen Raum, in dem die verschiedenen politischen Kräfte mit gleichen Rechten und Pflichten um die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschaft „kämpfen“... Wir schlagen keine orthodoxe Revolution vor, sondern etwas viel Schwierigeres: eine Revolution, die eine Revolution ermöglicht...“ (Marcos 2005, 239). Das Bewusstmachen der eigenen Geschichte ist durchgängiges Motiv und Ansatz für die Entwicklung autonomer Selbstverwaltungen auf Rätebasis – der „Guten Regierung“⁵⁸. Marcos beschreibt sie als eine Struktur der Selbstorganisation, die in respektvoller Kooperation mit dem offiziellen Staatsapparat und anderen Organisationen (so diese dazu bereit sind) konkrete Probleme entsprechend den traditionellen und neuentstehenden Werten und Erfahrungen der indigenen Mehrheit löst (ebd., 298 ff.).

Die Gute Regierung setzt an die kollektivistischen Momente der indianischen Traditionen an: „Die Indianer hier im Urwald sind wie die in den Städten: sie kennen keine Grenzen... Der einzige Vorteil ist, dass sie dem Kollektiv die gesellschaftliche Kontrolle überlassen und es respektieren... Das heißt, dass es das Kollektiv der Gemeinschaft ist, das dich in die Pflicht nimmt und Druck auf die ausübt oder dich betrifft, wenn du deine Pflicht nicht erfüllst“ (De Huerta 2001, 34). Das strikt egalitäre Gesellschaftsverständnis wird etwa so beschrieben: „Unsere Arbeit als Rat der Guten Regierung besteht darin, dafür zu sorgen, dass in den zapatistischen Gebieten alle Meinungen und Lebensweisen respektiert werden, ohne Ansehen, ob jemand Zapatist ist oder nicht, und auch wenn

⁵⁸ Zum Konzept vgl. Marcos (2003).

er Antizapatist ist. Denn wir wollen niemanden zwingen, Zapatist zu werden, sondern jeder soll so sein, wie er sein möchte, wobei er in seiner Meinung und Lebensweise geachtet werden und die anderen achten soll“ (Marcos 2005, 312). Damit ist in der zapatistischen Debatte ein Widerspruch jeglicher kommunistischer Projekte neu gesetzt: auf der einen Seite die Einheit von Rechten und Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, auf der anderen Seite die Selbstbestimmung und Autonomie. Die Vermittlung dieses Widerspruchs kann nur im Lernen liegen. Als einen der wichtigsten Fortschritte bezeichnete Marcos 2004 neben der Verbesserung der Lebensbedingungen, „dass wir lernen, eine gute Regierung aufzubauen“. Er hebt dabei die Durchsetzung des Rotationsprinzips hervor. „Jeder Bezirksvertreter bringt alles, was er im Rat gelernt hat, wieder in seinen Bezirk zurück, einige von uns haben gelernt, wie man schriftliche Abkommen aufsetzt, Projekte erarbeitet, Computer, Internet, Fotokopierer, Telefons und andere Geräte benutzt“ (ebd., 320). Das steht letztlich auch hinter dem Begriff des „Regierens durch Gehorchen“, einem Grundsatz, der in seiner Kompliziertheit und Andersartigkeit mit traditionellen Ansprüchen auch linker Politik kollidiert und mehr oder weniger gezielt missverstanden wird.⁵⁹ In seinem „Abschied“ 2014 beschreibt Marcos die entscheidenden Veränderungen im Laufe der Entwicklung dieser Bewegung: „Der Klasse: von der gebildeten Mittelklasse zum indigenen Bauern. Der Rasse: von der Mestizen-Führungsschicht, zur rein indigenen Leitung. Und das wichtigste: die Ablöse der Ideen: von der revolutionären Avantgarde zum gehorchend befehlen; von der Machtübernahme von Oben zur Schaffung der Macht von Unten; von der Politik als Beruf zur Politik des Alltags; von den Führern zum Volk; von der Marginalisierung der Frauen zur direkten Teilnahme der Frauen; vom Spott über das Anders-Sein zum Feiern der Diversität.“ Weiter heißt es: „Ich persönlich verstehe ja nicht, warum Menschen, die ja denken können und behaupten, dass die Geschichte vom Volk geschrieben wird, so sehr davor erschrecken, dass es eine Regierung des Volkes gibt, wo die ‚Spezialisten‘ im Regieren nicht aufscheinen. Warum verursacht es Entsetzen, dass das Volk befiehlt, dass es seine eigenen Schritte lenkt? Warum schütteln sie voller Missfallen den Kopf vor dem gehorchend befehlen? Der Kult des Individualismus drückt sich am deutlichsten im Kult der Avantgarde aus. Und genau das war es, dass die Indigenen befehlen und dass jetzt ein Indigener der Sprecher und der Chef ist, was sie vor Schrecken erstarren lässt, was sie entfernt und schlussendlich gehen sie, um weiterhin jemand zu suchen, der eine Avantgarde, einen Caudillo, einen Leader braucht. Denn auch in der Linken gibt es Rassismus, vor allem in der Linken die sich selbst als revolutionär bezeichnet.“ (Marcos 2014)

Vision und Versuch eines „Anderen Lebens“

Konnten sich die westlichen Kommunismusprojekte in ihrer Entstehungsphase als legitime Erben der Aufklärung und der Französischen bürgerlichen Revolution betrachten und konnten sie sich im Zuge der industriellen Revolution als Massenbewegung in der Gesellschaft verankern, müssen heutige kommunistische Projekte ihren Weg und ihre Identität in einer durch die neoliberale Wende bestimmten Gesellschaft, Kultur und Wissenschaftslandschaft bestimmen. Dies erklärt einen wesentlichen Unterschied zwischen dem „deutschen kritischen Kommunismus“ des 19. Jahrhundert und den hier skizzierten Ansätzen: Der Kapitalismus und die bürgerliche Ordnung werden ausschließlich in ihrer Destruktivität gesehen, nicht in ihrer Widersprüchlichkeit; die zweite Seite des Widerspruchs, die Erweiterung der Handlungsspielräume auch für die Unterdrückten, ist hier kaum erlebbar. Das ist dann auch mit einer deutlichen Unterschätzung des Ökonomischen verbunden.

⁵⁹ So stellt Marta Harnecker kategorisch fest: „Das Herrschen durch Gehorchen, wovon Evo Morales oft spricht und das von den Zapatistas kommt, wird selten erreicht. In Wirklichkeit werden Anweisungen gegeben, damit gehorcht wird. Herrschen basiert nicht darauf, dem Volk zu gehorchen“ (Harnecker 2013 Punkt 245).

Trotzdem, oder gerade darum greifen diese Projekte die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft wieder auf und heben eine Einbettung des Individuums in die Gesellschaft und der Gesellschaft in die Natur hervor. Rechte und Pflichten gegenüber der Gesellschaft müssen in einer solchen Gesellschaft offen gegeneinander abgewogen werden können. Es wird eine von Marx bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgeworfene Frage diskutiert: „Der reiche Mensch ist der einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung bedürftige Mensch. Der Mensch, in dem seine eigene Verwirklichung als innere Notwendigkeit, als Not existiert. Nicht nur der Reichtum, auch die Armut des Menschen erhält gleichmäßig – unter Voraussetzung des Sozialismus – eine menschliche und daher gesellschaftliche Bedeutung. Sie ist das passive Band, welches den Menschen den größten Reichtum, den anderen Menschen, als Bedürfnis empfinden lässt“ (Marx 1968, 544). Unter welchen Bedingungen aber erschließt sich dieser Reichtum? In gewisser Weise ist das Gute Leben (Buen Vivir) das „lebensweltliche“ Gegenstück der Guten Regierung. „Das Buen Vivir fügt sich nicht zu einem monokulturellen Programm zusammen, sondern ist ein vielfältiges Konzept... Es entstand zwar vor allem in indigenen Gemeinschaften, leugnet aber nicht die technologischen Vorteile der modernen Welt oder mögliche Beiträge anderer Kulturen und Wissensformen, die die herrschende Moderne in Frage stellen“ (Acosta 2012, 45). Auch hier finden sich Anklänge an Fragestellungen des 19. Jahrhunderts: Verständnis der Natur und „Beherrschung derselben“ sind nur dann möglich, wenn der Mensch sich tatsächlich als „Gesellschaftskörper“, als gesellschaftliches Individuum, verhalten kann (Marx 1974, 593). Gleichzeitig geht das Buen Vivir wie auch der ZapatistInnen über diesen Stand hinaus, indem der Inhalt von Naturbeherrschung als „gesellschaftliches Individuum“ als Leben mit und in der Natur konkretisiert wird. Aus dieser Position heraus verweisen Konzeptionen und Praxen auf Fragestellungen, die z.T. schon Anfang des 20. Jahrhunderts (und davor) relevant waren und für die sich die bisher gefundenen Antworten als nicht tragfähig erwiesen haben. Sie thematisieren bezüglich des Mensch-Natur-Verhältnisses einen inneren Widerspruch der bisherigen kommunistischen Ansätze, die sich ja aus ihrem Entwicklungszusammenhang heraus auf die Errungenschaften der ressourcenzerstörenden maschinellen Großproduktion stützen mussten.

Dazu gehören weiter die Frage nach Inhalt und Form des (weiter oben diskutierten) Selbstbestimmungsrechts der Völker, das untrennbar mit Erbe/Tradition und kultureller Diversität verknüpft wird. Dazu gehören die Fragen nach der Geschlechtergerechtigkeit und nach der Wirklichkeit internationaler Solidarität. Diskussionen und Realitäten der Kämpfe der PKK oder der Zapatistas heben das Kommunistische wieder aus dem Status akademischer Erwägungen in eine Frage des Lebens und der Lebensweise.

Literatur

- Ackermann, Anton* (2005a). Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: *Schumann, Frank* (Hrsg.): Anton Ackermann: Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, Berlin: Das Neue Berlin, 186–196
- Ackermann, Anton* (2005b). Unser Weg zum Sozialismus, in: *Schumann, Frank* (Hrsg.): Anton Ackermann: Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, Berlin: Das Neue Berlin, 197–205
- Acosta, Alberto* (2012). Buen Vivir, in: *Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan* (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg: VSA: Verlag, 44–45
- Aktionsprogramm* (2008). Politisches Aktionsprogramm, in: *Kanzleiter, Boris/Stojaković, Krunoslav* (Hrsg.): 1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975, Bonn: Dietz, 234–237
- Autorenkollektiv* (1885a). Kommunismus, in: Meyers Konversationslexikon. Bd. 9, Leipzig und Wien: Verlag des Bibliographischen Instituts, 986ff.
- Autorenkollektiv* (1885b). Sozialdemokratie, in: Meyers Konversationslexikon, Bd. 15, Leipzig und Wien: Verlag des Bibliographischen Instituts, 53–55
- Autorenkollektiv* (1885c). Sozialismus, in: Meyers Konversationslexikon, Bd. 15, Leipzig und Wien: Verlag des Bibliographischen Instituts, 55–59
- Azzelini, Dario* (2014). The Communal System as Venezuela's Transition to Socialism, in: *Brincat, Shannon* (Hrsg.): Communism in the 21st Century, Bd. 2: Whither Communism? The Challenges of the Past and the Present, Santa Barbara/Denver/Oxford: Praeger, 217–249
- Baier, Walter* (2011). Von Nationen und „Natiönchen“, historischen und „geschichtslosen“ Völkern - Rosa Luxemburg, W.I. Lenin und Otto Bauer, in: *Brie, Michael/Haug, Frigga* (Hrsg.): Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 145–169
- Balabanoff, Angelica* (2013). LENIN oder: Der Zweck heiligt die Mittel, Berlin: Karl Dietz
- Balašov, A. M.* (2012). Vozroždenie i razvitie predprinimatel'stva v Rossii v period NÉPa, Staryj Oskol: TNT
- Barthel, Max* (1950). Kein Bedarf an Weltgeschichte. Geschichte eines Lebens, Wiesbaden: Limes
- Bebel, August* (1978a). Brief aus der Festungshaft in Hubertusburg an Friedrich Engels in London, in: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin: Dietz Verlag, 586f.
- Bebel, August* (1978b). Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien (1888), Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.
- Bebel, August* (1959). Die Frau und der Sozialismus, Berlin: Dietz Verlag
- Bebel, August* (1978c). Programm und Organisation der Partei. Referat auf dem Gründungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach. 8. August 1869, in: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin: Dietz Berlin
- Bellamy, Edward* (1980). Ein Rückblick aus dem Jahr 2000, Leipzig: Philipp Reclam jun.
- Berg, Günter* (1977). Grundfragen der Rolle des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens beim sozialistischen Aufbau in der SFRJ. Probleme der politisch-ideologischen und organisatorischen Entwicklung des BdkJ (1974-1976). Berlin: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.
- Bergmann, Jürgen* (1986). Wirtschaftskrise und Revolution: Handwerker und Arbeiter 1848/49, Stuttgart: Klett-Cotta
- Bezborodov, A. B.* (2004). Istorija Rossii v novejščee vremja, Moskva: RGGU
- Bitow, Andrej et al.* (2009). „Lichte Finsternis“. Lew Tolstoi - Utopien und Wirklichkeit der Welt, Berlin: Theater der Zeit
- Bock, Helmut* (2006). Heinrich Heine: „Verlor'ner Posten in dem Freiheitskriege“, Berlin: Dietz

- Brangsch, Lutz* (2015). Mangelwirtschaft II *Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter/Küttler, Wolfgang* (Hrsg.); in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 8/II Links/Rechts bis Maschinenstürmer, 1646–1657*
- Brincat, Shannon* (2014a). The father of communism : rediscovering Marx's ideas, Santa Barbara, California [u.a.]: Praeger, an imprint of ABC-CLIO, LLC
- Brincat, Shannon* (2014b). The future of communism : social movements, economic crises, and the re-imagination of communism, Santa Barbara, California [u.a.]: Praeger, an imprint of ABC-CLIO, LLC
- Brincat, Shannon* (2014c). Wither communism? : the challenges of the past and the present, Santa Barbara, California [u.a.]: Praeger, an imprint of ABC-CLIO, LLC
- Bucharin, Nikolai* (1990). Ökonomik der Transformationsperiode. Mit Randbemerkungen von Lenin, Berlin: Karl Dietz
- Bulavka, Ljudmila* (2006). Kommunizm vozvraščaetsja. Majakovskij, in: *Alternativy 2/2006*, abrufbar unter: <http://www.alternativy.ru/ru/node/186> (letzter Zugriff: 22.4.2015)
- Čajanov, Aleksandr Vasilevič* (1989). Organizacija krest'janskogo chozjajstva, in: *Krest'janskoe chozjajstvo. Izbrannye trudy*, Moskva: Ėkonomika, 193–442
- Černyševskij, Nikolaj Gavrilovič* (1948). Russkaja beseda i slavijanofil'ctvo, in: *Izbrannye ekonomičeskie proizvedenija ; T. 1*, Moskva: Gos. Izd. Pol. Literatury, 91–129
- Chrjaschtschjew, A.* (1921). Zur Charakteristik der russischen Bauernwirtschaften in der Kriegs- und Revolutionszeit, Leipzig: Frankes Verlag
- Djilas, Milovan* (1969). Die unvollkommene Gesellschaft, Wien/Zürich/München: Verlag Fritz Molden
- Dowe, D./Klotzbach, H.* (1973). Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn/Berlin-West
- Engels, Friedrich* (1894). Vorwort [zur Broschüre „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘ (1871-75)“], in: MEW, Bd. 22, Berlin: Dietz, 416–418
- Eumann, Ulrich* (2007). Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main: Lang
- Fesser, Gerd* (1976). Linksliberalismus und Arbeiterbewegung, Berlin: Akademie-Verlag
- Figurovskaja, N. K./Glagolv, A. I.* (1989). Kratkij biografičeskij očerk, in: A.V. Čajanov: *Krestjanskoe Chozjajstvo. Izbrannye trudy*, Moskva: Ekonomika
- Flach, Anja/Ayboga, Ercan/Knapp, Michael* (2015). Revolution in Rojava: Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo, Hamburg: VSA
- France, A.* (1991). Die Insel der Pinguine, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag
- Goland, Jurij M.* (2006). Diskussii ob èkonomičeskoj politike v gody denežnoj reformy 1921-1924, Moskva: Ekonomika
- Golub, P. A./Gaponenko, L. S./Kulikov, V. I./Minc, I. I./et al.* (1987). Korennoj perevorot v istorii čelovečestva. Velikaja Oktjabr'skaja socialističeskaja revoljucija, Moskau: Izd. političeskoj literatury
- Gotthardt, Christian* (1991). Die Entstehung der Arbeiterbewegung in Harburg (1857 - 1869), Hamburg: Hamburger Museum für Archäologie
- Gotthardt, Christian* (2007). Die radikale Linke als Massenbewegung: Kommunisten in Harburg-Wilhelmsburg 1918 bis 1933, Hamburg: VSA
- Gross, Babette* (1991). Willi Münzenberg. Eine politische Biografie, Leipzig: Forum Verlag
- Habermann, Friederike* (2009). Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag
- Harnecker, Marta* (2013). Instruments for doing politics, in: *Links International Journal of Socialist Renewal / September 5, 2013*, abrufbar unter: <http://links.org.au/node/3510> (letzter Zugriff: 26.1.2016)
- Bey-Heard, Frauke* (1969). Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: W.Kohlhammer Verlag

- Hecker, Rolf (1995). Bauern *Haug*, Wolfgang Fritz/*Haug*, Frigga/*Jehle*, Peter/*Küttler*, Wolfgang (Hrsg.); in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 2*, 67–76
- Heine, Heinrich (1962). Lutetia. Berichte über Politik, Kunst und Volksleben, in: Heinrich Heine: Werke und Briefe Bd. 6, Berlin: Aufbau-Verlag, 231–584
- Herbert, Gabriele (1982). Das Einfache, das schwer zu machen ist. Selbstverwaltung in Jugoslawien. Ein Beispiel für die Probleme von Übergangsgesellschaften, Frankfurt/Main: Verl. Neue Kritik
- Herbert, Gabriele (1988). Das selbstverwaltete Jugoslawien in der Wirtschaftskrise, in: *mehrwert. Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie*, 141–153
- Herrmann, Ursula/Henze, Wilfried/Hofmann, Gudrun (1977). Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei. Briefe führender Arbeiterfunktionäre Dezember 1884 bis Juli 1885, Berlin: Dietz Verlag
- Herzen, Alexander (1949). Das russische Volk und der Sozialismus, in: A.I. Herzen: Ausgewählte philosophische Schriften, Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur, 491–523
- Hinds, William Alfred (1878). American communities : brief sketches of Economy, Zoar, Bethel, Aurora, Amana, Icaria, the Shakers, Oneida, Wallingford, and the Brotherhood of the New Life, Oneida: American Socialist
- Hoffrogge, Ralf (2008a). Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin: Karl Dietz
- Hoffrogge, Ralf (2008b). Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin: Karl Dietz
- Höhle, Thomas (1960). Vorwort zu den Bänden 1 und 2, in: *Höhle*, Thomas (Hrsg.): Franz Mehring: Gesammelte Schriften. Bd. 1, Berlin: Dietz Verlag, 20*–44*
- Höppner, Joachim/Seidel-Höppner, Waltraud (2002a). Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Vol. 1, 60–92
- Höppner, Joachim/Seidel-Höppner, Waltraud (2002b). Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation, Frankfurt (Main) [u.a.]: Lang
- Horvat, Branko (1973). Die Arbeiter-Selbstverwaltung. Das jugoslawische Wirtschaftsmodell, München: Nymphenburger Verlagshandlung
- Horvat, Branko (1983). The political economy of socialism, New York: M.E. Sharpe
- Hoxha, Enver (1978). Die jugoslawische «Selbstverwaltung». Kapitalistische Theorie und Praxis (Gegen die antisozialistischen Ansichten von E. Kardelj im Buch «Die Entwicklungsrichtungen des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung»), Tirana: «8 NËNTORI»
- De Huerta, Marta Durán (2001). Yo Marcos. Gespräche über die zapatistische Bewegung, Edition Nautilus
- Il'inych, A. (2011). Čajanovskaja al'ternativa v Sibiri: perspektivnyj plan razvitija sel'skogo chozjajstva Sibirskogo kraja 1926g., in: *Krest'janovedenie: Teorija, Istorija, Sovremennost'.* Učenyje zapiski, Vol. 6, 176–191
- Initiative zur Verständigung/Philologischer Flügel der Imaginären Partei (2015). ... sich vom Staat zurückziehen, um sich die eigene Kraft der Problemlösung und Perspektivenfindung anzueignen, in: *Kurdistan Report*, (Nr. 181 September/Oktober 2015), 64–66
- Jowtschuk, M. (1949). Die philosophischen, sozialen und politischen Anschauungen N.A. Dobroljubows, in: N.A. Dobroljubow: Ausgewählte philosophische Schriften, Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur, 9–51
- Kagarlickij, B. Ju/Sergeev, V. N. (2013). Istorija Rossii. Mirosystemnyj analiz, Moskva: URSS
- Kalicha, Sebastian (2013). Christlicher Anarchismus: Facetten einer libertären Strömung, Verlag Graswurzelrevolution
- Kanzleiter, Boris (2011). Die „Rote Universität“. Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964-1975, Hamburg: VSA
- Kanzleiter, Boris/Stojaković, Krunoslav (2008). 1968 in Jugoslawien: Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975 : Gespräche und Dokumente, Bonn: Dietz
- Kautsky, Karl (1899). Die Agrarfrage. Eine Uebersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie, Stuttgart: J.H.W. Dietz Nachf.

- Kautsky, Karl (1990). Die Diktatur des Proletariats, in: Soziales Denken. Band 1, Berlin: JHW Dietz Nachf., 7–87
- Kautsky, Karl (1922). Die proletarische Revolution und ihr Programm, Stuttgart/Berlin: J. H. W. Dietz Nachf./Vorwärts
- Kautsky, Karl (1902). Die soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution, Berlin: Buchhandlung Vorwärts
- Kautsky, Karl (1918). Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft, Leipzig: Verlag der Leipziger Buchdruckerei
- Kautsky, Karl (1947a). Thomas More und seine Utopie, Berlin: Verlag JHW Dietz Nachf.
- Kautsky, Karl (1947b). Vorläufer des neueren Sozialismus, Berlin: JHW Dietz Nachf.
- Kaya, Gönül (2015). Die Frauen als Avantgarde, in: *Kurdistan Report*, (Nr. 180 Juli/August 2015), 39–42
- Von Ketteler, Freiherr Wilhelm Emmanuel Adventspredigt vom 3. Dezember 1848, in: Sämtliche Werke und Briefe, Abteilung 1, Band I, 34–47
- Kiehnbaum, Erhard (2002). Peter Imandt - Eine Biografie, Berlin: Karl Dietz
- Kirillova, Elena (2015). Sovetskie činovniki i častnye predprinimateli v gody népa: praktika vzaimovygodnogo sotrudničestva (po materialam otdela kommunal'nogo chozjajstva ispolkoma leningradskogo coveta), in: *Evropejskij universitet v Sankt-Peterburge/Deutsches historisches Institut Moskau/Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hrsg.): Konstruiruja „Sovetskoe“? Političeskoe soznanie, povsednevnye praktiki, novye identičnosti, Sankt Peterburg: Izdatel'stvo Evropejskogo universiteta v Sankt-Peterburge, 74–80
- Klügel, Maria (1940). Wichern. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik; Protestantische Studien Heft 27, Berlin
- Knortz, Heike (2008). Diplomatische Tauschgeschäfte : „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953 - 1973, Köln [u.a.]: Böhlau
- Kossok, Manfred (2000a). Das Salz der Revolution - Jakobinismus in Lateinamerika. Versuch einer Positionsbestimmung, in: *Middel, Matthias/Küttler, Wolfgang* (Hrsg.): Manfred Kossok, Ausgewählte Schriften Bd. 2 Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 103–129
- Kossok, Manfred (2000b). José Carlos Mariátegui und die Entwicklung des marxistischen Denkens in Peru, in: *Middel, Matthias/Zeuske, Michael* (Hrsg.): Manfred Kossok, Ausgewählte Schriften, Bd. 1 Kolonialgeschichte und Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 191–207
- Kuczynski, Jürgen (1976). Einschätzungen, Skizzen und Karikaturen von Personen - Lassalle, in: Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften Band 3. Zum Briefwechsel zwischen Engels und Marx, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften. Berlin: Akademie-Verlag, 164–187
- Kuljić, Todor (2011). Der flexible Feind. Zur Rolle des Antibürokratismus bei der Legitimierung von Titos Selbstverwaltungssystem, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 58–70
- Lassalle, Ferdinand (1989). An Karl Marx in London, Düsseldorf, 10. Februar 1854, in: MEGA Dritte Abteilung, Briefwechsel, Bd. 7, Berlin: Dietz Verlag, 322–324
- Lassalle, Ferdinand (1923). Arbeiterprogramm, in: *Renner, Karl* (Hrsg.): Auswahl von Reden und Schriften, Sozialistische Klassiker. Berlin: J.H.W. Dietz Nachf., 137–189
- Lassalle, Ferdinand (1912). Herr Bastiat Schulze von Delitzsch der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit, Berlin: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer
- Lassalle, Ferdinand (1976). Lassalle an Marx am 10. Februar 1854, in: Die deutsche Arbeiterbewegung 1948-1919 in Augenzeugenberichten, München: dtv, 104f.
- Lemke, Heinz (1977). Die revolutionären Narodniki, in: *Bulganov, V. I./Hoffmann, P./Pašutov, V. T./Voigt, G.* (Hrsg.): Klassenkampf und revolutionäre Bewegung in der Geschichte Russlands. Von den Anfängen bis zur Oktoberrevolution, Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas. Berlin: Akademie-Verlag

- Lenin, W. I.* (1982). Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B), 8. März 1921, in: Werke, Bd. 32, Berlin: Dietz Verlag, 168–191
- Lenin, W. I.* (1974a). Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, Berlin: Dietz Verlag, 1–106
- Lenin, W. I.* (1956). Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie, in: Werke, Bd. 3, Berlin: Dietz Verlag, 7–629
- Lenin, W. I.* (1960). Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, Berlin: Dietz Verlag, 225–268
- Lenin, W. I.* (1961a). Ein neuer Betrug der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern, in: Werke, Bd. 26, Berlin: Dietz Verlag, 216–222
- Lenin, W. I.* (1961b). Rede über die Bodenfrage. 26. Oktober (8. November), in: Werke, Bd. 26, Berlin: Dietz Verlag, 248–253
- Lenin, W. I.* (1974b). Referat auf dem II. Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, in: W.I. Lenin Werke Bd. 30, Berlin: Dietz Verlag, 136–147
- Lenin, W. I.* (1984). Sitzung des Petrograder Sowjets 12. März 1919 - Antwort auf schriftliche Anfragen, in: Werke, Bd. 29, Berlin: Dietz Verlag, 8–20
- Lenin, W. I.* (1974c). VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongress 22.-29. Dezember 1920, in: Werke, Bd. 31, Berlin: Dietz Verlag, 457–531
- Lenin, W. I.* (1961c). Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, in: Werke, Bd. 1, Berlin: Dietz Verlag, 119–338
- Lenin, W. I.* (1962). XI. Parteitag der KPR(B): Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B), in: Werke, Bd. 33, Berlin: Dietz Verlag, 249–295
- Liebknecht, W.* (1892). Robert Owen. Sein Leben und sozialpolitisches Wirken. Zwei ausgegrabene Skizzen, Nürnberg: Verlag von Wörlein&Comp.
- Loew, Roswitha/Tschistowa, Bella* (1986). Majakowski in Deutschland. Texte zur Rezeption 1919-1930, Berlin: Akademie-Verlag
- Luxemburg, Rosa* (1972a). Aus dem Nachlass unserer Meister, in: Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin: Dietz Verlag, 148–158
- Luxemburg, Rosa* (1975). Einführung in die Nationalökonomie, in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin: Dietz Verlag, 524–778
- Luxemburg, Rosa* (1984). Kostja Zetkin [Friedenau, 8. Oktober 1909], in: Rosa Luxemburg - Gesammelte Briefe. Band 3, Berlin: Dietz Berlin, 95–96
- Luxemburg, Rosa* (2012). Nationalitätenfrage und Autonomie, Berlin: Karl Dietz Verlag
- Luxemburg, Rosa* (1972b). Tolstoi als sozialer Denker, in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin: Dietz Verlag, 246–253
- Majakowski, Wladimir* (1967). Mysterium buffo. Heroisches, episches und satirisches Abbild unseres Weltalters in sechs Aufzügen, in: *Kossuth, Leonhard* (Hrsg.): Wladimir Majakowski: Ausgewählte Werke. Stücke. Bühnenwerke und Filmszenarien, nachgedichtet von Hugo Huppert, Berlin: Volk und Welt, 27–121
- Manifest* (2008). Manifest der 3000 Wörter (3. Juni 1969), in: *Kanzleiter, Boris/Stojaković, Krunoslav* (Hrsg.): 1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975, Bonn: Dietz, 275–281
- Marcos, Subcomandante* (2005). Botschaften aus dem lakandonischen Urwald, Hamburg: Ed. Nautilus
- Marcos, Subcomandante* (2003). Die dreizehnte Stele,, abrufbar unter: http://chiapas.at/ezln/dreizehnte_stele.htm bzw. <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2003/07/21/chiapas-la-treceava-estela-primera-parte-un-caracol/> ff. (letzter Zugriff: 17.1.2016)
- Marcos, Subcomandante* (2014). Zwischen Licht und Schatten « Enlace Zapatista,, abrufbar unter: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2014/06/05/zwischen-licht-und-schatten/> (letzter Zugriff: 17.1.2016)
- Marcu, Valeriu* (1927). Lenin. 30 Jahre Russland, Leipzig: Paul List Verlag

- Mardeck*, H. (1971). Tradition und moderne Staatlichkeit, in: *Büttner*, Thea (Hrsg.): Revolution und Tradition, Leipzig: Karl-Marx-Universität, 193–199
- Marković*, Mihailo (1974). Basic Issues of Self-Management, in: *Praxis - Jugoslovensko izdanje*, 93–100
- Marković*, Mihailo (1986). Self-Governing Political System and De-Alienation in Yugoslavia (1950–1965), in: *PRAXIS international*, Vol. 6, 159–174
- Martow*, Julius (1973). Geschichte der russischen Sozialdemokratie (1926), Erlangen: Verlag Polittladen
- Marx*, Karl (1871). Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW, Bd. 17, Berlin: Dietz Verlag, 440–455
- Marx*, Karl (1978a). [Brief an die Redaktion der „Otetschestwennyje Sapiski“] (1877), in: MEW, Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag, 107–112
- Marx*, Karl (1978b). Brief an V.I. Sassulitsch, in: MEW, Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag, 242–243
- Marx*, Karl (1978c). [Brief an V.I. Sassulitsch. Zweiter Entwurf], in: MEW, Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag, 396–400
- Marx*, Karl (1890). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz Verlag
- Marx*, Karl (1971). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz Verlag
- Marx*, Karl (1982). Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin: Dietz Verlag Berlin
- Marx*, Karl (1975). Die britische Herrschaft in Indien (1853), in: MEW, Bd. 9, Berlin: Dietz Verlag, 127–133
- Marx*, Karl (1978d). [Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch] [Erster Entwurf], in: MEW, Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag, 384–395
- Marx*, Karl (1974). Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. (Rohentwurf) 1857-1858, Berlin: Dietz Verlag Berlin
- Marx*, Karl (1981). Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16, Berlin: Dietz Verlag, 5–13
- Marx*, Karl (1968). Ökonomisch-Philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844, in: MEW, Bd. 40, Berlin: Dietz Verlag, 465–588
- Marx*, Karl (1987). Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms), in: MEW, Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag, 11–32
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich (1981). Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd., Berlin: Dietz Verlag, 9–530
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich (1959). Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 4, Berlin: Dietz Verlag, 459–493
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich (1978). [Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des „Manifest der Kommunistischen Partei“], in: Karl Marx Friedrich Engels Werke Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag, 295–296
- Marx*, Karl/*Engels*, Friedrich (1999). Die Bibliotheken von Karl Marx und Friedrich Engels. Annotiertes Verzeichnis des ermittelten Bestandes, in: Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA) Vierte Abteilung Bd. 32, Berlin: Akademie Verlag
- Mehring*, Franz (1980a). Ein methodologisches Problem, in: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag, 219–225
- Mehring*, Franz (1980b). Einleitung zu Wilhelm Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit, in: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag, 89–130
- Mehring*, Franz (1960). Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Erster Teil, in: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin: Dietz Verlag
- Michels*, Robert (1925). Zur Soziologie des Parteiwesens, Leipzig: Alfred Körner
- Von Mises*, Ludwig (2007). Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus, Stuttgart: Lucius & Lucius
- Moisés*, *Subcomandante Insurgente/Galeano*, *Subcomandante Insurgente* (2015). Danksagung III. Das teuerste Bauwerk der Welt., abrufbar unter: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2015/03/14/danksagung-iii-danksagung-iii-das-teuerste->

- bauwerk-der-welt-subcomandante-insurgente-moises-subcomandante-insurgente-galeano/
(letzter Zugriff: 17.1.2016)
- Moll, Georg (1988). „Preußischer Weg“ und bürgerliche Umwälzung in Deutschland, Weimar: Böhlau
- Morris, William (1920). Kunde von Nirgendwo, ein utopischer Roman, Stuttgart: J. H. W. Dietz
- Mothes, J. (2010). Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution“: zur Lateinamerika-Politik der Komintern *Meschkat*, K. (Hrsg.);, Berlin: Dietz
- Münchow, Ursula (1973). Frühe deutsche Arbeiterautobiographien, Berlin: Akademie-Verlag
- Münchow, Ursula (1982). Nachwort, in: Des Morgens erste Röte. Frühe sozialistische deutsche Literatur 1860-1918, Leipzig: Philipp Reclam jun., 405–428
- Munoz Ramirez, Gloria (2004). 20+10. Das Feuer und das Wort, Münster: Unrast Verlag
- Münzenberg, Willi (1926). Fünf Jahre Internationale Arbeiterhilfe, Berlin: Neuer Deutscher Verlag
- Münzenberg, Willi (1931). Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe 1921-1931, Berlin: Neuer Deutscher Verlag
- Nordhoff, Charles (1875). The communistic societies of the United States, from personal visit and observation : including detailed accounts of the Economists, Zoarites, Shakers, the Amana, Oneida, Bethel, Aurora, Icarian, and other existing societies, their religious creeds, social practises, numbers, industries and present condition, London: Murray
- Nyirahabineza, Winfred (2013). Machtausgleich beginnt an den Wurzeln, in: *Africavenir International e. V* (Hrsg.): Widerstand, Revolutionen, Renaissance. Stimmen zum sozialen Aufbruch in Afrika, Berlin: Editions AfricaAvenir/Exchange&Dialogue
- Öcalan, Abdullah (2012). Demokratischer Konföderalismus, Neuss: Mesopotamien-Verlag
- Öcalan, Abdullah (2003). Gilgameschs Erben: von Sumer zur demokratischen Zivilisation. Band II, Bremen: Atlantik
- Öcalan, Abdullah (2010). Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, Mezopotamien-Verlag
- Von Oertzen, Eleonore (2015). Mariateguismus *Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter/Küttler, Wolfgang* (Hrsg.);, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 8/II, 1742–1747*
- Ollman, Bertell (2014). Communism: The Utopian „Marxist Vision“ versus a Dialectical and Scientific Marxist Approach, in: *Brincat, Shannon* (Hrsg.): Communism in the 21st century: Vol. 1 The Father of Communism, Santa Brabara/Denver/Oxford: Praeger, 63–81
- Olujić, Dragomir (2008). Unsere Bewegung war pro-jugoslawisch, in: *Kanzleiter, Boris/Stojaković, Krunoslav* (Hrsg.): 1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975, Bonn: Dietz, 43–57
- Osterroth, Franz/Schuster, Dieter (2005). Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten-Fakten-Hintergründe. Band 1: Von den Anfängen bis 1945, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
- Petrova, Natal'ja (2014). Kommunist kak personazh aktual'nych verovanij i praktiki 1920-1930-ch godov, in: *Evropejskij universitet v Sankt-Peterburge/Deutsches historisches Institut Moskau* (Hrsg.): Konstruiruja „Sovetskoe“? Političeskoe soznanie, povsednevnye praktiki, novye identičnosti, Sankt Peterburg: Izdatel'stvo Evropejskogo universiteta v Sankt-Peterburge, 129–135
- Plechanow, G. W. (1954a). Karl Marx und Leo Tolstoj, in: Kunst und Literatur, Berlin: Dietz Verlag, 786–805
- Plechanow, G. W. (1954b). Nochmals über Tolstoj, in: Kunst und Literatur, Berlin: Dietz Verlag, 806–821
- Pollock, Friedrich (1971). Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927, Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik
- Posadskij, A. V. (2012). Rudjanskoe vosstanie 1918 goda, in: *Krest'janovedenie: Teorija, Istorija, Sovremennost'. Učenyje zapiski*, Vol. 7, 159–176
- Postnikov, Sergej Pavlovič/Fel'dman, Michail Arkad'evič (2009). Sociokul'turnyj oblik promyšlennych rabočich Rossii v 1900 - 1941 gg, Moskva: ROSSPĖN
- Pradella, Lucia (2010). Kolonialfrage und vorkapitalistische Gesellschaften, in: *Marx-Engels-Jahrbuch 2010*, 82–100

- Proudhon, P. J.* (1989). Über das föderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder aufzubauen, Frankfurt am Main: Peter Lang
- Rat der Volkskommissare* (1987). Deklaration der Rechte der Völker Russlands, in: Die ersten Dekrete der Sowjetmacht, Berlin: Dietz Verlag, 67–69
- Rathmann, Lothar et al.* (1974). Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart. Teil 1, Berlin: Akademie-Verlag
- Reichardt, Tobias* (2006). Marx über die Gesellschaft der klassischen Antike, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2004*, 194–222
- Reichsgesetzblatt* (1985). Das sog. Sozialistengesetz aus dem Jahr 1878, in: *Steitz, Walter* (Hrsg.): Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit. Darmstadt: Wiss. Buchges., 86–91
- Reichsrätekongress* (1966a). Antrag der Fraktion der USPD mit Richtlinien für den Aufbau eines Räteystems, in: *Küster, H./Grau, R./Ittershagen, S./Massmann, E./et al.* (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. VII/1 1919-1921, Berlin: Dietz Verlag, 62–63
- Reichsrätekongress* (1966b). Beschluß über den Aufbau des Räteystems, in: *Küster, H./Grau, R./Ittershagen, S./Massmann, E./et al.* (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. VII/1 1919-1921, Berlin: Dietz Verlag, 64–65
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus* (1992). Arbeiter im deutschen Kaiserreich, 1871 bis 1914, Bonn: J.H.W. Dietz
- Samary, Catherine* (2004). jugoslawischer Sozialismus, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 6/II*, Vol. 6/II, 1709–1725
- Schröder, Wolfgang* (1993). Die Position des ADAV im Geschichtsbild, in: *Neuhaus, Manfred* (Hrsg.): „Der kühnen Bahn nun folgen wir ...“ Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV, Mitteilungen. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein e.V., 29–40
- Schröder, Wolfgang* (2010). Leipzig - die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung: Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 bis 1878/81 mit einer Dokumentation der Tätigkeitsberichte, Berlin: Karl Dietz
- Schützler, Horst/Striegnitz, Sonja* (1987). Die ersten Dekrete der Sowjetmacht, Berlin: Dietz Verlag
- Seidel, Jutta* (2010). Der Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in: *Kinner, Klaus* (Hrsg.): Die Linke - Erbe und Tradition. Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln, Berlin: Karl Dietz
- Seidel-Höppner, Waltraud* (2013). Der Bund der Gerechtigkeit und sein Namenswandel, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Vol. 12, 47–57
- Shpotov, B. M.* (2012). Amerikanskij biznes i Sovetskij Sojuz v 1920-1930-e gody. Labirinty èkonomičeskogo sotrudničestva, Moskva: URSS
- Sinowjew, Georgi* (1921). Die Aufgaben des Ersten Kongresses der Völker des Ostens : (Rede in der ersten Sitzung des Kongresses der Völker des Ostens in Baku), in: Almanach des Verlages der Kommunistischen Internationale (1921), Petrograd: Verl. d. Kommunist. Internat, 50–58
- Sommer, Heinz* (1986). Im Zeichen der Solidarität. Bibliographie von Veröffentlichungen der Internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland 1921-1933, Berlin: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
- Sowjetkongreß* (1964). Dekret über den Grund und Boden. Angenommen auf dem Sowjetkongreß vom 26. Oktober (8. November) 1917, in: *Hellmann, Manfred* (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München: dtv, 315–318
- Städteverband* (1964). Resolution über die politische Lage, angenommen vom Kongreß des Städteverbandes am 9. (22.) Dezember 1916, in: *Hellmann, Manfred* (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München: dtv, 89–90

- Stanojević, Miroslav* (1990). Self-Management in the context of the disintegration of „Real-Existing“ Socialism, in: *PRAXIS international*, 90–103
- Stepun, Fedor* (1961). Das Antlitz Rußlands und das Gesicht der Revolution. Aus meinem Leben, München: Kösel
- Sultan-Galiev, Mirsaid* (1998a). Pokazanija na sledstvii s izlozhenij svoego mirovozzrenija, in: *Gizzatullin, I. G.* (Hrsg.): *Mirsaid Sultan-Galiev: Izbrannye trudy*, Kazan': Gasyr, 543–551
- Sultan-Galiev, Mirsaid* (1998b). Tezisy ob osnovach social'no-političeskogo, èkonomičeskogo razvitija tjurkskich narodov Azii i Evropy, in: *Gizzatullin, I. G.* (Hrsg.): *Mirsaid Sultan-Galiev: Izbrannye trudy*, Kazan': Gasyr, 525–538
- Suslov, Ivan Fjodorovič* (1989). Sakonomerny final koncepczii ogasudarstvlenija krestjanstva, in: *Voprossy ekonomiki*, Vol. 8, 85–89
- Tetzner, Thomas* (2013). Der kollektive Gott: Zur Ideengeschichte des „Neuen Menschen“ in Russland, Göttingen: Wallstein
- Tito, Josip Broz* (1976a). Der Kampf für die Fortentwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung in unserem Land und die Rolle des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Referat auf dem X. Parteikongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, in: *Der jugoslawische Weg. Sozialismus und Blockfreiheit. Aufsätze und Reden*, München: List, 267–376
- Tito, Josip Broz* (1976b). Die Fabriken den Arbeitern. Aus dem Exposé in der Ersten Sondersitzung der Nationalversammlung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien. 26. Juli 1950, in: *Der jugoslawische Weg. Sozialismus und Blockfreiheit. Aufsätze und Reden*, München: List, 133–152
- Tito, Josip Broz* (1976c). Interview für „Vjesnik“ zu aktuellen Fragen des gesellschaftspolitischen Lebens, in: *Josip Broz Tito. Ausgewählte Reden*, Berlin: Dietz Verlag, 82–104
- Todorović, Mijalko* (1974). Bericht des Präsidenten der Bundesversammlung und des Präsidenten des Gemeinsamen Ausschusses aller Räte der Bundesversammlung für Verfassungsfragen Mijalko Todorović über den Vorschlag der Verfassung SFRJ auf der Sitzung des Rates der Völker am 22. Januar 1974, in: *Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien*, Beograd: Sekretariat für d. Informationsdienst d. Bundesversammlung, 13–60
- Tolstoj, Leo* (1906). Das Ende eines Zeitalters (Die bevorstehende Umwälzung), München: Albert Langen Verlag für Literatur und Kunst
- Tschajanow, Alexander W.* (1984). Reise ins Land der bäuerlichen Utopie, Frankfurt am Main: Syndikat
- Tugan-Baranowsky, M. I.* (1921). Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit, Gotha: F. A. Perthes
- Tynjanow, Juri* (1970). Das Wörterbuch des Polemikers Lenin, in: *Mierau, Fritz* (Hrsg.): *Sprache und Stil Lenins. Sechs Essays*, Berlin: Volk und Welt, 71–118
- Varga, Eugen* (1982). Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, in: *IPW* (Hrsg.): *E.S. Varga Ausgewählte Schriften 1918-1964 Erster Band: Der Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus*, Berlin: Akademie-Verlag, 72–176
- Varga, Eugen* (1921). Sozialismus und Kapitalismus in Sowjet-Russland, Leipzig: Frankes Verlag
- Varnhagen von Ense, Karl August* (1984). Kommentare zum Zeitgeschehen : Publizistik, Briefe, Dokumente, 1813 - 1858, Leipzig: Reclam
- Verfassung* (1974). Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Beograd: Sekretariat für d. Informationsdienst d. Bundesversammlung
- Vorwärts* (1966). Die Annahme des Kohlebewirtschaftungsgesetzes. Ein Schritt zum praktischen Sozialismus., in: *Küster, H./Grau, R./Ilftershagen, S./Massmann, E./et al.* (Hrsg.): *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. VII/1 1919-1921*, Berlin: Dietz Verlag, 52–55
- Wikiteka* (2015). Декреты Советской власти (Dekrety sovetsoj vlasti),, abrufbar unter: https://ru.wikisource.org/w/index.php?title=Декреты_Советской_власти&redirect=no (letzter Zugriff: 26.3.2015)
- Winokurow, A.* (1921). Die soziale Fürsorge in Sowjet-Russland, Leipzig: Frankes Verlag

- Wolff, Wilhelm* (1985). Die schlesische Milliarde, in: *Wilhelm Wolff: Aus Schlesien, Preußen und dem Reich*, Berlin: Dietz Verlag, 230–288
- Zakošek, Nenad* (1984). Staat und Selbstverwaltung in Jugoslawien; Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in einer sozialistischen Gesellschaft am Beispiel jugoslawischer Investitionspolitik. Berlin: Freie Universität.
- Zola, Emile* (1981). Das Geld, Berlin/Weimar: Aufbau-Verlag